



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

**Bayerischer Städtetag:**

## Schwächen eines Entwurfs

Die Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms, die Folgen des Fiskalpakts für die Kommunen und die Zukunft der GBW standen auf der Tagesordnung der jüngsten Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags in München. Dabei wies der Verbandsvorsitzende, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, eingangs auf Schwächen des Entwurfs des neuen Landesentwicklungsprogramms (LEP) hin. So fehle eine gründliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, die Raumentwicklung, demografischer Wandel, Energiewende oder die Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen stellen.

„Das neue LEP will deregulieren, entbürokratisieren und kommunalisieren. Zu Recht hält der LEP-Entwurf der Staatsregierung am Gesamtkonzept für eine mittelfristige räumliche Entwicklung Bayerns fest. Der Städtetag ist kein Freund der Planwirtschaft, aber ganz ohne Planung geht es nicht. Man darf die Landesentwicklung nicht dem Spiel der Märkte überlassen“, erklärte Maly.

### Flächenausweisung

Wie der Vorsitzende ausführte, seien staatliche Vorgaben dort hilfreich, wo die kommunale Betrachtung zu kleinräumig greift, etwa bei der Flächenausweisung für großflächigen Einzelhandel oder Windkraftanlagen. „Damit können wir verhindern, dass Bayern mit Einkaufshallen und Parkplätzen zubetoniert wird, dass unsere Landschaft mit Windrädern verspargelt oder mit Photovoltaik-Anlagen verspiegelt wird. Das Landesentwicklungsprogramm hat nicht nur beschränkende Wirkung auf Kommunen, sondern es hilft und schützt, wenn Städte und Gemeinden ihre ureigene Aufgabe der kommunalen Planungshoheit wahrnehmen.“

Die Festlegung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen im Regionalplan verhindere, dass Windräder unkoordiniert im Außenbereich gebaut werden. Somit lasse sich eine sinnvolle Konzentration von Anlagen erreichen.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578  
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,  
Postfach 825, 82533 Geretsried

Zudem lasse sich über das Einzelhandelsziel (über den Grundsatz der Flächenausweisung in integrierter Lage) in der Gemeinde die Lage eines Einkaufszentrums steuern. Maly zufolge schützt dies die Kommunen vor dem Druck der Wirtschaft, die aus Profitgründen bevorzugt Einkaufshallen samt Parkplätzen auf der ‚grünen Wiese‘ ansiedeln wolle.

### Regionale Wertschöpfung

Die üblichen Verdächtigen unter den Discountern pflegten bei Standortentscheidungen durchaus Kommunen gegeneinander auszuspielen, fuhr der Städtetagschef fort. Beim Einzelhandelsziel gehe es nicht um Misstrauen gegenüber Kommunen, jedoch sollten Kommunalpolitiker sorgfältig abwägen können, was ihrem Ort gut tut. „Ist wirklich ein Backshop mit vorgefertigten gefrorenen



Feier zum 60. Geburtstag von Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl im Münchner Hirschgarten, v. l.: Roland Schwing, Erster Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Jakob Kreidl, Kommunalminister Joachim Herrmann und der Präsident des Deutschen Landkreistags Hans Jörg Duppré (Siehe auch Seite 2).

Backrohlingen und ein Kühlregal mit eingeschweißtem Leberkäse in der Discount-Halle attraktiv? Oder will man den Bäcker oder den Metzger – und somit regionale Wertschöpfung – im Ort halten?“, fragte Maly. Das Einzelhandelsziel im LEP schütze die Vitalität der Innenstädte und stelle eine verbrauchernahe Versorgung sicher.

Nach Ansicht des Vorsitzenden „sollten wir auch an die Senioren mit der Einkaufstasche am Rollator denken“, denn: „Wo sollen sie einkaufen, wenn im Stadtviertel oder im Dorf kein Laden mehr ist?“ Bevölkerungsrückgang und Strukturdefizite in

bestimmten Regionen Bayerns ließen sich nicht durch eine überzogene Flächenausweisung für großflächigen Einzelhandel abmildern. Im Gegenteil: Gerade in diesen Regionen stünden die Schutzgüter des Einzelhandelsziels, die Vitalität der Innenstädte und die verbrauchernahe Versorgung auf dem Spiel.

### Zentrale-Orte-System

Der LEP-Entwurf hält laut Maly zu Recht am Zentrale-Orte-System fest. Nur eine sinnvolle Verteilung grundlegender Versorgungseinrichtungen könne einen

(Fortsetzung auf Seite 4)

**Bayerischer Gemeindetag:**

## Offene Baustellen

Beim Bayerischen Gemeindetag auf Skepsis gestoßen sind Aussagen von Landwirtschaftsminister Helmut Brunner, wonach eine knappe Verdreifachung der Biogas-Produktionskapazität im Freistaat machbar sei. „Wir haben mehr Fragezeichen als Antworten“, stellte hierzu das Geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse fest.

Laut Brunner gibt es in Bayern derzeit 2.400 Biogasanlagen mit einer Kapazität von 700 Megawatt. Theoretisch ist aus seiner Sicht eine Produktionskapazität von 2.000 Megawatt darstellbar – sowohl durch den Neubau als auch durch die Optimierung der bestehenden Anlagen. Eigentlich sieht das Energiekonzept der Staatsregierung den Bau von vier bis fünf neuen Gaskraftwerken vor, um den Atomstrom zu ersetzen. Derzeit sind aber keine Investitionen in Sicht, weil sich der Betrieb eines Gaskraftwerks unter den derzeitigen Bedingungen nicht lohnt. Ein Netzwerk kleiner Biogasanlagen könnte nach Brunners Einschätzung zum Teil Abhilfe schaffen. „Damit könnten wir vielleicht 40 Prozent dessen ersetzen, was wir an Großkraftwerken brauchen.“

Wie Busse bemerkte, stehe zur Diskussion, ob eine Verdreifachung der Biogasanlagen in Bayern sowie große Flächen an Monokulturen für die notwendige Energiepflanzenbeimischung von Kommunen und Bevölkerung mitgetragen werden. „Das ungute Bauchgefühl vieler entsteht auch durch neue wissenschaftliche Studien, die Zweifel an der Klimaneutralität von Bioenergie äußern und auf den ‚Teller-Tank-Konflikt‘ hinweisen“, äußerte Busse.

### Lastfolgebetrieb

Zudem wisse derzeit keiner, wie ein Lastfolgebetrieb (d. h. die Stromerzeugung mit Biogasanlagen, wenn der Bedarf von Gewerbe und Bevölkerung nicht anderweitig gedeckt werden kann) von täglich zwei mal vier Stunden für die Landwirte wirtschaftlich attraktiv gemacht werden kann. Die dafür erforderlichen Subventionen dürften nicht so hoch sein, dass sie die Kosten eines Kapazitätsmarkts für Gaskraftwerke übertreffen.

Die nunmehr vor gelegte 1. Zwischenbilanz der Expertengruppe „Biogasanlagen im Lastfolgebetrieb“ des Landwirtschaftsministeriums geht davon aus, dass die entstehenden Versorgungslücken bei der Umstellung auf die erneuerbaren Energien durch eine Verdreifachung der Biogasanlagen in Bayern gedeckt werden können. Busse zufolge bringt sich der Bayerische Gemeindetag in Expertengruppe ein und wird besonders auf die Akzeptanz im ländlichen Raum achten. Als Basis aller weiteren Überlegungen sei zunächst erforderlich, dass anhand der im Szenario der Bundesnetzagentur für 2022 prognostizierten Erzeugungsanlagen genau errechnet wird, wie viel gesicherte Leistung (und zu wie vielen Stunden) nach Abschaltung des letzten KKW wirklich fehlt.

Enttäuscht zeigt sich der Ver- (Fortsetzung auf Seite 4)

### BKPV-Geschäftsbericht 2011:

## Nützliche Hinweise für die Praxis

**Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2011 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben dem Thema „Aufsichtsrat - Stellung und Pflichten in kommunalen Unternehmen“ wird die Stellenbemessung in der Informationstechnik ebenso beleuchtet wie die elektronische Archivierung von Belegen in Kommunalkassen. Darüber hinaus nehmen Antworten auf Praxisfragen zur HOAI 2009 sowie das Thema „Die Kommune als Bauherrin“ breiten Raum ein. Schließlich wartet der BKPV mit Informationen zur Arbeitnehmerüberlassung nach der Reform des AÜG auf.**

Wie der Geschäftsbericht ausweist, gehörten dem BKPV mit ihrem Verbandsvorsitzenden, Erster Bürgermeister Gerhard Preß, Rödentel und dem Geschäftsführenden Direktor Günter Heimrath bis Ende des Jahres 1.482 Mitglieder, davon vier Kommunale Spitzenverbände, 528 Gemeinden, 41 Verwaltungsgemeinschaften, 71 Landkreise, sieben Bezirke, 170 von Mitgliedern verwaltete kommunale Stiftungen, 589 Schul- und Zweckverbände sowie 19 sonstige Körperschaften an.

Im Rahmen seiner Prüfungen und Beratungen führte der BKPV in den vergangenen Jahren mehr als 120 Untersuchungen zur Stellenbemessung in der Informationstechnik durch, bei denen jeweils zu rund einem Drittel ein Stellenüberhang, eine ausreichende Stellenausstattung oder ein Stellenmehrabbedarf festgestellt wurde.

Beigefügte Musterberechnungen eröffnen dem Leser nunmehr die Möglichkeit, einen ersten Überblick über das Verfahren und die notwendigen Basisdaten zu

erhalten und mit seiner eigenen Verwaltung zu reflektieren. Zu berücksichtigen ist laut Kommunalem Prüfungsverband jedoch, „dass insbesondere die mittleren Anhaltswerte einem laufenden Fortschreibungsprozess unterliegen, da einerseits veränderte Technik unter Umständen IT-Geschäftsprozesse mit geringeren Zeiteinheiten durchführen lässt, andererseits steigende Anforderungen an die IT die Geschäftsprozesse verändert und/oder ausweitet und damit höhere Zeitanforderungen“

### Vergleichender Blick

Gewinnung und Fortschreibung der Zeitanforderungen erfolgten auf der Basis von Erhebungen bei den Mitgliedern vor Ort. Daneben änderten sich auch andere Ansätze wie die zur Verfügung stehende Arbeitszeit pro Stelle oder die in diesem Ansatz berücksichtigten durchschnittlichen Krankheitszeiten. „Ein vergleichender Blick zur Nachbar- (Fortsetzung auf Seite 4)



**Nun gibt es also einen nationalen Fahrradplan. Wobei es die Interessen „des Radlers“ genauso wenig gibt wie jene „des Autofahrers“, meint die Vorzimmerperle. Es existiert eine breite Palette verschiedener Typen - sowohl Zweiradrambos als auch Gelegenheitsradler - und mit allen muss der Bürgermeister sich auseinandersetzen. S. 15**

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtagswahl: Seehofer tritt an	Seite 2
Jugendpolitik im demographischen Wandel	2
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle: Mitreden erwünscht!</b>	<b>3</b>
Tag des offenen Denkmals: Holz.Wunder.Welten	3
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
Kommunale Finanzthemen	5-8
Kommunale Umweltpolitik · Abfall	9-10
Kommunaler Bau	11-12
Kommunalfahrzeuge	13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

## Seehofer tritt an

Kandidatur zur Landtagswahl in seiner Heimat

Vor Beginn der Herbstklausuren der Landtagsfraktionen als Auftakt zum Parlamentsjahr 2013 in Bayern und im Bund hat Ministerpräsident Horst Seehofer den längst erwarteten Schritt getan. Im neu gebildeten oberbayerischen Stimmkreis Neuburg-Schrobenhausen wurde er von den Delegierten einstimmig zum Direktkandidaten nominiert. Seit Oktober 2008 regiert er den Freistaat ohne Landtagsmandat. Nun kandidiert er vor seiner Haustür in CSU-dominiertem Gebiet. Bisher war der Landkreis auf die Stimmkreise Ingolstadt und Pfaffenhofen aufgeteilt. Seehofers Kontrahent im Kampf um das höchste bayerische Staatsamt ist der aus dem Münchner Rathaus kommende SPD-Oberbürgermeister Christian Ude, der sein Landtagsmandat aber nur annehmen will, wenn der Regierungswechsel Realität wird.

Von der CSU wird ihr Parteichef im Frühjahr zum Spitzenkandidaten erhoben. Fraktionsvorsitzender Georg Schmid: „Wir gehen mit einer starken Bilanz in das Wahljahr.“ Gleichwohl gelte es, um jede Stimme zu werben und hart zu arbeiten. Seehofers Bereitschaft, die Koalition mit der FDP fortzusetzen, die derzeit an der Fünf-Prozent-Grenze hängt, wird laut Schmid nicht dazu führen, ihr zu helfen. Den Berechnungen zufolge könnte die CSU wieder allein regieren, sollten die FDP oder die erstmals auftretenden Piraten scheitern. Dann könnten der CSU 46 Prozent zur Alleinregierung reichen. In den Umfragen pendelt sie derzeit um diese Marke. In der Herbstklausur nächste Woche in Kloster Banz will die Fraktion ein starkes Programm vorlegen. Es geht um die „digitale Revolution“. Die CSU will für alle Gebiete von Kindergarten und Bildung über Landesentwicklung und Finanzen Zukunftslabors einsetzen. Ein besonders heißes Eisen bleibt die Energiereform.

### Optimistische Opposition

Die Opposition geht davon aus, die CSU nach einem halben Jahrhundert aus der Regierungsverantwortung verdrängen zu können. So übereinstimmend SPD-Parteichef Florian Pronold und für die Grünen Margarete Bause. Die beiden Fraktionen beraten in Kulmbach und Erlangen über den Einstieg in das Landtagswahljahr und setzen praktisch die gleichen Schwerpunkte wie CSU und FDP. Deren Koalition werfen sie Zwiß und Unfähigkeit zu echten Reformen vor. Für Pronold ist schon Seehofers Stimmkreis „Beutepolitik zum persönlichen Eigennutz“. Er ist im Zuge der landesweiten Neuberechnung der Stimmengewichte in den Wahlkreisen (Bezirken) aus den Stimmkreisen Ingolstadt und Pfaffenhofen herausgenommen worden. In Ingolstadt kandidiert Sozialministerin Christine Haderthauer, in Pfaffenhofen Erika Görnitz, die für

gute Zusammenarbeit, die naturgemäß auch zu Differenzen führen. Aber es gelte der Koalitionsvertrag. Die Liberalen halten sich an Seehofers wiederholte Erklärung, er kämpfe dafür, die Koalition in Berlin und in Bayern fortsetzen zu können.

### Freie Wähler ohne endgültige Festlegung

Ohne letzte Festlegung hat Hubert Aiwanger, der Spitzenkandidat der Freien Wähler, bislang auf alle Fragen geantwortet. Seiner Erklärung, eine Alternative zur CSU-Regierung zu unterstützen, sei nicht so eng zu sehen. In der Klausur in Bamberg gehe es darum, „unsere bayerische Heimat zu stärken“. Bei entsprechendem Koalitionsabkommen könne er sich eine Regierung sowohl mit der SPD als auch mit der CSU vorstellen. „Wenn aber beide Seiten nicht wollen, sollen sie miteinander regieren.“ **rm**

die CSU auch als Frauen von Bedeutung sind. Die Quote spielt ihre eigene Rolle.

### Gute Zusammenarbeit

Für die in Herzogenaurach tagende FDP reagierten Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker und Wirtschaftsminister Martin Zeil gelassen. Sie betonten die

### Zum 60. Geburtstag von Dr. Jakob Kreidl:

## Hohe Wertschätzung

„Du bist ein ‚Berufspolitiker‘ im besten Sinne des Wortes. Ein unermüdlicher Macher, der mit Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß das politische Handwerk ausübt.“ Viel Lob – wie hier vom Ersten Vizepräsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Roland Schwing – wurde Landtagspräsident Dr. Jakob Kreidl zuteil, der am 16. August 60 Jahre alt wurde. Im Rahmen einer Feier im Münchner Hirschgarten wurden die Verdienste des herausragenden Kommunalpolitikers im Beisein zahlreicher Landratskollegen, Vertreter der Staatsverwaltung und Abgeordneter entsprechend gewürdigt.

Dr. Jakob Kreidl, Inhaber des Bayerischen Verdienstordens und der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber, ist nicht nur „praktizierender“ Politiker, sondern hat dieses Fach auch studiert. Vom „Gelegenheitspolitiker“, der dann und wann seine Entscheidung in die Wahlurne wirft, zum „Nebenberufspolitiker“ in kommunalen Gremien bis zum „Berufspolitiker“ war es bei dem zweifachen Familienvater „ein gerader, überlegter, aber nicht unbedingt zwingender Weg“, wie Landrat Schwing betont.

### Karrierebeginn

Jakob Kreidls politische Karriere begann 1984 als Gemeinderatsmitglied in Fischbachau. Von 1990 bis 1994 stellte er dort als erster Bürgermeister gezielt die Weichen für die Zukunft. Dazu zählen die Erweiterung der Grundschule von Elbach und wichtige Projekte für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Seit 1990 war Kreidl Mitglied des Kreistages von Miesbach und später zusätzlich

stellvertretender Landrat. 1994 wurde er in den Bayerischen Landtag gewählt. Trotz seiner starken Beanspruchung als Abgeordneter vertrat er den damaligen Landrat von Miesbach über längere Zeit höchst engagiert und traf wichtige Entscheidungen für den Landkreis. Dazu gehören etwa die Neuorganisation des Landratsamtes, der Neubau einer Realschule in Miesbach sowie die Zusammenführung der verschiedenen Abfallunternehmen in ein Kommunalunternehmen.

2008 wurde der Jubilar mit großer Mehrheit der Bürger zum Landrat des Landkreises Miesbach gewählt. Seine reichen kommunalpolitischen Erfahrungen prädestinierten ihn für das Amt des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, das er seit 2010 innehat.

### Neues Energiezeitalter

Engagiert begleitet Jakob Kreidl auch den Aufbruch in ein neues Energiezeitalter. Die Landkreise sind hier verlässliche Partner und leisten wichtige Beiträge. Das Engagement reicht von der Energieberatung und überörtlichen Koordinierung der Energieerzeugung im Landkreis bis hin zur Energieerzeugung für den Eigenbedarf der Landkreiseinrichtungen. Auch in seinem Heimatlandkreis wird er immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt. Aktuell geht es beispielsweise um die Modernisierung des Skigebietes am Sudelfeld. Hier gilt es, den schwierigen Spagat zwischen den Belangen des Landschaftsschutzes und den Belangen des Wintersporttourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor zu schaffen.

Wie Roland Schwing hervorhob, „ist der Hauptschwerpunkt Deiner Arbeit die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes“. Als aktuelle Themen nannte er die Neugestaltung des Landesentwicklungsprogramms und das landesweite Förderprogramm für den Breitbandausbau. Hier gelte es, strukturschwache Gebiete der Zukunft zu vermeiden. Beim Finanzausgleichsgespräch für das Jahr 2013 habe Kreidl maßgeblich dazu beigetragen, dass zugunsten der bayerischen Kommunen ein neues Rekordergebnis erzielt wurde. Schwing: „Der Finanzaus-

### Landestagung in Beilngries:

## Jugendpolitik im demographischen Wandel

Kommunale Spitzenverbände und Bayerischer Jugendring zeigten Chancen für Kommunen auf

Die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien wird über die Zukunftsfähigkeit von Gemeinden, Städten und Landkreisen entschieden. So lautete die Bilanz der Teilnehmer einer gemeinsamen Landestagung der kommunalen Spitzenverbände in Bayern und des Bayerischen Jugendrings zur kommunalen Jugendpolitik in Beilngries.

Aufgrund von rückläufigen Geburtenzahlen, einer steigenden Lebenserwartung, aber auch starker Stadt-Umland-Wanderungsbewegungen sinkt die Einwohnerzahl vieler Kommunen kontinuierlich. Weitere Merkmale des demographischen Wandels sind darüber hinaus eine wachsende ethnische und kulturelle Vielfalt in der Bevölkerung, sich ändernde

de Familienstrukturen und Lebensläufe. Das führt dazu, dass die Zukunftsplanung der Kommunen an den spürbaren und absehbaren Entwicklungen ausgerichtet werden muss.

### Kritisches Jahrzehnt

Prognosen, die diese Trends fortschreiben, gehen für den Zeitraum von 2010 bis 2020 von einem kritischen Jahrzehnt aus, in dem Städte, Gemeinden und Landkreise versucht sind, die kommunale Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in geringerem Maß zu unterstützen. „Dieses Paradox des demographischen Wandels muss aufgelöst werden: Nicht weniger, sondern mehr müssen Kommunen trotz klammer Kassen in die Lage versetzt werden, in Kinder-, Jugendliche und Familien zu investieren“, äußerten sich unisono der Bayerische Jugendring und die kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

### Finanzausgleich

Auch sei es Jakob Kreidl zu verdanken, dass ein Einstieg in die Reform des kommunalen Finanzausgleiches gefunden wurde, fuhr Schwing fort; „Wir wissen alle, wie lange wir hier schon unsere Forderungen eingebracht haben. Schließlich hast Du schnell die Zeichen der Zeit erkannt und Dich für die Energiewende unter Beteiligung der Landkreise ausgesprochen und entsprechende Kompetenzen eingefordert. In den ersten zwei Jahren Deiner Präsidentschaft hast Du bewiesen, dass Du ein großer Verfechter der ‚kommunalen Familie‘ bist. Der Ausgleich mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden ist wichtig, um unsere Interessen bei Land und Bund durchzusetzen.“

Bei all seinen Aktivitäten bleibe er selber derjenige, der seine Visionen auch verwirklicht, so Schwing. Als „hartnäckiger Macher mit großer Selbstdisziplin“ setze er die einmal gesetzten Ziele rigoros in die Tat um. Dabei kämpfe er auch in unkonventioneller Weise „gegen die Mühlen der institutionellen Engstirnigkeit, wie z. B. bei der Veränderung des Wahlalters für Landräte und Bürgermeister und Oberbürgermeister“. „Wir haben daher in Dir einen bayerischen Vollblutpolitiker, der tiefe landes- und kommunalpolitische Wurzeln hat, bestens vernetzt ist, und –wie man heute wieder sieht – höchste Anerkennung genießt“, urteilte Miltenbergs Landrat und ergänzte: „Für uns ist es daher sehr wichtig, dass Du Deine Kraft und Deine Energie auch in Zukunft nicht nur für Deinen Landkreis, sondern für alle bayerischen Landkreise einsetzen kannst.“ Im Namen aller Landräte überreichte Schwing dem Jubilar deshalb einen Gutschein für eine Wanderausflug, die ihm helfen soll, „die Berge zu bezwingen und gesund und munter wieder unten anzukommen“.

### Kommunale Selbstverwaltung

Kommunalminister Joachim Herrmann nahm Kreidls Ehrenamt zum Anlass, ihm für seine herausragende Arbeit zu danken. Seit nahezu drei Jahrzehnten engagiere er sich in vielseitiger Weise für die kommunale Selbstver-

Menschen zu stehen, fuhr Bürger fort. Diese Herausforderung gewinne zusätzlich dadurch an Bedeutung, dass zukünftig der Anteil der Kinder, die in bildungsferneren Familien und in Familien mit einem Migrationshintergrund aufwachsen, zunehmen wird.

### Paradoxon

Letztlich, so der Wissenschaftler, liege eine Quintessenz der Analysen in einem Paradox: „Entgegen einer auf den ersten Blick plausiblen Annahme erfordert der demografische Wandel und der damit verbundene Rückgang in der Zahl der jungen Menschen nicht weniger, sondern mehr Engagement und mehr Investitionen in Kinder und Familien. Die Geschwindigkeit und die Ernsthaftigkeit, mit der dieser Sachverhalt zur Kenntnis genommen und in konkretes Handeln umgesetzt wird, wird wesentlich über die Zukunftschancen der Städte und Gemeinden, damit aber auch die des jeweiligen Kreises und des Landes entscheiden.“

### Offensives Aufgreifen

Grundsätzlich habe die Kinder- und Jugendhilfe die Bedeutung des demografischen Wandels unter fachplanerischen und fachpolitischen Aspekten und damit auch in seinen strategischen Dimensionen für die Vertretung der Belange der junger Menschen und ihrer Familien bisher weitgehend unterschätzt. Deshalb bedürfe es nun eines offensiven Aufgreifens der Thematik auf der Ebene der Städte und Gemeinden, der Kreise und des Landes in Gestalt regionalspezifischer Datenaufbereitungen und grundlegender Analysen.

Der demografische Wandel müsse als ein unverzichtbares Querschnittsthema kommunaler Entwicklungsperspektiven begriffen werden – gerade auch aus dem Blickwinkel der Jugendhilfeplanung unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen örtlichen Ausgangslagen und damit verbundener Handlungserfordernisse. Insbesondere im ländlichen Raum dürften Gemeindegrenzen übergreifende Kooperationen erheblich an Bedeutung gewinnen, schloss Bürger.

### Praxisbeispiele

Praxisbeispiele aus Bad Kissingen, Coburg und Schwarzenbach an der Saale verdeutlichen, wie unterschiedlich Kommunen vom Umbau der Altersstrukturen betroffen sind und mit welchen Strategien und Aktivitäten sie damit umgehen. Da ehrenamtlich arbeitende Menschen der Motor jeder Gemeinschaft sind, hat der Landkreis Bad Kissingen beispielsweise für vorerst drei Jahre das von Leader geförderte „Netzwerk Bürgerengagement“ eingerichtet, eine Anlaufstelle für das traditionelle Ehrenamt und neue Formen projektbezogener Freiwilligenarbeit. Zu den ersten Maßnahmen gehören so genannte Regionalforen; diese dienen dem Informations- und Erfahrungsaustausch, orientiert an den Bedürfnissen der Engagierten im Landkreis.

Michael John vom Basis-Institut für soziale Planung, Beratung und Gestaltung (Bamber g) ergänzte die Tagung mit einer Einführung in die Konzepterstellung für Kommunen. **DK**

waltung und das Gemeinwohl insgesamt. In dieser langen Zeit habe Jakob Kreidl große kommunalpolitische Erfahrung gesammelt und sich allseits hohe Wertschätzung erworben.

Herrmann dankte Kreidl außerdem für die stets vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Das gute Miteinander sei gerade auch bei der Erstellung der Eckpunkte des am 1. August in Kraft getretenen Kommunalen Wahlbeamtengesetzes sehr deutlich geworden. Die neue Nebentätigkeitsverordnung des Innenministeriums für kommunale Wahlbeamte folgt zum 1. September. Herrmann weiter: „Lieber Jakob Kreidl, seit Jahrzehnten setzt Du Dich mit ganzer Kraft und großem Erfolg für Deine Heimat und für ganz Bayern ein. Dafür noch einmal ein ganz besonderes Vergelt's Gott! Für Deine neue Lebensdekade wünsche ich Dir alles erdenklich Gute: stabile Gesundheit als entscheidende Grundlage, viel Glück, viel Glück, weiteren Erfolg in deinen verantwortungsvollen Ämtern und Gott's Segen.“ **DK**

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ottmar Wimmer  
84539 Ampfing  
am 19.9.

Bürgermeister Helmut Auer  
91601 Dombühl  
am 21.9.

Bürgermeister Kurt Bernreuther  
96271 Grub am Forst  
am 26.9.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schwarz  
85774 Unterföhring  
am 24.9.

Bürgermeister Heinz Kiechle  
93073 Neutraubling  
am 25.9.

Bürgermeister Günther Babel  
91717 Wassertrüdingen  
am 26.9.

Bürgermeister Hans Pickel  
92278 Illschwang  
am 30.9.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wilhelm Böhm  
86857 Hurlach  
am 1.10.

Bürgermeister Rudolf Rieger  
97342 Marktstef  
am 2.10.

Bürgermeister Robert Müller  
97650 Fladungen  
am 19.9.

Bürgermeister Norbert Weiß  
86489 Deisenhausen  
am 27.9.

Bürgermeister Peter Merkl  
95505 Immenreuth  
am 30.9.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Winkler  
89278 Nersingen  
am 21.9.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Reinhard  
63843 Niedernberg  
am 20.9.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Tag des offenen Denkmals:

# Holz. Wunder. Welten

Ein Denkmal kann ein Garten, ein denkmalgeschütztes Bauwerk oder ein Flurdenkmal sein, nicht immer ist es auf den ersten Blick erkennbar. Um für den Denkmalschutz zu werben, begehen viele Länder Europas regelmäßig die „European Heritage Days“. In Bayern fand der „Tag des offenen Denkmals“ dieses Jahr am 9. September statt. Den Besucher erwarteten über 900 Veranstaltungen - fachkundige Führungen durch die Denkmale, Ausstellungen, Konzerte, Kinderaktionen und weitere attraktive Programmpunkte.

Der Schwerpunkt lag dieses Jahr auf Denkmälern aus Holz. Holz ist seit Menschengedenken ein zentraler Baustoff, in manchen Zeiten und mancherorts der wichtigste. Was macht Holz so bedeutend für Baumeister, Handwerker, Künstler, Hauseigentümer und -bewohner und für Restauratoren und Denkmalpfleger? Und warum ist Holz geeignet, im Mittelpunkt des „Tages des offenen Denkmals“ zu stehen? Antworten auf diese Fragen bekamen die Besucher an verschiedenen Orten in ganz Bayern. Mit dem diesjährigen Thema wollten die Denkmalschützer zeigen, dass eine Vielfalt des kulturellen Erbes „aus Holz“ gemacht ist.

In Bayreuth fand die Auftaktveranstaltung statt. Zu besichtigen war dort unter anderem das Markgräfliche Opernhaus, das seit Ende Juni UNESCO-Welterbe ist, aber auch das Festspielhaus mit seiner auf Holz basierenden Innenausstattung.

Wie Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe hervorhob, „spielt der Rohstoff Holz bei vielen Bayreuther Denkmälern wie dem Markgräflichen Opernhaus oder dem Festspielhaus eine bedeutende Rolle. Wir in Bayreuth sind uns dieser herausragenden Denkmäler bewusst. Es ist uns immer daran gelegen, diese der Bevölkerung zugänglich zu machen und sie zu fördern.“

## Imagegewinn

Die Erhaltung von Denkmälern sei, so der Regierungspräsident von Oberfranken, Wilhelm Wenning, „vom gemeinsamen Engagement der Behörden, Verbände, Vereine, Bürgerinitiative und nicht zuletzt von privaten Eigentümern abhängig, denen eine besonders wichtige Rolle zukommt“. Laut Oberfrankenss Bezirksamtspräsident Dr. Günther Denzler „zeigen Untersuchungen, dass gut sanierte Denkmäler für darin untergebrachte Firmen einen Imagegewinn bedeuten und dass die Menschen sich mit den prägenden Baudenkmalern ihres Ortes identifizieren, denn sie sind greifbare Geschichte“.

## Verfassungsziel

Wie Prof. Dr. Egon Johannes Greipl, Generalkonservator des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, betonte, „ist der Erhalt des kulturellen Erbes in Bayern Verfassungsziel und ausdrückliche Aufgabe des Staates und der Kommunen. Es geht vor allem auch darum, den privaten Denkmaleigentümern unter die Arme zu greifen und etwas gegen die sich abzeichnenden massiven Denkmalverluste insbesondere in den strukturschwächeren Regionen unseres Landes zu tun. Es geht um das Gesicht Bayerns! Bayern besitzt mehr als 165.000 Bau- und Bodendenkmäler. Von den 115.000 Baudenkmalern befinden sich beinahe zwei Drittel im privaten Eigentum.“

Außergewöhnliches war freilich nicht nur in Bayreuth geboten: Die Befreiungshalle Kelheim öffnete ausnahmsweise ihren historischen Unterbau. Auch im Künstlerhaus August Exter in Übersee am Chiemsee und im Gasteiger-Haus in Holzhausen am Ammersee fanden Sonderprogramme mit Führungen, Musik und Trödelmarkt statt. Und besonders sportliche Denkmäl-

freunde konnten im Königshaus Ludwigs II. auf dem Schachen im Hochgebirge Führungen mit musikalischer Umrahmung erleben.

In München konnte man den Renaissancehof der Alten Münze, des Hauptsitzes des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege besichtigen und das Dienstgebäude des Landesamtes bei einer Führung von innen kennen lernen. Besucht werden konnten die Projektwerkstatt Archäologie oder die Ausstellungen „Holzstadt München – Au, Haidhausen, Giesing“ und „Archäologie im Experiment“.

## Wiege der Wittelsbacher

In Amberg erfuhren die Besucher beim Spaziergang durch den Stadtgraben dessen Besonderheiten. In Augsburg lud das Hainhofer Palais/Maximilianmuseum, das ehemalige Wohn- und Geschäftshaus des Kunstagenten Hainhofer, mit barocken Decken und Wandfresken zur Besichtigung ein. Die 1200-jährige Burganlage, die Wiege der Wittelsbacher in Burglebenfeld, war ebenso mit von der Partie wie viele andere Burgen, Museen, Kirchen, Wälder oder Gärten.

Auch im Landkreis Rosenheim wurden wieder spannende Blicke hinter die Kulissen geworfen. So bestand in Prien die seltene Gelegenheit, den Dachstuhl von 1736 der Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt zu begehen. Beim Thema Holz bietet sich die Wasserburger

Altstadt nicht nur an, sie drängt sich geradezu auf. S tadtarchivar Matthias Haupt lud deshalb die Besucher ein, anhand von Karten, Bauzeichnungen und historischen Bauakten die Geschichte Wasserburger Häuser zu erforschen. Die Aus- und Bewertung von historischen Quellen stellte er am Beispiel eines Wasserburger Bürgerhauses und eines öffentlichen Gebäudes dar.

Themenbezogen konnten im Landkreis Freising wiederum der kürzlich sanierte Dachstuhl der Pfarrkirche St. Kastulus in Moosburg, die Pfarrkirche St. Jakobus sowie das Heimatmuseum in Hörgerthausen besichtigt werden. Auch die Stadt Freising beteiligte sich mit drei interessanten Führungen an dieser bundesweiten Aktion: Neben einem Einblick in den spätgotischen Dachstuhl der Pfarrkirche St. Georg war das Chorgestühl des Freisinger Domes, ein Meisterwerk spätgotischer Bildschnitzkunst, Ziel einer Führung. Zudem konnte das sog. Pappelalleegebäude besichtigt werden. Der 2004 für die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf errichtete Holzbau wurde 2006 mit dem Holzbaupreis Bayern ausgezeichnet, 2007 erhielt er eine Anerkennung vom Gremium des Deutschen Holzbaupreises.

## Union-Filmtheater

In Ingolstadt konnte man u. a. die hölzernen Dachstühle des Alten Rathauses, der Hohen Schule und der Spitalkirche besichtigen oder bei einer Führung historische Treppenhäuser in der Altstadt kennen lernen. Als besonderer Anziehungspunkt erwies sich das gerade sanierte ehemalige Union-Filmtheater. Und im Bauerngerätemuseum Hundszell führte ein Holzrestaurator konser-

# Wagner-Schwestern erhalten E.ON Bayern Kulturpreis 2012

70.000 Euro Preisgeld für sieben herausragende bayerische Künstler, Kunstschaffende und Künstlergruppen

Mit insgesamt 170.000 Euro zählt der von E.ON Bayern jährlich verliehene Kulturpreis Bayern zu den höchst dotierten Auszeichnungen für herausragendes künstlerisches Wirken und besondere wissenschaftliche Leistungen in Deutschland. Die Jury hat jetzt die sieben Preisträger in der Sparte Kunst bekanntgegeben. Traditionell wird jeweils ein Künstler pro Regierungsbezirk ausgezeichnet. Oberfränkische Preisträger sind in diesem Jahr Katharina Wagner und Eva Wagner-Pasquier, die Festspielleiterinnen der Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth

Die beiden Halbschwestern Katharina Wagner und Eva Wagner-Pasquier bewahrten in ihrer Funktion als künstlerische Leiterinnen und Geschäftsführerinnen der Bayreuther Festspiele mit Akribie, Professionalität, dem Sinn für Tradition und dem Blick für das Moderne die besondere Rolle und Ausstrahlung Bayreuths im internationalen Festspielreigen, urteilte die Jury. Bei aller Internationalität würden sie aber auch darauf achten, dass die Rolle der Bayreuther Festspiele als Aushängeschild der Stadt und der bayerischen Kulturlandschaft gesichert bleibe.

## Sanierungskonzept

Preisträger aus Niederbayern ist der Steinmetz Michael Hauck. Der Steinbildhauermeister war über 20 Jahre Leiter der S taatlichen Dombauhütte am Passauer Stephansdom. Nach der Jahrtausendwende war Hauck maßgeblich an der Entwicklung eines Sanierungskonzepts für den Münchner Liebfrauenturm beteiligt. Im September dieses Jahres wurde er zum Dombaumeister für den Kölner Dom ernannt.

Oberpfälzer Preisträger sind

die Tanngrindler Musikanten aus Hemau. Die Kapelle pflegt seit 42 Jahren traditionelle Tanzbodenmusik und verbindet dabei alt und neu. Laut Jury waren die Oberpfälzer Musiker Vorbild für viele andere Musikerformationen, die sich in den letzten Jahren wieder zunehmend der Pflege der bayerischen Tanzbodenmusik zugewandt haben.

## Preisgekrönte Bildbände

Preisträgerin aus Oberbayern ist Herlinde Koelbl. Die Fotografin arbeitet seit Anfang der 80-er Jahre für Medien wie „S tern“ oder „New York Times“. Zum Teil preisgekrönt waren ihre Bildbände „Jüdische Portraits“, „Männer“ und „Starke Frauen“. Ihr Langzeitprojekt „Spuren der Macht“ über 15 Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft wurde mit dem Deutschen Kritikerpreis ausgezeichnet.

Aus Schwaben stammt Rudolf Herz. Der Bildhauer ist heute international anerkannt. Mit seinen „Projekten im öffentlichen Raum“ unter anderem mit dem Titel „Lenins Tour“ oder „Tatlins Dog“ sorgte der Künstler bayernweit für Aufsehen. Mit sei-



**Kolumne**  
Stefan Rößle

**Liebe Leserinnen und Leser,**

die Demokratie ist die Regierungsform, die bisher am Längsten und Besten funktioniert hat. Die erste bekannte Demokratie gab es im antiken Athen, allerdings wurden dort die Entscheidungen nur von männlichen Vollbürgern, also einer stimmberechtigten Minderheit getroffen. In unserer heutigen Zeit, in der man eine Frauenquote in Aufsichtsräten diskutiert und Väter Elternzeit nehmen, ist dies undenkbar.

Seit dem Jahr 1995 sind in unserer Bayerischen Verfassung die Möglichkeiten des Bürgerbegehrens, Ratsbegehrens und des Bürgerentscheids verankert. Das Prinzip der repräsentativen Demokratie wurde somit um Elemente der direkten Demokratie ergänzt. Zahlreiche Begehren haben seither stattgefunden. Meist ging es darum, Ratsbeschlüsse zu verändern oder zu verhindern.

Einerseits wählt der Bürger Volksvertreter, die dann in seinem Sinne Entscheidungen treffen sollen, und andererseits will er sich bei gewissen Themen selbst beteiligen. Das mag manch selbstbewusster Kommunalpolitiker kritisch oder gar als Einmischung ansehen. Doch genau so funktioniert moderne Demokratie heute. Sie gibt den Bürgern die Möglichkeit, sich einzubringen und den Politikern die Option, die Bürger aktiv in politische Entscheidungen einzubeziehen. Eine unglaubliche Chance, die allerdings richtig gehandhabt werden muss. Denn man darf nicht unterschätzen, welche große Herausforderungen damit verbunden sind: Es beginnt mit dem richtigen Fingerspitzengefühl, welche Themen sich für

**Mitreden erwünscht!**

um die Diskussion auf einer sachlichen Ebene zu halten.

Was also tun, um Bürgerbeteiligung erfolgreich zu praktizieren? Den Königsweg gibt es in dieser Frage sicherlich nicht. Ich halte es für wichtig, Großprojekte und sensible Themen immer transparent zu behandeln und die Bürger so früh wie möglich einzubinden. Bürgerbeteiligung kann erfolgreich funktionieren, wenn die Bürger die Bedingungen, die Ziele und die Inhalte des Projekts kennen. Dann kann sich in einem konstruktiven Beteiligungsverfahren herauskristalisieren, was machbar ist und was nicht, wie lange die Bindungsfrist besteht und welche weiteren Konsequenzen sich daraus ergeben. Natürlich müssen vorher auch Finanzierbarkeit sowie rechtliche und fachliche Grenzen des Vorhabens geprüft werden, denn die Zeiten von König Ludwig II sind vorbei.

Der demokratisch legitimierte Volksvertreter wird immer bemüht sein, Gemeinwohl und Einzelinteresse in der Waage zu halten. Mir gefällt, wenn Betroffene zu Beteiligten werden. Aus Betroffenheit wächst Interesse und aus Interesse kann sich politisches Engagement entwickeln. Das sollten wir anstreben: Engagement als Gegenbewegung zur Politikverdrossenheit, zum Wohle unserer Kommunen!

Noch einen schönen Spätsommer!

*Ihr Stefan Rößle*

## Ausbau der Kinderbetreuung:

# Freistaat schafft Rahmenbedingungen

Mit optimalen Rahmenbedingungen und hoher finanzieller Förderung schafft Bayern beste Voraussetzungen für den bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren durch die Kommunen. Hierüber und über den aktuellen Ausbaustand hat Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer jüngst berichtet.

Haderthauer weiter: „Die bayerischen Kommunen bauen mit der bundesweit höchsten Dynamik Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren aus: Die Zahl der Plätze hat sich seit 2006 von 23.000 auf rund 92.700 mehr als vervierfacht! Damit stehen in Bayern derzeit im Schnitt für circa 43 Prozent der Kinder vom ersten bis zum dritten Geburtstag Betreuungsplätze zur Verfügung. Das bayerische Ziel ist jedoch die örtliche Bedarfsdeckung und nicht eine bestimmte Quote. Nach den derzeitigen Meldungen der Kommunen gehen wir davon aus, dass sie im Schnitt im nächsten Jahr einen Versorgungsgrad von circa 52 Prozent für Ein- und Zweijährige und damit jedem zweiten Kind ab dem ersten Geburtstag einen Krippenplatz anbieten können.“

## Keine Deckelung

Der Freistaat unterstützt die Kommunen beim Ausbau so kraftvoll wie kein anderes Land in Deutschland - und zwar mit dem einzigen Förderprogramm für eine freiwillige Leistung ohne eine Deckelung. Haderthauer betonte: „Damit gibt es eine Fördergarantie für jeden neuen Krippenplatz, den eine Gemeinde schaffen will. Der Staat trägt bis zu 80 Prozent der Investitionskosten. Aufgrund der hohen Ausbaudynamik sind die Mittel des Bundes für den Ausbau von Krippenplätzen in Höhe von 340 Millionen Euro bereits verplant. Der Freistaat Bayern führt die Förderung nun allein mit Landesmitteln fort,

derzeit mit rund 600 Millionen Euro, und liegt damit bundesweit an der Spitze.“ Auch bei den laufenden Kosten unterstützt der Freistaat die Kommunen vorbildlich und hat seine Zuschüsse seit 2005 auf nunmehr rund 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2012 verdoppelt. Hinzu kommen umfangreiche Maßnahmen als Antwort auf die Herausforderungen bei der Gewinnung zusätzlicher pädagogischer Fachkräfte.

## Bedarfsdeckung

„Der Freistaat hat alle Voraussetzungen geschaffen, damit die Kommunen die Bedarfsdeckung vor Ort erreichen können. Etlichen Kommunen, gerade im ländlichen Raum, ist dies schon gelungen. Sorgen bereiten mir nur die Großstädte, allen voran München, wo derzeit noch rund 5000 Plätze fehlen. Diese Kommunen müssen ihr Ausbautempo noch deutlich erhöhen“, so Haderthauer.

## Preis der Goerdeler-Stiftung

Der Kommunalwissenschaftliche Preis der Carl und Anne-liese Goerdeler-Stiftung prämiiert jährlich hervorragende Dissertationen/PhD-Arbeiten im Bereich Kommunalpolitik und -verwaltung. Bewerbungen können bis zum 15. Oktober 2012 eingereicht werden. Mehr Informationen unter: [www.publicgovernance.de/goerdelerpreis](http://www.publicgovernance.de/goerdelerpreis)

## Nützliche...

(Fortsetzung von Seite 1)

kommune, der sich darauf beschränkt, das Endergebnis zu betrachten, wäre deshalb nicht zielführend“, so der BKPV.

Zum Ende seiner Ausführungen geht der Verband noch auf weitere Aspekte der Wirtschaftlichkeit der IT ein. Neben der Stellenausstattung spielen auch die Sachkosten (inklusive der Fremdleistungen) und der aus der IT resultierende Nutzen für die einsetzenden Fachämter eine Rolle. Auch hierzu pflegt der BKPV seit geraumer Zeit Kennzahlen (z. B. IT-Kosten pro Ar-

beitsplatz) und will diese in den nächsten Jahren verfeinern.

Was die elektronische Aufbewahrung von Kassenbelegen anbelangt, so hat diese in den vergangenen Jahren, nicht zuletzt aufgrund der seit 1. Januar 2007 in Kraft getretenen neuen haushaltsrechtlichen Vorschriften, im kommunalen Bereich eine stärkere Verbreitung gefunden. Da der BKPV die Einführung der neuen Technologien begleiten und deren ordnungsgemäßen Einsatz sicherstellen wollte, hat er in den zurückliegenden Jahren die eingesetzten elektronischen

Belegarchive im Rahmen unserer überörtlichen Prüfungstätigkeit schwerpunktmäßig mit untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die haushaltsrechtlichen Vorschriften bei der elektronischen Belegarchivierung in den Kommunen beachtet wurden, die erwarteten Nutzeneffekte in der Kasse und der Verwaltung eingetreten sind und darüber hinaus auch die Rechnungsprüfung erleichtert wird. „Wir sehen dies als einen Beitrag zur Gestaltung einer modernen und effizienten Verwaltung an.“

Allerdings traf der Prüfungsverband auch einige Sachverhalte an, bei denen die Revisionsfähigkeit und Ordnungsmäßigkeit der elektronisch abgelegten Belege nicht gewährleistet war und die deshalb beanstandet werden mussten. Im Geschäftsbericht wird unter anderem darauf hingewiesen, dass es nicht genügt, elektronische Rechnungen lediglich auszudrucken und anschließend wie Papierrechnungen zu behandeln. Vielmehr seien stets das empfangene elektronische Original und gegebenenfalls dessen spätere Transformationen in ein anderes Dateiformat maßgebend. „Dies bedeutet für den Empfänger einer elektronischen Rechnung letztlich, dass er nach den steuerrechtlichen Vorschriften die Echtheit der Herkunft der Rechnung (Authentizität) und die Unversehrtheit ihres Inhalts (Integrität) zu

prüfen, die Prüfergebnisse auf geeignete Weise zu dokumentieren und darüber hinaus die Lesbarkeit der elektronischen Rechnungsdaten und der Prüfergebnisse für die Dauer der Aufbewahrungsdauern sicherzustellen hat.“ Bei den qualifiziert signierten Rechnungen (mit oder ohne Anbieter-Akkreditierung) oder den EDI-FACT-Rechnungen sei dies bereits durch die dabei verwendeten Sicherungs- und Übertragungsverfahren gewährleistet.

### Revisionsicherheit

Die Aufzeichnungen in den Büchern müssen laut BKPV vollständig, richtig, klar, übersichtlich und nachprüfbar sein. Aus Sicht einer ordnungsmäßigen Verwaltungsbuchführung könne für die kommunale Buch- und Belegführung ebenfalls nichts anderes gelten, wenn diese revisionsicher sein soll.

Mit wertvollen Praxistipps für kommunale Mandatsträger in Entscheidungsgremien, an der Spitze der Verwaltung (insbesondere für Bürgermeister und Landräte) sowie für Mitarbeiter der Bauämter wartet der Beitrag „Die Kommune als Bauherrin“ auf. Wie der Prüfungsverband aufzeigt, verbleibt der Kommune auch dann ihre Verantwortung als Bauherrin, wenn sie sich bei der Durchführung von Baumaßnahmen externer Fachleute bedient.

Sie muss zu Beginn des Bauprojekts selbst Ziele verbindlich festlegen, den Beteiligten verbindlich vorgeben und dafür sorgen, dass diese Ziele möglichst auch eingehalten und nicht – „wie leider zu häufig“ – während des Bauprojekts „aus den Augen verloren werden“. „Dazu bedarf es bei den Kommunen auf allen Ebenen des tatkräftigen Einsatzes von Menschen, die sich darum kümmern.“

Schon zum Projektbeginn seien wichtige Entscheidungen zu treffen. So ist zum Beispiel das Festlegen der Projektziele anhand des ermittelten Bedarfs und gegebenenfalls später auch ihre Anpassung an neue Umstände Aufgabe des Gremiums (z. B. Gemeinderat, Stadtrat, Kreistag), des Willensbildungsorgans der Kommune, das hierzu jeweils rechtzeitig die entsprechenden Informationen und Vorschläge (Vorlagen) von der Verwaltung benötigt.

Die bei der Projektabwicklung gefassten Beschlüsse des hierfür zuständigen Gremiums über die rechtsgeschäftlichen Beauftragungen von Planern und Baufirmen umzusetzen, ist Sache der Verwaltung, an deren Spitze und Nahtstelle zum Gremium der erste Bürgermeister bzw. Landrat die Zügel in der Hand hält.

Stichwort Arbeitnehmerüberlassung nach der Reform des AÜG: Durch die Ausweitung der Erlaubnispflicht seit dem 1. Dezember 2011 steht die Zeitar-

beitsbranche an einem Wendepunkt, weil dem BKPV zufolge „künftig auch reine konzerninterne Personalservicegesellschaften vom AÜG erfasst werden und einer Verleihererlaubnis unabhängig davon bedürfen, ob sie mit Gewinnerzielungsabsicht arbeiten oder nicht“. Auch der konzerninterne Verleih zum Zwecke der Kostensenkung sei dann nicht mehr attraktiv, wenn eine Vorbeschäftigung vorliegt, weil in diesem Fall Drehtürklausal und „Equal Pay“ greifen.

### Arbeitnehmerüberlassung

Es bleibe abzuwarten, ob die Neuregelungen des AÜG die avisierten Wirkungen erzielen können, insbesondere, ob sie zukünftig den Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung verhindern werden. Die Reform werfe auch einige neue Fragen auf, beispielsweise zu den genauen Voraussetzungen für die Anwendung des Konzernprivilegs oder das Ausmaß einer gelegentlichen Arbeitnehmerüberlassung. Auf der anderen Seite ver spricht das neue Gesetz nach Auffassung des Prüfungsverbands „viele vernünftige Regelungen, die den Schutz der Leiharbeiter verbessern, so dass zukünftig insbesondere der Gleichbehandlungsgrundsatz nicht nur auf dem Papier bestehen sollte“. **DK**

## Offene...

(Fortsetzung von Seite 1)

band über das Ergebnis der groß angekündigten „Entschlackung“ des Bayerischen Landesentwicklungsprogramms. „Unter Entbürokratisierung, Deregulierung und Kommunalisierung bei der Landesplanung stellen wir Gemeinden und Städte uns etwas anderes vor. Der vorgelegte Entwurf des neuen LEP muss aus unserer Sicht erheblich nachgebessert werden“, sagte Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl.

Rein quantitativ scheine das Ziel der Staatsregierung erreicht zu sein: Drei Viertel der Ziele und zwei Drittel der Grundsätze sollen entfallen. Betrachte man aber die verbliebenen Inhalte, so zeige sich schnell, dass eine echte Reform im Sinn von mehr Möglichkeiten für die Gemeinden in weiten Bereichen nicht stattgefunden hat. Das Zentrale-Orte-Prinzip werde beibehalten, die Vorgaben zur Siedlungsstruktur – vor allem das in der Praxis zu vielen Schwierigkeiten führende Anbindegebot – schränken auch weiterhin die kommunale Planungshoheit spürbar ein. Die Forderung nach städtebaulicher Integration eines Standorts, die viele Gemeinden des ländlichen Raums nicht erfüllen können, sei weiter praktisch uneingeschränkt enthalten. Und bei der Frage der Verkaufsflächenbegrenzung bleibe es bei der Philosophie der Kaufkraftabschöpfung.

### Handlungsbedarf

Für schief gelaufene Facebook-Partys wiederum wollen sich Bayerns Gemeinden und Städte nicht den Schwarzen Peter zuschieben lassen. „Gemeindliche Bußgelder gegenüber den Veranstaltern von Facebook-Partys sind ein völlig untaugliches Mittel. Aufrufe zu Partys oder das Anreisen unwillkommener Partygäste zu verhindern“, betonte Jür gen Busse. „Der Bußgeldrahmen von wenigen hundert Euro schreckt niemand ab, löst allenfalls einen hohen Verwaltungsaufwand aus und kann die Kosten der Allgemeinheit durch teure Polizeieinsätze ohnehin nicht kompensieren.“ Wenn der Gesetzgeber oder der Freistaat Bayern Handlungsbedarf sieht, solle er die Gesetzeslücke schließen statt mit dem Finger auf die Kommunen zu zeigen.

Das bayerische Innenministerium hatte in einem Zeitungsbericht vorgeschlagen, dass die Gemeinden verstärkt Bußgelder verhängen sollen, wenn es zu Schäden und Kosten durch Facebook-Partys kommt. Dieses Ansinnen wurde umgehend vom Vorsitzenden der bayerischen Polizeiverwerkschaft, Hermann Benker, zurückgewiesen. Der Bayerische Gemeindegats schließt sich dem an und weist darauf hin, dass die gesetzliche Grundlage für die Verhängung kommunaler Bußgelder lediglich die unterlassene Anzeige von „Vernügnungsveranstaltungen“ sanktioniert, nicht aber die potenziell hohen Kosten von Polizeieinsätzen zur Verhinderung von Facebook-Partys zum

Ziel hat. Daher gehe der ministeriale Vorschlag am Kern des Problems vorbei.

Mit Blick auf die Finanzsituation der Kommunen schloss Brandl nicht aus, dass sich die Gemeinden und Städte auf sinkende Gewerbesteuererträge einstellen müssen. „Die Gewerbesteuerpflichtigen haben in den Monaten April bis Juni 2012 rund 127 Millionen Euro weniger an die Gemeinden überwiesen als im gleichen Zeitraum 2011. Nur den guten Monaten Januar bis März mit teils hohen Nachzahlungen für die Vergangenheit ist es zu verdanken, dass das erste Halbjahr per Saldo noch mit knapp 160 Millionen Euro im Plus liegt. Inwieweit die neuesten Einbußen durch Einmaleffekte beeinflusst sind oder ob sie eine Trendwende bei den Gewerbesteuererträgen signalisieren, lässt sich aus den statistischen Daten noch nicht erkennen. Zunehmend kritische Berichte über die weitere Wirtschaftsentwicklung interpretieren wir jedoch als Mahnung zur Vorsicht bei der Haushaltsführung.“

Brandl empfahl den Städten und Gemeinden im Freistaat, die derzeit (noch) guten S teuererträge zur Sanierung ihrer Haushalte zu verwenden und die Schulden aus der vergangenen Wirtschaftskrise abzubauen. Viele Kommunen seien bereits auf gutem Wege, ihre angehäuften Defizite zu verringern, um wieder Luft zum Atmen für notwendige Investitionen in Infrastruktur und kommunale Leistungen zu bekommen.

Brandl erinnerte gleichzeitig daran, dass zahlreiche Gemeinden, vor allem im nordostbayerischen Raum, aber auch in anderen strukturschwachen Regionen trotz verbesserter Rahmenbedingungen nach wie vor nicht in der Lage sind, ihre Haushalte auszugleichen, geschweige denn Schulden abzubauen. „Umso bedauerlicher wäre es, wenn uns jetzt die nächste Welle kommunaler Steuerausfälle treffen würde“, sagte Brandl.

Vor kurzem hat das Bundeskabinett den nationalen Radverkehrsplan 2020 beschlossen. Das Maßnahmenpaket soll dazu beitragen, den Radverkehr zu stärken. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer forderte dabei die Kommunen auf, sich beim Radwegebau verstärkt zu engagieren. Gemeindegatschef Brandl zufolge beteiligen sich Bayerns Städte und Gemeinden seit Jahren am stetigen Ausbau von Radwegenetzen. „Steigender Radverkehr ist ganz in unserem Sinn.“

Allerdings sei es kontraproduktiv, wenn der Bund zwar das Engagement der Gemeinden einfordert, sich selber aber aus der Finanzierung seiner eigenen Projekte zurückzieht. Wenn Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer weiterhin Engagement der Gemeinden einfordert, müsse der Bund mit gutem Beispiel vorangehen. „Es kann nicht sein, dass künftig weniger Geld für den Radwegebau zur Verfügung steht als bisher. Da klaffen Theorie und Praxis auseinander.“ **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

flächendeckenden, wirtschaftlichen Betrieb zentralörtlicher Einrichtungen sicherstellen: „Zentrale Orte sind ein Motor der Entwicklung Bayerns. Sie nehmen eine Vorhalte- und Versorgungsfunktion für ihr Umland wahr. Dies gilt vor allem für Regionen, die vom demografischen Wandel betroffen sind. Ohne eine planvolle Konzentration von Versorgungseinrichtungen könnte man dem Leitmotiv der gleichwertigen Arbeits- und Lebensbedingungen nicht gerecht werden. Wir müssen die zentralen Orte als die dynamischen Kraftzentren Bayerns stärken. Starke Städte sorgen für ein starkes Land. Gerade die mittleren zentralen Orte, die es in jedem Landkreis gibt, sollen weiter ihr Umland stärken können.“

### Flächensparen

Das Anbindungsziel im LEPL ist ein wichtiger Beitrag zum Kulturlandschaft des Freistaats, zusammenhängende Flächen für Natur und Tierwelt und belasse den Außenbereich der Erholung. Eine kompakte Siedlungsstruktur werde dem demografischen Wandel und dem Klimawandel gerecht. Sie sichere kurze Wege, erleichtere die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr und ermögliche eine wirtschaftliche Wahrnehmung der Daseinsvorsorge durch die Kommunen. Die Bauleitplanung alleine könne dies nicht leisten. Maly: „Wir müssen das unverwechselbare Weichbild der bayerischen Landschaft schützen. Was wir lieben, sollten wir weder mit Asphalt noch mit Beton verschütten. Denn was in Beton steht, währt lange. Planungsfehler lassen sich nur schwer rückgängig machen, wenn sie einmal in Beton gegossen in der Landschaft stehen.“

Überzeugt ist der S tädtetagsvorstand auch davon, dass die Kommunen die Auswirkungen des Fiskalpakts zu spüren bekommen: „Während die deutsche Schuldenbremse auf Land und Bund wirkt, sind die Kommunen beim Fiskalpaket bei der Berechnung des gesamtstaatlichen Defizits mit einbezogen. Die Handlungsspielräume von Bund, Ländern und Kommunen werden enger. Wenn der Fiskalpaket Finanzminister Markus Söder Daumenschrauben ansetzt,

ist schon jetzt absehbar, dass künftige Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich in Bayern schwieriger werden – der Freistaat darf seine Kommunen nicht im Regen stehen lassen.“

Der Hinter grund: Um die Staatsschuldenkrise zu bewältigen, müssen alle EU-Länder auf Haushaltsdisziplin achten. Der EU-Fiskalvertrag will die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer fiskalpolitischen Stabilitätsunion ausbauen. Am 29. Juni 2012 haben Bundestag und Bundesrat die Gesetze beschlossen, die für die Ratifizierung des Fiskalpakts und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) notwendig sind. Die Ausfertigung durch den Bundespräsidenten wird erst folgen, wenn das Bundesverfassungsgericht über die Eilanträge gegen die Beschlüsse entschieden und sie abgelehnt hat. Für die breite Zustimmung im Bundesrat war eine Verständigung zwischen Bund und Ländern nötig.

Der Bundesrat hat einige Eckpunkte zugrunde gelegt, die für die Kommunen wichtig sind:

1. Nach Auffassung der Bundesregierung erfüllt die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse die Anforderungen des EU-Fiskalpakts. Die innerstaatliche Umsetzung erfolgt durch eine Verankerung einer Obergrenze für das gesamtstaatliche Defizit (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung) von maximal 0,5 Prozent des BIP zu Marktpreisen im Haushaltsgrundsatzgesetz: Gemessen am BIP für 2011 (2.570 Mrd. Euro) würde sich das zulässige strukturelle Defizit für den Gesamtstaat auf 12,85 Mrd. Euro belaufen. Maly: „Allein bei den deutschen Kommunen sind 2011 die Schulden um 6,304 Mrd. Euro angestiegen, so dass unter Einbeziehung der Verschuldung von Bund und Ländern die Einhaltung der Schuldenbremse eine Herausforderung wäre.“

2. Der S tabilitätsrat überwacht die Einhaltung der gesamtstaatlichen Defizitobergrenze.

3. Der Bund trägt bis 2019 das Risiko von Sanktionszahlungen.

4. Zu begrüßen ist die Festschreibung, wonach die kommunalen Finanzen bei der Einhaltung des Fiskalpakts eine wichtige Rolle haben. Maly: „Die

Länder tragen im Rahmen des Fiskalpakts die Verantwortung für ihre Kommunen. Durch die Miteinbeziehung der Kommunen in den EU-Fiskalpaket werden die Länder in ihrer Konsolidierungspolitik vor enorme Herausforderungen gestellt.“ Deshalb soll in der nächsten Legislaturperiode ein Bundesleistungsgesetz in Kraft treten, das die Eingliederungshilfe für Behinderte regelt. Damit würde der Bund einer langjährigen Forderung der kommunalen Spitzenverbände nachkommen. Die Ländervertreter haben eine Beteiligung des Bundes von 4 Milliarden Euro jährlich in Aussicht gestellt, was ein Drittel der Gesamtkosten ausmacht. Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe beliefen sich 2010 für die bayerischen Kommunen auf 2 Milliarden Euro. Würde sich der Bund mit etwa einem Drittel an den Kosten beteiligen, würde dies bei Bayerns Kommunen eine Entlastung von rund 670 Millionen Euro bedeuten. Das wäre Maly zufolge ein großer Schritt, um die Kommunalhaushalte zu entlasten – bis jetzt sei dies allerdings nur eine Absichtserklärung. Die Städte fordern, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

5. Im Herbst 2012 soll eine Entscheidung fallen über die Höhe der vom Bund an die Länder für den Zeitraum 2014 bis 2019 zu zahlenden Entflechtungsmittel zur Verbesserung der kommunalen Verkehrsverhältnisse (derzeit 1,335 Mrd. Euro jährlich). Die Städte fordern eine Erhöhung auf 1,9 Mrd. Euro.

6. Zur Finanzierung von 30.000 zusätzlichen Plätzen für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern wird der Bund den Ländern jährlich 75 Millionen Euro für Betriebskosten aus dem Umsatzsteueraufkommen überlassen. Dieser Betrag ist aus Sicht der Städte viel zu niedrig angesetzt.

7. Die Zusage des Bundes von 2011 bleibt bestehen, zum 1.1.2014 die Kosten der Grundrisicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig zu übernehmen. Im Jahr 2012 erstatte der Bund 45 Prozent und 75 Prozent im Jahr 2013. Durch Veränderungen der Berechnungsweise ergeben sich für die Kommunen weitere Verbesserungen.

Maly: „Diese Vereinbarungen sind aus Sicht der Kommunen grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings müssen wir abwarten, wie und wann tatsächlich die konkreten Umsetzungen erfolgen. Bund und Freistaat müssen nun die Vereinbarungen schnell und transparent umsetzen.“

Als „unbefriedigend für die Kommunen und unwürdig für die betroffenen Mieter, die im Ungewissen leben und die mit immer neuen Aussagen verwirrt werden“, bezeichnete der Städtetagschef das „Gezerre um die Wohnungsbaugesellschaft GBW“. Der S tädte tag begrüße die Absicht der Bayerischen Staatsregierung, den zugesagten Mieterschutz einzelvertraglich durch Ergänzung der Mietverträge zu garantieren. Nun müsse die Staatsregierung ihre Absichtserklärungen auch konkret umsetzen. Der Bayerische Städtetag fordere seit 2009, die sozialen Standards für alle Mieter vor dem Verfahren rechtsverbindlich festzulegen. Nur so lasse sich ein dauerhafter und nachhaltiger Schutz der GBW-Mieter sicherstellen.“

### Beihilfeverfahren

Die Europäische Kommission hat im Beihilfeverfahren um die BayernLB entschieden, dass die BayernLB bis 2019 fünf Milliarden Euro an den Freistaat zurückzahlen muss. Die Anteile an der GBW müssen in einem offenen Bieterverfahren verkauft werden. Nach Malys Worten hätte „am Ende exklusiver Verhandlungen durchaus eine Übernahme der Aktienmehrheit der GBW durch Kommunen“ stehen können. „Das wäre für die Mieter eine beruhigende Lösung gewesen.“

Die Landeshauptstadt München und kommunale Wohnungsbaugesellschaften aus Nürnberg und Erlangen prüften derzeit, ob sie als kommunales Konsortium trotzdem am Bieterverfahren teilnehmen. Unter anderen könnten sich auch Würzburg und Aschaffenburg vorstellen, sich zu beteiligen. Die Voraussetzungen für ein offenes Bieterverfahren seien allerdings schwierig: Derzeit sor ge viel spekulatives Kapital auf den Immobilienmärkten dafür, „dass ein kommunales Konsortium gegen das ‚große Geld‘ von Immobilienfonds wohl nur geringe Chancen hätte“. **DK**

Bayerisches Handwerk, Genossenschaftsverband und Sparkassenverband:

## Positionspapier zu Basel III

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz haben der Bayerische Handwerkstag (BHT), der Genossenschaftsverband Bayern und der Sparkassenverband Bayern ein Positionspapier zur Umsetzung von Basel III in Europa und den Auswirkungen auf die Finanzierung von Handwerksbetrieben und mittelständischen Unternehmen vorgestellt.

„Wenn ein Autohersteller das Nachfolgemodell einer beliebigen Baureihe präsentiert, sind die Verbraucher immer schon ganz gespannt, welche Neuerungen und technischen Highlights das neue Modell wohl bieten wird. Wenn dagegen in Basel neue Vorschläge zur Bankenregulierung erarbeitet werden, kann von Vorfreude keine Rede sein“, stellte Heinrich Traublinger, MdL a. D., Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT) fest.

Wie Traublinger erläuterte, „drohen sich durch Basel III die Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Betriebe weiter zu verschlechtern“. Dabei hätten diese Unternehmen während der Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland Auftragsreserven mobilisiert und ihre Belegschaften nur in geringem Maße in die Kurzarbeit geschickt. Der Exporteinkbruch habe gezeigt, wie dringend Deutschland den Mittelstand als Stabilitätsanker für die Binnenkonjunktur braucht. „Damit dies so bleibt, dürfen sich die

Finanzierungsbedingungen für unsere Betriebe durch Basel III nicht verschlechtern“, erklärte Traublinger.

### Stabile Risikostruktur im deutschen Mittelstand

Der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner, wies darauf hin, dass sich „gerade im deutschen Mittelstand eine jahrzehntelange stabile Risikostruktur zeigt. Es wäre eine Katastrophe, wenn am Schluss der Mittelstand für die Fehlspekulationen von Investmentbanken büßen müsste.“ Eine Studie der Bundesbank zeige jetzt, dass „über Basel II hinausgehende Entlastungen bei KMU-Krediten fachlich begründet sind. Insofern gibt es auch überhaupt keine Veranlassung, Mittelstandskredite mit höheren Eigenkapitalquoten zu unterlegen“.

Zellner sprach sich auch für eine Absenkung des Risikogewichts für Mittelstandskredite aus, da mit einer solchen Reduk-

tion von 75 % auf 50 % dem Verteuerungseffekt durch die pauschale Erhöhung der geforderten Eigenkapitalunterlegung entgegen gewirkt werden kann.

### Kredite dürfen sich nicht verteuern

Erhard Gschrey, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V. (GVB) wehrte sich dagegen, dass nun mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen diejenigen die Zeche in Form von Basel III zahlen sollen, die die

### Bankenaufsicht:

## Götzl nimmt Bundesregierung in die Pflicht

Die aktuelle Diskussion darüber, wie eine europäische Bankenaufsicht ausgestaltet werden kann, braucht mehr Zielorientierung. Das fordert Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Aus seiner Sicht ist eine Lösungsvariante anzustreben, die möglichst zwei Anforderungen entspricht.

Zum einen müssen bestehende Aufsichtsdefizite beseitigt werden. Diese betreffen in erster Linie die mangelnde aufsichtsrechtliche Erfassung der Geschäfte und Risiken großer, vor allem international tätiger Banken. Zum anderen muss die Gefahr minimiert werden, dass es zu aufsichtsgetriebenen beziehungsweise politischen Marktstrukturveränderungen in funktionierenden Bankensystemen kommt.

„Insbesondere die jetzigen Vorschläge zur europäischen Bankenaufsicht müssen auch im Kontext diverser zurückliegender Versuche der EU-Kommission gewertet werden, in das bewährte dreigliedrige deutsche Bankensystem einzugreifen“, erklärt Götzl, der weiter festhält: „Schon in der Vergangenheit hatte die Brüsseler Behörde ohne Grund immer wieder die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Visier.“

### Konsequente Interpretation des Subsidiaritätsprinzips

Der Präsident der bayerischen Kreditgenossenschaften tritt für ein Modell ein, bei dem sich die Europäische Zentralbank ausschließlich auf große und grenzüberschreitend tätige Banken konzentriert. „Die Zuständigkeit für die Aufsicht muss zwischen EZB und den nationalen Behörden geteilt werden“, fordert der GVB-Präsident. Das würde auch einer konsequenten und richtigen Interpretation des Subsidiaritätsprinzips entsprechen. Demzufolge soll nur die Kontrolle über jene Banken auf die höhere europäische Ebene delegiert werden, die auf der nationalen Ebene nicht wirksam zu leisten ist.

### Aufsicht wird abgelehnt

Die Pläne von EU-Kommissar Michel Barnier, eine Aufsicht über 6.000 Banken in den 17 Euro-Staaten zu errichten, lehnt Götzl deshalb vehement ab. „Auch, weil ich erhebliche Zweifel an der praktischen Umsetzbarkeit einer zentralen Überwachung vieler tausend Banken habe. Darüber hinaus wäre ein gemeinsames europäisches Verwaltungsrecht zwingende Voraussetzung, um einheitliche Aufsichtsverhältnisse zu schaffen. Das wird es auf die Schnelle aber kaum geben.“

Zudem verweist Götzl darauf, dass mehr als ein Drittel der von

Krise nicht verursacht haben.

### Brüssel muss sich besinnen

„Wenn die politischen Akteure in Brüssel sich hier nicht besinnen, dann hat das auch negative Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen der Handwerksbetriebe und mittelständischen Unternehmen“, betonte Gschrey und forderte: „Kredite an die mittelständische Wirtschaft dürfen sich nicht verteuern. Das vorzuhaltende Eigenkapital für das sogenannte Retailgeschäft muss auf dem aktuellen Stand beibehalten werden. Dazu bietet sich an, die im Rahmen von Basel III vorgesehene Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite durch entsprechende Maßnahmen zu neutralisieren.“ □

## Die kommunale „Bank“ als neuer, dritter Weg der kommunalen Fremdfinanzierung

Von Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister, LKC Rechtsanwälte, München

Auf Vorschlag der auf Kommunalberatung spezialisierten Rechtsanwalts-, Steuerberater- und Wirtschaftsprüferkanzlei LKC beschloss der Gemeinderat des Marktes Holzkirchen in einer seiner vergangenen Sitzungen die Gründung der Infrastrukturfinanzierungsgesellschaft „InfraFin“. Dieser gänzlich neue Weg der kommunalen Fremdfinanzierung ist ein Novum und wurde über Monate hinweg mit den zuständigen Behörden und Ministerien geklärt. Der LKC-Argumentation wurde hierbei jedes Mal ohne Einwendungen gefolgt.

Die Vorteile sind zahlreich:

- Keine Investitionsverzögerung durch Genehmigungsverfahren
- Keine Genehmigung für Gründung erforderlich
- Keine Notifizierung in Brüssel für Kommunalbürgerschaft über 80 % der jeweiligen Darlehenssumme
- Keine Bankerlaubnis erforderlich
- Mehr Flexibilität in der Fremdfinanzierung der gemeindlichen Einrichtungen i.w.S., da weitere (jährliche) Wahlmöglichkeit eröffnet wird
- Keine Arbeit und kein Amtshaftungsrisiko für Kommunalaufsicht
- Mehr (Haftungs-) Transparenz

für Gemeinderäte als bei Bürgerschaften, da institutionalisiertes Risikomanagement

- Nahezu Kommunalkreditkonditionen, da Gebietskörperschaft als Sicherheit dient
- Erhöhte Rechtssicherheit und geringerer Aufwand für Kreditinstitute sowie Förderbanken im Vergleich zu Kommunalbürgerschaften

Das Modell eignet sich grundsätzlich für sämtliche Infrastrukturvorhaben von Kommunen, gerade auch im Rahmen der Energiewende für Windkraft- oder Biomasseprojekte. Sowohl für Kommunen als auch Kreditinstitute ist es gleichermaßen der Königsweg zur Investition in neue Infrastruktur. □

hat. Angesichts dieser Fakten sind die Pläne Barniers rational nicht achvollziehbar.“

### Nötige Unterscheidung

Götzl nimmt daher die Bundesregierung in die Pflicht. Er erwartet, dass sie sich bei der Ausgestaltung der europäischen Bankenaufsicht für das einsetzt, was sie bei den Regelungen für die

Reorganisation von Banken im Rahmen des deutschen Restrukturierungsgesetzes seinerzeit geleitet hat: „Nämlich eine Unterscheidung zwischen großen Banken, von denen systemische Gefahren für die Volkswirtschaft ausgehen, und regionalen Banken, die elementar für die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft sind.“ so der GVB-Präsident. □

## Achtung 19 % Umsatzsteuer!

Von Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister, LKC Rechtsanwälte, München

Wer hätte das im Rathaus gedacht? Folgender typischer Fall spielt regelmäßig in der Praxis: Eine Kommune unterstützt teilweise seit Jahrzehnten unterschiedlichste Einrichtungen vor Ort, leistet Verlustausgleichszahlungen an Tochtergesellschaften oder fördert private Unternehmen, damit diese die Infrastruktur ausbauen, z. B. für das schnelle Internet. Hat man schließlich eine Mehrheit dafür in den kommunalen Gremien gefunden und die landauf landab propagierte Partnerschaft mit Privaten Unternehmen geschlossen, kann es böse Überraschungen geben: Neben den schnell sechsstelligen Beträgen muss plötzlich auch noch 19 % Umsatzsteuer gezahlt werden – ein Betrag der nirgends im Haushalt vorgesehen ist und die Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit der geförderten Maßnahme in Frage stellt! Warum ist das plötzlich so, obwohl über Jahrzehnte keiner danach gefragt hat?

Hintergrund ist die neueste Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs. Seit 2009 hat dieser in mehreren Entscheidungen eine mittlerweile gefestigte Rechtsprechung aufgrund des europarechtlich geregelten Umsatzsteuerrechts entwickelt.

### Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs

Nach Ansicht des Bundesfinanzhofs liegt in der Regel ein Leistungsaustausch, der umsatzsteuerpflichtig ist, dann vor, wenn sich die öffentliche Hand der Mittel des Privatrechts bedient, also zum Beispiel zivilrechtliche Verträge abschließt. Liegt kein Befreiungstatbestand nach dem Umsatzsteuergesetz vor, so ist Umsatzsteuer umgehend abzuführen – wenn man nicht Steuerhinterziehung begehen möchte.

### Umsatzsteuerklausel

Fragt sich nur, wer die Umsatzsteuer abzuführen hat. Das kommt ganz auf die Vereinbarung an. Empfehlenswert ist auf alle Fälle, eine Umsatzsteuerklausel in jede Art von Vereinbarung aufzunehmen – schließlich sollte das Umsatzsteuerisiko für beide Vertragsparteien für eine dauerhaft fruchtbare Zusammenarbeit klar kalkulierbar sein.

Der Bundesfinanzhof urteilte auch, dass selbst bei hoheitlichem Tätigwerden (z. B. durch öffentlich-rechtlichen Vertrag, Zweckvereinbarung oder Bescheid) eine Umsatzsteuer-

pflicht besteht, wenn die Nichtbesteuerung zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde.

### Frühzeitige Auskunft

Eine Vereinbarung nicht als zivilrechtlichen Vertrag, sondern kurzer Hand als öffentlich-rechtlichen Vertrag anzufertigen, befreit also nicht von der Umsatzsteuerpflicht. Schließlich kann man treffen und lange darüber mit dem Finanzamt auch vor Gericht streiten, ob eine größere Wettbewerbsverzerrung zu erwarten ist oder nicht. Das betrifft somit auch Stellplatzablöseverträge und Defizitausgleichsverträge mit Kindertagesstättenbetreibern bis hin zu Zweckvereinbarungen mit anderen Kommunen. Daher empfiehlt es sich auch bei hoheitlichem Tätigwerden vorsorglich eine Umsatzsteuerklausel aufzunehmen und auch hier frühzeitig eine verbindliche Auskunft beim Finanzamt zu beantragen, wobei diese auch widerrufen werden kann.

Bei allen negativen Entwicklungen in der Rechtsprechung bleibt zu beachten, dass eine Umsatzsteuerpflicht regelmäßig zu einem erfreulichen Vorsteuerabzug führen kann, wenn man frühzeitig umsatzsteuerliche Gesichtspunkte in die Konzeptüberlegungen für eine Zusammenarbeit aufgenommen hat. Schließlich soll es doch im Gemeinde- oder Stadtrat heißen „an Umsatzsteuer haben wir in der Verwaltung natürlich auch gedacht!“ □

## INFRASTRUKTUR

Ohne uns fehlt Ihnen was.

LfA FÖRDERBANK BAYERN

Wir fördern die Infrastruktur – für einen starken Standort Bayern.

Sie investieren in Versorgungs-, Verkehrs- oder Energievorhaben? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen und langfristigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.  
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen:

## Leuchtsignale des Optimismus

Landrat Leo Schrell: Hervorragender Partner der Kommunen

Von soliden und realistischen „Leuchtsignalen des Optimismus“ geprägt war die Jahrespressekonferenz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen mit einem vielseitigen „Leistungsreport 2011“, den Perspektiven 2012 und Ausblick und Geschäftserwartung. Der Vorstandsvorsitzende Thomas Schwarzbauer betonte den Vorrang der Stärkung der Region, der heimischen Wirtschaft und der wertorientierten Dienstleistungen des Geschäftsmodells der Sparkasse Dillingen.

Hohe Anerkennung zollte Landrat Leo Schrell als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Führungsspitze der Sparkasse und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für deren Gemeinschaftsleistung. Erreicht worden seien hierbei zum Teil schwäbische und bayerische Rekordwerte.

### Gemeinsamer Erfolgsweg

Landrat Leo Schrell machte auf den sehr erfolgreichen gemeinsamen Erfolgsweg von Landkreis Dillingen und Kreis- und Stadtparkasse Dillingen aufmerksam: „Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Menschen in unserer Region profitieren vom guten gesamtwirtschaftlichen Umfeld. Auch die Sparkasse hat mit ihren Investitionen im Jahr 2011 selbstverständlich auf die unternehmerische Kompetenz unserer Region gesetzt. Mit neu vergebenen Krediten in Höhe von 160 Millionen Euro hat sie zudem dafür gesorgt, dass unsere Unternehmen und Kunden sich auch weiterhin auf die Sparkasse als Finanzierungspartner verlassen können.“

### Vielseitige Förderung

Verlass sei auf die Sparkasse auch als verantwortungsvoller Arbeitgeber, fügte Schrell hinzu. Im Jahr 2011 habe sie rund 400 Fachkräfte beschäftigt und über 30 junge Leute ausgebildet. Wörtlich stellte der Landrat heraus: „Die Sparkasse ist weit mehr als eine erfolgreiche Bank... ein Partner der Kommunen unserer Landkreise. Allein im Jahr 2011 lagen das Spendenaufkommen und das Sponsoring bei über 235.000 Euro. Damit unterstützt die Sparkasse zahlreiche Bildungseinrichtungen für Jung und Alt, hilft bei der Gründung neuer und bei der Entwicklung bestehender Unternehmen.“ Hinzu komme der Einsatz für eine Vielzahl von Sport- und Musikvereinen, für Messen, Jugendevents und darüber hinaus als Kontaktbörse für Unternehmer, Kunstschaffende und Privatleute.

### Attraktive Region

Den anhaltenden Wirtschaftsaufschwung im Kreis Dillingen registrierte Leo Schrell mit dem



Die besondere Bedeutung der Kreis- und Stadtparkasse als „Bank der Heimat“ würdigte bei der Jahrespressekonferenz der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Landrat Leo Schrell (2. von rechts). Neben ihm (von rechts): Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, die Regionaldirektorin der LBS, Sybille Knecht, Vorstandmitglied Josef Holzmann und Martin Jennwein, Leiter des Bereiches Vertrieb und Marketing. Bild: -jdt-

Hinweis auf den Rekordwert der Arbeitslosigkeit im Juni 2012 von 2,3 Prozent (210 waren es 4,5 Prozent). Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sei von 27.104 im Jahr 2010 auf 28.368 Ende 2011 gestiegen. Dass der Landkreis eine attraktive Region sei, mache sich auch im Tourismus und bei dem positiven Anstieg der Gewerbeanmeldungen bemerkbar.

### Hohes Leistungsvermögen

Vorstandsvorsitzender Schwarzbauer und Vorstandmitglied Josef Holzmann untermauerten das überaus zufrieden stellende Gesamtergebnis zum Jahresergebnis 2011 mit dem Hinweis auf nüchterne Zahlen. Zum qualitätsorientierten Wachstum gehören die Erhöhung der Bilanzsumme auf 1,25 Milliarden Euro (+ 0,9 Prozent) und die Steigerung des Bilanzvolumens auf 1,390 Milliar-

den Euro (+ 3,5 Prozent). Das Leistungsvermögen der Sparkasse dokumentieren u. a. das betreute Geldvermögen von 1,172 Milliarden Euro, der Jahresüberschuss nach Steuern 800.000 Euro und auch der Bereich „Bausparen“ mit einem Zuwachs von 1966 Bausparverträgen auf eine Bausparsumme von 52 Millionen Euro.

### Marktführerschaft

Als besonders robust und wenig krisenanfällig bewährte sich die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen losgelöst vom international beeinflussten Krisendiskussionen. Hervorgehoben wurden Spitzenstellungen des Hauses bei Sicherheit der Geldanlagen, die Marktführerschaft bei öffentlichen Fördermitteln, als Partner des regionalen Mittelstandes bei der Unterstützung von Unternehmensnachfolge-Problemen und der Förderung der regenerativen Energien.

Starke Beachtung findet im Stadtzentrum von Dillingen das Großprojekt des Ausbaus, der Erweiterung und Modernisierung der Hauptstelle der Sparkasse Dillingen, mit einem hervorragenden Beitrag zur Aufwertung des Stadtzentrums im „Schwäbischen Rom“.

### LBS: Hervorragende Signale

Mit Beifall aufgenommen wurde der Bericht der Regionaldirektorin der LBS, Sybille Knecht, „rund um die im Bereich der Sparkasse Dillingen ganz hervorragende Entwicklung auf dem Immobilienmarkt“. Hier gebe es gerade im Kreis Dillingen in beispielgebender guter Zusammenarbeit mit der Sparkasse neue Rekorde im Bausparen. -jdt-

## Hohe Ausbildungsquote bei den Sparkassen

Die 72 bayerischen Sparkassen gehören auch 2012 wieder zu den großen Ausbildern in Bayern. Zum Ausbildungsstart im September haben wieder rund 1.300 Auszubildende ihre berufliche Karriere in der Sparkasse begonnen. Damit halten die bayerischen Sparkassen ihre überdurchschnittliche Ausbildungsquote von fast 10 % seit 2009. Sie liegen damit in der Kreditwirtschaft mit an der Spitze.

Die bayerischen Sparkassen hatten im Vorjahr über alle Ausbildungsjahre 3.726 Auszubildende und Trainees. Sie bringen einen Realschulabschluss, die Fachhochschulreife oder Abitur mit. Aufgrund dieser Vorbildung kann bei der überwiegenden Mehrheit die Lehrzeit auf zweieinhalb bis zwei Jahre verkürzt werden.

### Vertrauen erneuern

Dazu Sparkassenpräsident Theo Zellner: „Die Sparkassen übernehmen Verantwortung für ihre Heimatregion, indem sie sich auch weiterhin stark in der Ausbildung junger Menschen engagieren und ihnen attraktive Berufsperspektiven bieten. Die Auszubildenden sind auch für die

BayernLabo:

## Attraktive Konditionen

Förderung von Maßnahmen zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude

Die Bundesregierung hat in ihrem Energiekonzept das ehrgeizige Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2050 formuliert. Den Gebäuden der öffentlichen Hand kommt aufgrund ihres großen Anteils am Gesamtgebäudebestand einerseits und ihrer Vorbildfunktion andererseits eine besondere Rolle zu.

Die BayernLabo als Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern unterstützt die Anstrengungen bayerischer Kommunen zum Erreichen der Klimaschutzziele seit 2011 durch das Förderprogramm Ener giekredit Kommunal Bayern, mit dem die energetische Sanierung aller Gebäude (Nichtwohngebäude) der kommunalen und sozialen Infrastruktur gefördert wird.

Seit April 2011 wurden mit dem Ener giekredit Kommunal Bayern 157 Vorhaben mit rund 85 Mio. Euro gefördert. Dadurch konnten energetische Sanierungsmaßnahmen im Umfang von rund 231 Mio. Euro angestoßen werden.

Bezogen auf 2011 sind bayernweit 83 Maßnahmen gefördert worden, die zu Einsparungen beim Endenergiebedarf von ca. 19,3 Mio. kWh pro Jahr führten. Das bedeutet eine Verringerung beim Primärenergiebedarf von ca. 32,6 Mio. kWh pro Jahr. Zum Vergleich: Der Stromverbrauch eines Drei-Personenhaushaltes liegt pro Jahr bei ca. 3.100 kWh (Quelle: Stadtwerke München).

### Energiekredit Kommunal Bayern

Um den bayerischen Kommunen und Zweckverbänden bei der energetischen Sanierung des Gebäudebestands in Bayern noch intensiver als bisher beizustehen, wird die BayernLabo in Zusammenarbeit mit der KfW die Konditionen für den Ener giekredit Kommunal Bayern ab dem 1. September 2012 nochmals deutlich ausweiten und verbessern.

So werden in Zukunft im Energiekredit Kommunal Bayern

- anspruchsvollere Sanierungen bis hin zum KfW -Effizienzhaus 55 gefördert,
- Belange des Denkmalschutzes und besonders erhaltenswerter Bausubstanz durch einen neuen Förderbaustein KfW -Effizienzhaus Denkmal berücksichtigt,
- Tilgungszuschüsse für alle Effizienzhausstandards eingeführt,
- Förderungen von Einzelmaßnahmen betragsmäßig ausgeweitet.

Im Detail bedeutet das, dass

- der Förderhöchstbetrag ab 01.09.2012 bei einer Sanierung zu einer KfW-Effizienzhaus-Stufe einheitlich 500 Euro pro m<sup>2</sup>-Nettogrundfläche des sanierten Gebäudes beträgt,
- abhängig von der KfW-Effizienzhaus-Stufe Tilgungszuschüsse von bis zu 12,5 % des Darlehensbetrags gewährt werden,
- die Förderung für Einzelmaßnahmen von bisher max. 50 Euro pro m<sup>2</sup>-Nettogrundfläche und pro Einzelmaßnahme auf einheitlich maximal 300 Euro pro m<sup>2</sup>-Nettogrundfläche pro Objekt, unabhängig von der Anzahl der Einzelmaßnahmen gesteigert wird.

„Wir freuen uns, in Zusammenarbeit mit der KfW die Kommunen mit noch attraktiveren Konditionen bei einer giesparenden Investitionen unterstützen zu können“, betont Gerhard Flaig, Sprecher der Geschäftsleitung der BayernLabo. „Die Förderung der energetischen Modernisierung von Schulen oder Kindergärten schont die kommunalen Haushalte in Bayern durch geringere Energiekosten, mindert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und leistet einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Energiewende.“

### Ergänzung

Das Angebot des Ener giekredits Kommunal Bayern wird durch den traditionellen Kommunalkredit und den Förderkredit Investierkredit Kommunal Bayern der BayernLabo ergänzt.

„Wir freuen uns, in Zusammenarbeit mit der KfW die Kommunen mit noch attraktiveren Konditionen bei einer giesparenden Investitionen unterstützen zu können“, betont Gerhard Flaig, Sprecher der Geschäftsleitung der BayernLabo. „Die Förderung der energetischen Modernisierung von Schulen oder Kindergärten schont die kommunalen Haushalte in Bayern durch geringere Energiekosten, mindert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und leistet einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Energiewende.“

**Einzelheiten zu den neuen Förderkonditionen sind auf der Internetseite der BayernLabo unter [www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) nachzulesen.**

### BayernLB:

#### Kreditvolumen von 3 Mio. Euro für Pflegeheime

Die BayernLB übernimmt die Finanzierung von vier Pflegeeinrichtungen in Bayern und zwei Einrichtungen in Hessen. Die Pflegeheime werden einheitlich von der in Füssen ansässigen Phoenix Gruppe betrieben. Mit einem Kreditvolumen von 32 Mio. Euro stellt die BayernLB für die Investoren, bei denen es sich um Fondsgesellschaften handelt, Fremdkapital zur Ablösung einer bestehenden Kreditfazilität zur Verfügung.

Die sechs Pflegeheime sind modern ausgestattet und verfügen über einen hohen Einzelzimmeranteil. Ihre insgesamt rund 650 Betten sind branchenüberdurchschnittlich ausgelastet. Die Einrichtungen wurden vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen mit „gut“ bis „sehr gut“ bewertet.

Die BayernLB finanziert aktuell 52 Seniorenimmobilien in ganz Deutschland. Darunter sind Seniorenstiftungen und Residenzen mit rund 2.200 Wohnungen sowie vollstationäre Pflegeeinrichtungen mit etwa 4.800 Betten. Bei der Finanzierung solcher „Sozialimmobilien“ ist die BayernLB eines der führenden Finanzinstitute in Deutschland. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit seniorenrechtlichem Wohnraum sowie passenden Pflegeangeboten. □

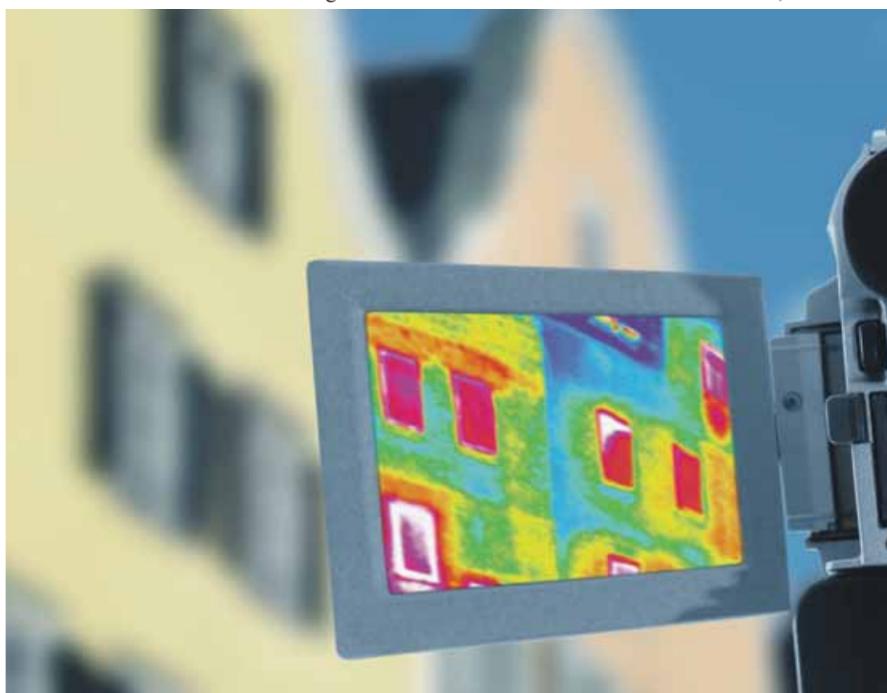
## Jetzt besonders günstig sanieren

Mit aktuell 0 % Zinsen und möglichen Tilgungszuschüssen

Nutzen Sie die neuen Förderkonditionen und den derzeit zinslosen Förderkredit (Stand 01.09.2012) der BayernLabo aus dem Energiekredit Kommunal Bayern zur energetischen Gebäudesanierung Ihrer kommunalen und sozialen Infrastruktur. Näheres erfahren Sie unter ► [www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB

► Bayern Labo



# Sparkasse Freyung-Grafenau errichtet Stiftergemeinschaft

Bürger- und Namensstiftungen endlich realisierbar

„Die Förderung gemeinnütziger Einrichtungen und Institutionen in der Region ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie. Für alle, die diese Philosophie mit uns teilen, bieten wir als Sparkasse künftig die Plattform zur Gründung von Stiftungen an. Zweck der Stiftungen wird es sein, die Gemeinschaft und die Region nachhaltig zu fördern“, betonte Erwin Bumberger, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Freyung-Grafenau bei der Vertragsunterzeichnung zur Gründung der Stiftergemeinschaft.

Die Sparkasse Freyung-Grafenau bietet Kommunen, Bürgern, Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen ab sofort die Möglichkeit, auch mit kleinen Beträgen eine eigene Stiftung ins Leben zu rufen. Bereits beim Kommunalforum im Oktober 2011 stellte Vorstandsvorsitzender Stefan Proßer gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Stiftungstreuhand AG, Herrn Horst Ohlmann, die Pläne zur Gründung einer Stiftergemeinschaft vor.

Als besonderen Anreiz für die Gründung von kommunalen Bürgerstiftungen lobte die Sparkasse jeweils 5.000 Euro Startkapital für die ersten Stiftungsgründungen aus. Ein sehr interessantes Angebot für unsere heimischen Kommunen, da die Gründung einer kommunalen Bürgerstiftung bereits ab einem Stammkapital von 10.000 Euro erfolgen kann. Hier hat die Sparkasse aktuell bereits 16 Partner auf kommunaler Ebene gefunden, die aktiv an der Errich-

tung ihrer Bürgerstiftung arbeiten. Im Gegensatz zu einmaligen Spenden und Zuwendungen können mit den Erträgen aus Stiftungsvermögen kulturelle, soziale und sportliche Einrichtungen, aber auch andere Zwecke nachhaltig unterstützt werden.

## Reizvolle Stiftungsform

Die Stiftergemeinschaft der Sparkasse Freyung-Grafenau bietet interessierten Kunden auch die Möglichkeit, mit einem selbst bestimmten Stiftungszweck zum Wohle ihres Lebensraumes oder darüber hinaus zu wirken. Die schnelle und unkomplizierte Errichtung einer Namensstiftung sowie die individuelle Zweckbestimmung und der jederzeit mögliche Wechsel des Stiftungszwecks

schon ab einem Stiftungsbetrag von 25.000 Euro machen diese Stiftungsform besonders reizvoll. Außerdem steht es dem Stifter frei, seine Stiftung aktiv zu führen oder sein Engagement anonym zu halten. Erfahrene juristische Berater unterstützen die Kunden bei ihren Vorstellungen.

## Zukunft der Region aktiv mitgestalten

„Mit professionellem Stiftungsmanagement begleiten wir unsere Kunden bei der Realisierung ihrer Stiftungsziele und sorgen für eine nachhaltige Anlage des Stiftungsvermögens – damit sie mit ihrem Engagement die Zukunft der Region aktiv mitgestalten können. Als Partner der Menschen in dieser Region freuen wir uns darauf, noch viele Menschen und Kommunen für unsere Stiftergemeinschaft zu begeistern – mit dem Ziel, die Region und die Menschen, die in ihr leben, nachhaltig zu stärken“, so Stefan Proßer, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Freyung-Grafenau.

## Gezielte Werbemaßnahmen

Durch intensive Zusammenarbeit und gemeinsame, gezielte Werbemaßnahmen der Sparkasse Freyung-Grafenau und der betreffenden Kommunen wurden in den ersten sechs Monaten seit Gründung der Bürgerstiftungen bereits zahlreiche Spender und Stifter gewonnen. Das ursprüngliche Stiftungsvermögen der einzelnen Bürgerstiftungen konnte so bereits deutlich erhöht werden.

Wer mehr über die Stiftergemeinschaft der SPK Freyung-Grafenau wissen möchte, kann sich unter [www.spk-frg.de](http://www.spk-frg.de) informieren oder direkt an den Stiftungsbeauftragten der Sparkasse, Peter Sammer (Telefon: 08551/581-2000) wenden. □

## Familienfest der Stadtparkasse Augsburg

Jubel, Trubel, Heiterkeit beim Familienfest der Stadtparkasse Augsburg im Zoo: Erdmännchen, Rhinos, Tiger Jaques und Co. – die heimlichen „Stars“ im Augsburger Zoo, präsentierten sich bester Laune, so dass Rolf Sattelmeyer (Vorstandsvorsitzender SSKA) und Cornelia Kollmer (Vorstandsmitglied) fast 4.000 begeisterte Gäste beim alljährlichen Familienfest der Stadtparkasse Augsburg im Zoologischen Garten begrüßen durften.

Ein tolles Rahmenprogramm mit Clowns und Ballonkünstlern, einer speziellen Seebären-Fütterung und Führungen für Groß und Klein standen auf dem Programm. Die Tierpfleger ließen sich bei ihrer Arbeit über die Schulter schauen und standen Rede und Antwort. Darüber hinaus versorgte das Zoomobil die Besucher mit viel Wissenswertem rund um den Zoo. Auch Petrus spielte mit, so stand einer rundum gelungenen Veranstaltung nichts im Wege. □

## Firmenzentrale der Chromsystems Instruments & Chemicals GmbH

# BayernFM übernimmt Gebäudemanagement

Nach dreijähriger Bauzeit wurde im Februar 2012 das Gewerbeobjekt der MK Invest GmbH in Gräfelfing fertiggestellt. Der moderne vierstöckige Neubau mit einer Bruttogrundfläche von 14.600 m<sup>2</sup> ist in erster Linie auf die Bedürfnisse des Hauptmieters, die Chromsystems Instruments & Chemicals GmbH zugeschnitten.

Dank der hochwertigen Ausstattung und des multifunktionalen Charakters eignet sich das Objekt hervorragend für alle Geschäftsbereiche des Unternehmens. Auf einer Fläche von rund 12.000 m<sup>2</sup> werden hochspezifische in-vitro-Diagnostika entwickelt, hergestellt, geprüft und für den weltweiten Versand vorbereitet.

## Betriebsbereite Einrichtungen

Im Rahmen einer im Juni 2012 veröffentlichten Ausschreibung konnte die Bayern Facility Management GmbH (BayernFM) den Auftraggeber mit ihrem Angebot

für das technische Gebäudemanagement überzeugen. Seit 1. September 2012 sorgt die BayernFM für funktionsfähige und betriebsbereite bauliche und technische Einrichtungen.

Um den Ansprüchen des Eigentümers, Mieters und der Gebäudetechnik gerecht zu werden, erbringt die BayernFM sämtliche Leistungen auf der Grundlage eines Qualitätsmanagementsystems gemäß DIN EN ISO 9000. Dazu zählen unter anderem Inspektion, Wartung, Instandsetzung sowie das Energiemanagement und die Bereitstellung einer 24-Stunden-Service- und Rufzentrale. □

## LBS-Immobilienpreisspiegel 2012:

# Die gefragtesten Standorte liegen im Freistaat

Deutschlands begehrteste Immobilienstandorte befinden sich in Bayern. Von den 30 deutschen Städten mit den höchsten Preisen für neu gebaute und gebrauchte Reihenhäuser liegen jeweils 21 im Freistaat. Das geht aus dem aktuellen Immobilienpreisspiegel von LBS und Sparkassen für rund 680 Städte in der Bundesrepublik hervor, wie die LBS Bayern erklärt.

Demnach liegt derzeit der häufigste Wert für ein neues Reihenhäuser in München bei 600.000 Euro und damit höher als in jeder anderen deutschen Stadt. Auch die folgenden Plätze besetzen mit Starnberg (575.000 Euro), Gauting (570.000 Euro), Unterhaching (560.000 Euro) und Ottobrunn (550.000 Euro) oberbayerische Städte. Unter den 30 deutschen Städten mit den höchsten Preisen für neue Rei-

henhäuser befinden sich auch Nürnberg, Regensburg und Lindau (jeweils 400.000 Euro) sowie Erlangen (375.000 Euro), die damit vor Standorten wie Hamburg, Frankfurt am Main oder Düsseldorf rangieren.

Ein gebrauchtes Reihenhäuser kostet in München 575.000 Euro (häufigster Wert). Es folgen Gauting (510.000 Euro), Ottobrunn (485.000 Euro) und Starnberg (485.000 Euro). Ebenfalls in der

Top-30-Liste stehen etwa Landsberg am Lech (350.000 Euro), Erding (340.000 Euro) und Rosenheim (335.000 Euro).

## Wohnungsmarkt

Ähnlich stellt sich die Situation im Markt für neu gebaute und gebrauchte Wohnungen dar. Auch hier liegt München an der Spitze mit 4500 Euro pro Quadratmeter (Neubau häufigster Wert) bzw. 3500 Euro (Gebraucht häufigster Wert). Insgesamt befinden sich 14 bayerische Städte in der Liste der 30 höchstbewerteten Standorte für neue Eigentumswohnungen, darunter Garmisch-Partenkirchen (3900 Euro pro Quadratmeter), Dachau (3750) und Geretsried (3250). Bei den gebrauchten Wohnungen sind 18 bayerische Städte unter den gefragtesten 30 Standorten in Deutschland, darunter Vaterstetten (2600 Euro pro Quadratmeter), Freising (2400 Euro) und Ingolstadt (2050 Euro).

## 74 Top-30-Platzierungen

Mit insgesamt 74 Top-30-Platzierungen in den vier untersuchten Kategorien hat Bayern seine führende Position im Markt für Wohnimmobilien weiter ausgebaut. Im Vorjahr waren es 70 Top-30-Platzierungen. „Bayern bietet eine hohe Lebensqualität und eine hervorragende Arbeitsmarktsituation. Das sorgt für eine rege Nachfrage nach Häusern und Wohnungen im Freistaat. Gleichzeitig tragen historisch niedrige Zinsen dazu bei, dass Wohneigentum in der Breite des Marktes finanzierbar bleibt, auch wenn die Preise tendenziell steigen“, so Dr. Franz Wirthner, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern. □

## BayernFM:

### Bestnote für Kreditwürdigkeit

Die BayernFM wurde von der unabhängigen Ratingagentur Hoppenstedt mit dem „CreditCheck Top-Rating – Zertifikat 2012“ ausgezeichnet. Mit einem Bonitätsindex von 1 erreichte die BayernFM das bestmögliche Ergebnis und bestätigt somit Geschäftspartnern, Lieferanten, Kunden und Banken, einen seriösen und zuverlässigen Partner an ihrer Seite zu haben. □

# Gold- und Silberschatz in der Sparkasse

Dillingen: Erstmalige Sonderausstellung von 544 Münzen Ungewöhnlicher Fund aus einem Wurzelstock einer Fichte

Der sensationelle Schatzfund von Heudorf (Gemeinde Glött), mit insgesamt 544 Gold- und Silbermünzen aus der Zeit des 30-jährigen Krieges wurde in der Schalterhalle der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen erstmals der Öffentlichkeit gezeigt. Die offenkundig im Jahr 1632 vergrabenen Münzen waren im Wald von Landwirt Franz Xaver Wiedemann aus Heudorf im Jahr 1951 in einem Wurzelstock einer rund 30 Meter hohen Fichte zutage gefördert worden.

Wiedemann, damals 14 Jahre alt, erinnerte sich bei der Eröffnung der Sonderausstellung in der Sparkasse: „Wir mussten den Baum fällen, weil er umzufallen drohte... und als man mit der Spitzhacke zuschlug, hat es plötzlich geklimpert... Zum Vorschein kam in Leinen und zertrümmerten Tonschalen der Reichtum eines Vorfahren.“

## Finder-Familie Wiedemann begrüßt

Der Vorstandsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen Direktor Thomas Schwarzbauer und Vorstandsvorsitzender Josef Holzmann luden gemeinsam mit dem 1. Vorsitzenden des über Schwaben hinaus hoch angesehenen Historischen Vereins Dillingen, Dieter M. Schinhammer, zum Start der Ausstellung ein. Sie konnten neben der Familie von Franz Xaver Wiedemann als besonderen Ehrengast den berühmten „Nestor der Archäologen und Numismatiker in Bayern“, Professor Hans-Jörg Kellner (München), begrüßen. Dessen Grußwort fand ganz besondere Beachtung.

## Eberlein sicherte Kostbarkeit

Robert Eberlein, in einem bekannten Münchner Auktionshaus als sehr angesehener Experte tätig und bei der Bewahrung des kostbaren Schatzes verdienstvoll aktiv, dankte der Führung der Sparkasse Dillingen, auch dem Marketing-Leiter Martin Jenewein, für die Organisation dieser ungewöhnlichen Sonderschau. Hier werde auch für Schulen Heimatgeschichte lebendig.

## Großes Geschenk

Für eine große positive Überraschung sorgte Robert Eberlein (Mitglied des Historischen Vereins Dillingen), dass er der von ihm hoch geschätzten Vereinigung die Münzsammlung zum 125. Jubiläum im Jahr 2013 schenken wird. Vereinsvorsitzender Schinhammer zeigte sich hocherfreut und dankbar für die auch schon urkundlich festgelegte künftige wertvolle Bereicherung des Stadt- und Hochstiftmuseums Dillingen, in dem zahlreiche engagierte Mitglieder des Historischen Vereins ehrenamtlich mitarbeiten. -jdt-



## Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen  
In Kooperation mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen ein innovatives und lückenloses Leistungsspektrum an. Hierzu gehört die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten ebenso wie die Begleitung von Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder die Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Dabei sind wir nicht nur kreativ bei der Nutzung innovativer Finanzierungsquellen. Wir haben auch viel Erfahrung mit der Ausschöpfung aller relevanten Fördermöglichkeiten. Haben wir etwas vergessen? Dann sagen Sie es uns. Wir können es sicher auch. > [vertriebsdirektion-kommunkunden@bayernlb.de](mailto:vertriebsdirektion-kommunkunden@bayernlb.de)

## 150 Jahre Münchner Bank:

## „Einer für alle, alle für einen“

Eineinhalb Jahrhunderte „Münchner Bank“ feiert dieses Jahr die älteste und größte Genossenschaftsbank mit Universalbankcharakter in Bayern. Höhepunkt der Aktivitäten war die Jubiläumsgala pünktlich zu ihrem Gründungsdatum am 12. Juli 2012 in der Münchner Residenz. Mit dabei waren Münchens Oberbürgermeister und Festredner Christian Ude, Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken- und Raiffeisenbanken Uwe Fröhlich und der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl. Moderiert wurde die Veranstaltung durch den Journalisten und Autor Ulrich Wickert.

Sie alle hatten nur lobende Worte für das Geburtstagskind, das genau vor 150 Jahren das Licht der Welt erblickte: „Damals gründeten 22 angesehene Bürger aus Handwerk, Handel, Gewerbe und Beamtschaft mit dem „Münchener Darlehen-Verein (mit Solidarhaft)“ die erste Kreditgenossenschaft Bayerns und die „Keimzelle“ unserer heutigen Münchner Bank“, erklärte Peter Heinrich, Vorstandsvorsitzender der Münchner Bank, in seiner Jubiläumssrede. „Der Anlass zur Gründung unseres genossenschaftlichen Instituts war damals so aktuell wie heute: der Kreditbedarf zur Sicherung der Wirtschaftsleistung in unserem Land.“

## Grundidee gilt bis heute

„Einer für alle, alle für einen“ - dieser genossenschaftliche Gedanke gilt für die Münchner Bank bis heute. Denn die Grundidee hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren: Was ein Einzeller allein nicht vermag, das vermögen zu ihrer Existenzsicherung und Erwerbsförderung Viele zusammen. Unter diesem Motto nahm der Münchener Darlehen-Verein seine Arbeit vor 150 Jahren auf und begann damit eine Erfolgsgeschichte, die bis in die Gegenwart andauert: „Heute, 150 Jahre später“, hat sich aus diesem Zusammenschluss die größte genossenschaftliche Universalbank in Bayern entwickelt“, berichtete Peter Heinrich stolz. „Für uns ein wirklich guter Grund zu feiern!“

Dies tat die älteste Kreditgenossenschaft Bayerns - entsprechend der genossenschaftlichen Grundidee - nicht allein, sondern mit vielen Gästen im schönen Ambiente der Münchner Residenz.

## Prominente über die Münchner Bank

„Das Geburtstagskind gehört zu München wie die Frauenkirche oder der Englische Garten“, wür-

digte der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl, das Jubiläum der Münchner Bank. Denn vor 150 Jahren setzte die Idee der Genossenschaftsbank Banken und privaten Geldverleihern in München ein alternatives Solidar- und Selbsthilfemodell entgegen. Damit war die Gründung des „Münchener Darlehen-Vereins (mit Solidarhaft)“ die Grundsteinlegung für einen völlig neuartigen Bankentypus: Die Genossenschaftsbank. Eine Idee, die zum Vorbild für die Gründung zahlreicher weiterer genossenschaftlicher Kreditinstitute in Bayern wurde. „Die Münchner Bank hat Tradition“, so das Fazit von Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl.

## Universalbank

Im 21. Jahrhundert bietet die Münchner Bank eG als Universalbank alles, was zu einem modernen Finanzdienstleister gehört und ist ihrem genossenschaftlichen Geschäftsprinzip dennoch treu geblieben: „Hier steht nicht die kurzfristige Profitmaximierung, sondern das langfristige Wohl der Mitglieder und Kunden im Mittelpunkt“, wusste Münchens Oberbürgermeister Christian Ude.

## Geschäftsprinzip

Darüber hinaus versteht sich die Münchner Bank als solider und verlässlicher Partner im Privatbankengeschäft ebenso wie bei der Zusammenarbeit mit Existenzgründern und vor allem auch mit kleineren und mittleren Betrieben. „Das macht die Münchner Bank besonders für die Mittelstandshochburg München zu einem starken Wirtschaftsmotor“, zeigte sich Christian Ude, Festredner bei der Jubiläumsfeier der Münchner Bank, überzeugt. „Die Münchner Bank ist - nicht zuletzt mit Blick auf ihr vorbildliches soziales und kulturelles Engagement und ihre vielfältigen Beiträge zur Förde-

rung des Gemeinwohls - ein glänzendes Aushängeschild für den Bankenplatz München.“

## Lobende Worte

Martin Zeil, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sowie stellvertretender Ministerpräsident, war ebenfalls voll lobender Worte für die Münchner Bank:

„Gerade die letzten Jahre der Finanz- und Wirtschaftskrise haben es gezeigt: Die Genossenschaftsbanken sind für ein funktionierendes Bankensystem unverzichtbar. Die glänzenden Geschäftsergebnisse der Münchner Bank in Zeiten der Finanzmarktkrise, als die Rettung so genannter systemrelevanter Banken Milliarden an Steuergeldern verschlang, haben dafür den besten und überzeugendsten Beweis geliefert.“

„Das genossenschaftliche Modell hat sich seit mehr als 160 Jah-

ren bewährt und ist heute moderner denn je“, betonte Uwe Fröhlich, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). „Gerade mal 10 Jahre jünger“, ist die Münchner Bank heute der Marktführer unter den bayerischen Genossenschaftsbanken. Die größte und älteste Universalgenossenschaftsbank Bayerns ist ein gefragter Arbeitgeber in München, legt auf Fort- und Weiterbildung großen Wert und auch ihre Leistungs- und Sozialbilanz kann sich sehen lassen.“

## Starke Verbundenheit

So steigerten die Gehaltszahlungen der 580 Mitarbeiter der Münchner Bank die Kaufkraft in München und der Region um 20,9 Mio. Euro und auch die Vergabe von Aufträgen der Münchner Bank im Wert von rund 4,2 Mio. Euro an Firmen und Dienstleister kam der heimischen Wirtschaft zugute. Für Uwe Fröhlich steht fest: „All diese Zahlen sprechen für die Verbundenheit der Münchner Bank mit der Stadt München und ihrer Region.“

## Bund der Steuerzahler in Bayern fordert:

## Kein Länderfinanzausgleich mehr für Berlin!

Der Bund der Steuerzahler fordert die Bayerische Staatsregierung auf, ihre Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich für die Landeshauptstadt Berlin einzufrieren. Insgesamt trägt Bayern mit 3,66 Milliarden Euro die Hauptlast des Länderfinanzausgleichs von insgesamt 7,3 Milliarden Euro.

Laut Bund der Steuerzahler ist es unglaublich, dass die bayerischen Bürger „für die Schlampe am Flughafen der Bundeshauptstadt Berlin“ zahlen sollen. Ganz abgesehen davon, „dass die Bundesrepublik Deutschland sich weltweit blamiert, weil sie nicht in der Lage ist, den Hauptstadtflughafen termingerecht und im Kostenrahmen fertig zu stellen“, sei es eine Schande, dass die bayerischen Steuerzahler für die erheblichen Mehrkosten, die sich im Milliardenbereich bewegen und heute noch gar nicht absehbar sind, geradestehen müssten.

## Hinreichend Warnungen

Wie die ZDF-Sendung „Frontal 21“ dar gestellt habe, gab es hinreichend Warnungen von renommierten Fachleuten bezüglich der Nichteinhaltung des Terminplanes und des Kostenrahmens. Trotzdem hätten Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und der Ministerpräsident von Brandenburg Matthias Platzeck - „ob blauäugig oder bewusst täuschend sei dahingestellt“ - noch vor Wochen die Öffentlichkeit falsch informiert.

Der Bund der Steuerzahler in Bayern vertritt die Auffassung, dass es nicht die Aufgabe der bayerischen Steuerzahler ist, Unfähigkeit und Schlampe in Berlin mit bayerischen Steuergeldern zu unterstützen. Daher wird die Bayerische Staatsregierung dringend gebeten, umgehend alle Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich einzustellen und die geplante Verfassungsbeschwerde zügig einzureichen.

## MünchenerHyp:

## Öffentlicher Pfandbrief setzt neue Maßstäbe

Mit einem historisch niedrigen Spread hat die Münchener Hypothekbank eG ihre Reihe erfolgreicher Pfandbriefemissionen in diesem Jahr fortgesetzt. Sie begab einen Öffentlichen Pfandbrief im Benchmark-Volumen von 500 Mio. Euro zu einem Preis von 14 Basispunkten unter Swap-Mitte. Die Laufzeit ist fünf Jahre, bei einem Kupon von 0,75 Prozent. Für diese Laufzeit wurde noch nie ein so niedriger Spread erzielt - auch nicht vor der Finanzmarktkrise.

## Klinikum Memmingen und Kreiskliniken Unterallgäu:

## Zusammenschluss im Visier

Memmingens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger und Landrat Hans-Joachim Weirather (Unterallgäu) haben in einem Pressegespräch über die geplante gemeinsame Unternehmenskonstruktion zwischen dem Klinikum Memmingen und den Kreiskliniken Unterallgäu informiert.

Ausgangssituation aller Überlegungen ist, dass die drei Standorte Memmingen, Mindelheim und Ottobeuren in kommunaler Hand verbleiben sollen. Der geplante Zusammenschluss zielt auf eine Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Region ab und entspricht die Realisierung von Synergieeffekten.

Darüber hinaus zwingt die bundesweite ungenügende Krankenhausfinanzierung zur Bildung von Krankenhausverbänden -ähnlich vergleichbarer Verbände in Südschwaben- um Leistungen an ausgewählten Standorten zu bündeln. Die Zusammenführung der drei Standorte unter einem Dach gewährleistet sowohl die Sicherstellung einer wohnortnahen stationären Versorgung als auch eine abgestimmte medizinische Spezialisierung sowie die Bildung von Schwerpunkten.

## Unternehmenskonstruktion

Die jeweiligen Unternehmensleitungen schlagen einen Zusammenschluss zwischen dem Klinikum Memmingen und den Kreiskliniken Unterallgäu in Form einer gemeinsamen Holdingstruktur vor. Das Holdingmodell wurde gewählt, da hierdurch die bisherigen Träger (Landkreis Unterallgäu / Stadt Memmingen) auch zukünftig finanziell für „ihr“ Krankenhaus verantwortlich sein werden.

Um das Holdingmodell realisieren zu können, müssen sowohl die Kreiskliniken Unterallgäu als auch das Klinikum Memmingen von einem Kommunalunternehmen bzw. einem Regiebetrieb jeweils in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt werden.

## Gemeinnützige GmbH

Die neuen Unternehmen werden - auch in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH - weiterhin im Kommunalen Arbeitgeberverband verbleiben und in alle bestehenden und zukünftigen Arbeits- und Ausbildungsverträge mit sämtlichen Rechten und Pflichten eintreten. Insbesondere handelt es sich hierbei um die weitere Bindung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und den Tarifvertrag des Marburger Bundes.

Darüber hinaus treten die neue gemeinnützigen GmbHs ebenfalls der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden (ZVK) bei und werden alle bisher sowie alle zukünftig eingestellten Beschäftigten in der bisherigen Weise bei der Zusatzversorgungskasse versichert.

Das gemeinsame neu zu gründende Dachunternehmen soll in der Rechtsform eines Kommunalunternehmens geführt werden. Die beiden Eigentümer dieses Dach-

unternehmens sind zu 50 % der Landkreis Unterallgäu und zu 50 % die Stadt Memmingen.

Die Emission fand eine sehr rege Nachfrage, so dass das Orderbuch bereits nach wenigen Stunden geschlossen wurde. Investoren aus zehn Staaten gaben 45 Orders ab; der Anteil deutscher Investoren lag bei 65 Prozent.

BayernLB, Credit Suisse, DZ BANK, Goldman Sachs, und HSBC begleiteten die Transaktion. Die Ratingagentur Moody's bewertet Öffentliche Pfandbriefe der MünchenerHyp mit der Höchstnote.

## Medizinkonzept

## Zusammenschluss im Visier

Das gemeinsame Medizinkonzept zielt auf die Sicherstellung der bedarfsgerechten, medizinisch hochwertigen Versorgung der Bevölkerung im Landkreis Unterallgäu und der Stadt Memmingen ab. Im Detail sieht es unter anderem die Konzentration unfallchirurgischer Leistungen an den Standorten Mindelheim und Memmingen vor, während die Allgemeinchirurgie durch Zentrumsbildung in der Kreisklinik Ottobeuren mengenmäßig erweitert und die chirurgische Notfallversorgung an allen Standorten rund um die Uhr garantiert wird. Diese Zentrumsbildung im Bereich der Allgemeinchirurgie in Ottobeuren schafft wiederum entsprechend benötigte Platzkapazitäten im Klinikum Memmingen. Der Schwerpunkt in der Polytrauma-Versorgung liegt zukünftig im Klinikum Memmingen.

„Darüber hinaus werden durch eine intelligente Nutzung der vorhandenen Kapazitäten die Krankenhäuser in der Lage sein, mehr Patienten im Verbund insbesondere in den Bereichen Neurologie, Kardiologie und Orthopädie zu behandeln, so dass die Wirtschaftlichkeit der beiden Unternehmen „Kreiskliniken Unterallgäu“ und „Klinikum Memmingen“ nachhaltig gestärkt wird.“

## Vorteile

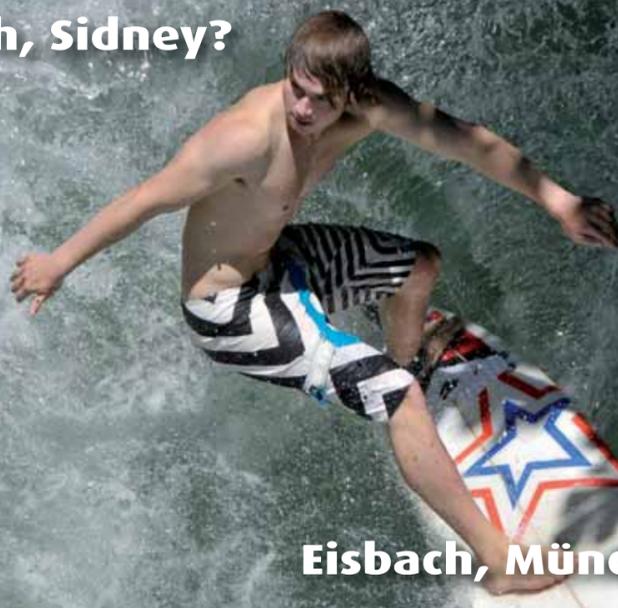
Durch die enge Verzahnung zwischen den Kreiskliniken Unterallgäu und dem Klinikum Memmingen gibt es insbesondere Vorteile im personellen, wirtschaftlichen und medizinischen Bereich, die sich u. a. wie folgt darstellen:

- Spezialisierung und Erweiterung von Leistungen sowie die Reduzierung von Doppel- und Dreifachvorhaltungen
- Umsetzung gemeinsamer Versorgungsmodelle
- Regionale Vollversorgung
- Steigende Attraktivität als großer kommunaler Arbeitgeber
- Erweiterung der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Optimierte Betriebsführung, insbesondere in den Bereichen EDV, Materialbeschaffung, Medizincontrolling, Medizintechnik etc.
- Bessere Konditionen bei Lieferanten.

Verbindliche Entscheidungen über die vorgestellte Unternehmenskonstruktion und die hierfür notwendigen Verträge sollen im Herbst gefällt werden. Der Echtrieb des gemeinsamen Verbundes soll bei entsprechend positiven Beschlüssen von Kreistag und Stadtrat zum 1. Januar 2013 beginnen.

TV BAYERN LIVE

## Bondi Beach, Sidney?



## Eisbach, München!

## \* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde - sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

## Neuer Lebensraum für Fische und Gewässerpflanzen

Energiespeicher Riedl: Umfassende gewässerökologische Untersuchungen der Stauräume Jochenstein und Aschach abgeschlossen

Die Donaukraftwerk Jochenstein AG hat im Rahmen der Planungen für das Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl die Gewässerökologie der Donau in den Stauräumen Aschach und Jochenstein zwischen Passau und Aschach umfassend untersuchen lassen. In zweijähriger Arbeit haben die Gewässerexperten, federführend das Technische Büro für angewandte Gewässerökologie Zauner in Engelhartzell (Österreich), auf rund 170 Kilometern Uferlänge die Flora und Fauna im Fluss, an den Uferstreifen und in den Mündungsgebieten von Inn und Ilz sowie den Dandlbach analysiert und begutachtet. Ein Bündel von gewässerökologischen Maßnahmen gewährleistet, dass die Donau mit ihren Fischbeständen erhalten bleibt, teilweise sogar verbessert wird und sich Beeinträchtigungen durch den Betrieb des Energiespeichers Riedl dauerhaft vermeiden lassen.

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse sind wesentlich Teil der mehrere hundert Seiten umfassenden Analysen und Gutachten, die für die deutschen Planfeststellungsverfahren zum Energiespeicher Riedl und zur Fischwanderhilfe

um das Kraftwerk Jochenstein notwendig sind. Neben den Untersuchungen in der Donau selbst wurden auch an Land lebende Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume im Projektumfeld untersucht und entsprechende Gutachten erstellt.



Über das Leben von strömungsliebenden Donaufischarten wie dem Hausen oben im Bild, dem Waxstick im Hintergrund und Barben im Vordergrund sowie weiteren Arten wie dem Sterlet informiert das Engelhartzeller Donauaquarium live. Bild: Jan Kiver

Landschaftspflegeverband Augsburg:

### Auszeichnung mit Bayerischem Umweltpreis 2012

Der Landschaftspflegeverband der Stadt Augsburg erhält den Bayerischen Umweltpreis 2012 der Bayerischen Landesstiftung. Mit dem Preis, der mit 10.000 Euro dotiert ist, wird das Beweidungsprojekt mit Wildpferden und Rothirschen im Naturschutzgebiet „Stadtwald Augsburg“ ausgezeichnet.

Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl hatte der Bayerischen Landesstiftung, die hervorragende Leistungen auf kulturellem und sozialem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes prämiert, das Projekt mit dem offiziellen Titel „Beweidungsprojekt Stadtwald Augsburg – Erhalt lichter Kiefernwälder“ vorgeschlagen. „Es ist großartig, dass das so wichtige und gleichzeitig so kreative Umweltprojekt die Stiftung überzeugt hat. Damit geht eine weitere wichtige Auszeichnung nach Augsburg, wo nicht nur Umwelttechnologie produziert, sondern auch nachhaltig für den Erhalt der Umwelt im Lebensraum Stadtwald gesorgt wird“, machte der OB deutlich.

Lösungsansatz

Mit den klassischen Methoden der Landschaftspflege, Mahd und Schafbeweidung, ist ein nachhaltiger Schutz der lichten Kiefernwälder nicht möglich. Ein viel versprechender Lösungsansatz ist aber die Beweidung mit „wildlebenden“ großen Pflanzenfressern. Im Rahmen eines von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) unterstützten Pilotprojekts wurden im Jahr 2007 zwei 13 und 15 Hektar große Gehege errichtet, die bis Ende 2011 ganzjährig mit Rothirschen und Przewalskipferden besetzt sind. Das Projektgebiet im südwestlichen Teil des Naturschutzgebietes Stadtwald Augsburg ist

ein 100 bis 150 Jahre alter Kiefernwald mit nachweisbar langer Biotoptradition.

Tiere als Bereicherung

Die Tiere tragen mit ihrem Fraß- und Weideverhalten dazu bei, lichte Strukturen zu erhalten bzw. zu fördern. Außerdem reduzieren sie die Streu- und Rohhumusaufgabe und schaffen offene Bodenstellen, auf denen Kiefernkeime wieder keimen können. Auf diese Weise wird wieder eine halboffene Landschaft mit fließenden Übergängen zwischen Wald, Halboffenland und offenen Heideflächen entstehen. Über wissenschaftliche Begleituntersuchungen können die durch die Beweidung hervorgerufenen Veränderungen dokumentiert werden.

Die Anwesenheit von freilebenden Przewalskipferden und Rothirschen lädt den Besucher zum Verweilen ein und ist eine faszinierende Bereicherung für den Stadtwald.

Seehofer übergibt Urkunden

Die Übergabe der Urkunden an alle Preisträger durch den Stiftungsratsvorsitzenden, Ministerpräsident Horst Seehofer, findet voraussichtlich im November statt. Mit dem Bayerischen Umweltpreis 2012 erhält der Landschaftspflegeverband Stadt Augsburg innerhalb kurzer Zeit eine weitere herausragende Auszeichnung. Bereits im Juli war

Optimiertes Projekt

„Wir haben insgesamt 23 dauerhaft wirkende, gewässerökologische Maßnahmen entwickelt und das Projekt entsprechend optimiert, um die Flussfauna im jetzigen Zustand zu bewahren“, informiert Umwelt-Koordinatorin Dr. Patrizia Dreier vom Projektteam des Energiespeichers Riedl und betont: „Für einige Fischarten werden in den Gutachten der Gewässerexperten vom Engelhartzeller Büro Zauner sogar Verbesserungen ausgewiesen.“

Die wichtigsten Maßnahmen

Die zahlreichen geplanten Ökomaßnahmen werden die Fischpopulation in der Donau im Projektbereich stärken und sich langfristig positiv auf die Tier- und Pflanzenwelt im Fluss auswirken. Die wichtigsten Maßnahmen sind das Umgehungsgewässer (Fischwanderhilfe) um das Kraftwerk Jochenstein herum, Fischschutzeinrichtungen im Bereich des Ein- und Auslaufbauwerks des Energiespeichers Riedl, zahlreiche neue Kieslaichplätze und Stillgewässer sowie Verbesserungen an bestehenden Biotopen.

Fischwanderhilfe steigert aquatische Lebensqualität

Die Fischwanderhilfe ist eine sogenannte Organismenwanderhilfe, da sie allen aquatischen Lebewesen dienen wird. „Wir bauen diese im Zuge der Errichtung des Energiespeichers Riedl gleich mit, nachdem die EU-Wasserrahmenrichtlinie ab 2021 eine entsprechende Fischdurchgängigkeit vorgibt“, so Dreier. Die rund 3,3 Kilometer lange Organismenwanderhilfe wird überwiegend als naturnahes Gerinne angelegt und bietet neuen Lebensraum für die Flussfauna.

Baubeginn Mitte 2016

Die Fachgutachter gehen davon aus, dass besonders für die heimischen, strömungsliebenden Donaufische wie Frauenerfling, Streber, Huchen, Barben und weitere Arten das Verbindungsgewässer zwischen den beiden Stauräumen Aschach und Jochenstein mit den neu geschaffenen Laichplätzen sehr attraktiv ist und auch zu einem regen Austausch von Fischen und sonstigen Wasserlebewesen führen wird. Baubeginn der Organismenwanderhilfe soll Mitte 2016 sein.

Urnenbestattung:

### Infoveranstaltungen auf zwei kommunalen Friedhöfen

Würdevolle Urnenbauwerke gewinnen immer mehr an Bedeutung, da sie sowohl den Wirtschaftlichkeitsforderungen der Kommunen als auch dem Wunsch der Angehörigen nach pietätvoller Bestattung gerecht werden.

Fachinteressierte aus Kommunen und Gemeinden können sich nun an zwei Terminen über oberirdische Urnenbestattungssysteme informieren: Am 10. Oktober in Falkenfels (Landkreis Straubing-Bogen), unter anderem mit dem Bürgermeister der Gemeinde, und am 17. Oktober in Meßstetten (Schwäbische Alb) mit dem Stadtbaumeister und dem Leiter des Bauhofes. Auf beiden Veranstaltungen ist darüber hinaus ein Fachberater des Spezialisten für Friedhofsausstattung Paul Wolff anwesend.

Weitere Informationen und Anmeldung: Tel. +49 2161 930-427, t.pangels@paulwolff.de

dem Verband für das Mitmachprojekt „Augsburg sucht...“ der mit 7.500 Euro dotierte Bayerische

Spezielle Fischschutzeinrichtungen

Das Ein- und Auslaufbauwerk für den Energiespeicher Riedl wurde im Zuge der Planungsoptimierung entsprechend der Maßgabe aus dem Raumordnungsverfahren in den Stauräumen Jochenstein verlegt und befindet sich nunmehr am Südufer des Trenndamms zwischen Schiffahrtsstraße und Turbineneinlauf zum Donaukraftwerk Jochenstein. Dreier informiert: „Die Lage für die Wasserentnahme und -rückgabe auf dem Trenndamm gleicht einer Inselform. Grundsätzlich weist der Bereich erwiesenermaßen eine geringe Attraktivität für Fische auf. Laut der Gewässerökologen bewegen sich die Fische bevorzugt ufernah.“

Fischschutzanlage

Das Ein- und Auslaufbauwerk ist als technisches Bauwerk extra naturfern mit glatten Betonwänden unter Wasser gestaltet, so dass es für Fische abweisend wirkt. Ein enger Spalt zwischen den Durchrutschen größerer Fische, betonierte Sohlplatten und vertikale, teilweise vorgelagerte Spundwände umgrenzen das Unterwasserbauwerk. Die Gewässersohle wird zusätzlich in dem Bereich eingetieft, damit bodennah schwimmende Fischarten erst gar nicht in Höhe des Einlaufbereichs gelangen können. Zusätzlich wird es eine dem Stand der Technik entsprechende Fischschutzanlage geben.

Biotope und Kieslaichplätze für mehr Fischvielfalt

Die durch den Betrieb des Energiespeichers Riedl auftretenden Durchfluss- und Wasserspiegelschwankungen werden auf beide Stauräume aufgeteilt. Die Gutachten belegen, dass dadurch die Auswirkungen auf ein verträgliches Maß reduziert werden können. In den beiden Stauräumen werden zahlreiche neue Kieslaichplätze und Stillgewässer angelegt sowie bestehende Biotope den veränderten Verhältnissen in der Donau angepasst. Insgesamt gehen die Fachleute davon aus, dass die umfangreichen gewässerökologischen Maßnahmen zur Stärkung der Fischpopulation beitragen und für einige Fischarten sogar zu Verbesserungen führen werden.

Erkenntnis

Die erstellten Gutachten lassen klar erkennen, dass mögliche Beeinträchtigungen der Fischpopulation und ihres Lebensraums auf Grund des Umfangs der gewässerökologischen Schutzmaßnahmen weitestgehend vermieden werden können und es teilweise sogar zu Verbesserungen der aquatischen Lebensräume kommt.

## Das Gasnetz als Rückgrat der Energiewende

Schafft Deutschland die Energiewende? Ein Blick in die aktuelle Medienberichterstattung zeigt, dass sowohl die Bundesregierung als auch federführende Behörden wie die Bundesnetzagentur Zweifel an den hoch gesteckten Zielen des vergangenen Jahres haben. Die Bürger sind mittlerweile stark verunsichert, wie es hinsichtlich ihrer Versorgungssicherheit und der zukünftigen Preisstabilität aussieht. „Ein Baustein auf dem Weg ins 'grüne' Energiezeitalter ist das Gasnetz mit seiner bewährten Infrastruktur. Es ist der Garant für eine gelingende Energiewende, weil Erdgas mittels des neuen Power-to-Gas-Verfahrens ein Speicher- und Transportmedium für regenerative Energien ist“, erläutert Heinz Watzka, Mitglied der Geschäftsführung bei Open Grid Europe, dem größten Erdgas-transporteur in Deutschland.

In erster Linie kommt es nun darauf an, die Prioritäten auf eine massive Verstärkung des Netzausbaus zu setzen und somit auch in Zukunft die Versorgungssicherheit der Bürger sowie der Unternehmen zu gewährleisten.



Heinz Watzka, Mitglied Geschäftsführung Open Grid Europe.

Netzausbau in Bayern dringend notwendig

Bayern ist mit seiner Wirtschaftskraft und Innovationskraft, dem starken Mittelstand und einer leistungsfähigen Industrie ein wichtiges Zugpferd für die ökonomische Entwicklung Deutschlands. Zugleich ziehen immer mehr Menschen nach Bayern. Eine Folge davon ist, dass der Energiebedarf des Freistaates immer weiter ansteigt. Doch durch den Atomausstieg verliert das Land wichtige Fähigkeiten zu Energieerzeugung. Es braucht

andere Energieträger, wie Erdgas und regenerative Energien, um die wachsende Nachfrage zu decken.

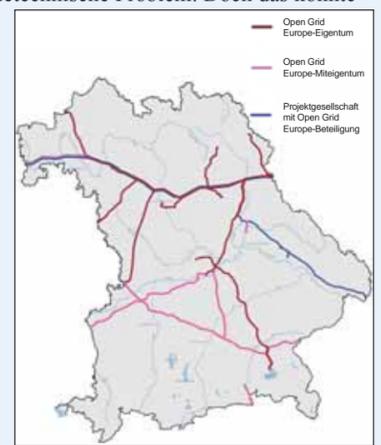
Da der Freistaat selbst nicht ausreichend Energieträger zur Verfügung hat, spielt der Norden der Republik für die künftige Versorgung eine entscheidende Rolle. „Demnächst wird aus der Nord-Stream-Pipeline noch mehr Gas ankommen, und es wird immer mehr Windenergie in Offshore-Anlagen produziert. Um diese Energieformen in den Süden Deutschlands zu transportieren, werden funktionierende Nord-Süd-Pipelines zu sehr wichtigen Lebensadern“, unterstreicht Watzka die Bedeutung bundesweiter Gasnetze.

Ein zusätzlicher Bedarf an neuen Netzkapazitäten entsteht durch moderne Gas- und Dampf-Kraftwerke, die in Zukunft eine noch wichtigere Rolle in der Energieerzeugung spielen werden. Gaskraftwerke werden benötigt, weil sie schnell hochgefahren werden können, um etwaige Schwankungen im Stromnetz zu stabilisieren. Dann aber muss sichergestellt sein, dass feste Transportkapazitäten und ausreichende Gasmengen zur Verfügung stehen.

Erdgaspipelines als Backup für erneuerbare Energien

Die Zukunft der Energieversorgung liegt in den erneuerbaren Energien. Aber diese haben einen Nachteil: Ihre Speicherfähigkeit ist derzeit äußerst eingeschränkt. „Wenn das Windaufkommen an Nord- und Ostsee sehr groß ist, wird zwar viel Strom produziert, doch der meiste findet keinen Abnehmer. Dadurch gehen letztlich enorme Energiemengen ungenutzt verloren“, erklärt Watzka das energetische Problem. Doch das könnte

sich mit Hilfe von Erdgas bald ändern: In Pilotprojekten ist es bereits gelungen, durch Elektrolyse und anschließende Methanisierung Strom in synthetisches Erdgas (SNG) umzuwandeln. Das SNG kann schließlich wie herkömmliches Erdgas ins Versorgungsnetz, in die Pipelines eingespeist werden. Das bereits existierende Gasnetz wird damit durch seine Speicherfähigkeit zum entscheidenden Backup-Partner für die erneuerbaren Energien. Auf lange Sicht kann dadurch der ökologisch erzeugte Strom nicht nur zu Spitzenzeiten ins Netz eingespeist werden, sondern zur Absicherung der zentralen Grundlast beitragen.



Erdgasnetze und -beteiligungen von Open Grid Europe in Bayern.

Investitionsanreize setzen

Die wichtigsten Akteure in der Energiewende sind sich einig: Der stagnierende Netzausbau ist das größte Problem für ihr Gelingen. Doch in all den Diskussionen ist eine vermeintliche Banalität vergessen worden: Ohne Geld keine entsprechenden Netzinvestitionen. Vor dem Hintergrund des derzeit geltenden, einseitig auf die Senkung von Kosten ausgelegten regulatorischen Rahmens stellt sich die Frage: Rechnet sich der Bau neuer Gasnetze überhaupt? Die Antwort lautet: Nein. Eine aktuelle Sofortmaßnahme muss sein auf politisch-regulatorischer Ebene entsprechende Anreize zu setzen; sowohl für Gasnetzbetreiber, die investieren wollen, als auch für Dritte wie zum Beispiel Pensionsfonds, die sichere Investitionsmöglichkeiten in Gasnetze suchen.

Biodiversitätspreis des Bayerischen Naturschutzfonds verliehen worden. DK

GAB-Altlastensymposium in Bamberg:

## Sanierung und Abfallrecht

Mit rund 280 Teilnehmern erneut sehr gut besucht war das diesjährige Altlastensymposium der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) in Bamberg. Besonderes Augenmerk lag auf der Landesgartenschau Bamberg, der sich das Symposium mit Fachvorträgen und einer Exkursion widmete. Daneben war die Tagung auch dieses Jahr wieder eine bewährte Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch.

Nach der Begrüßung durch Dr. Thilo Hauck (GAB) präsentierte Jürgen Kohl vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) im Themenblock I „Abfallrechtliche Fragen bei der Altlastensanierung“ das elektronische Abfallnachweisverfahren (eANV) bei der Entsorgung gefährlicher Abfälle vor. Zentrale Stelle für die Abfallüberwachung (ZSA) ist das LfU. Hier wird das eANV abgewickelt und überwacht. Seit Jahresbeginn 2012 muss der Erzeuger spätestens bei der Übergabe, der Beförderer spätestens mit der Annahme bei der Entsorgungsanlage, den Begleitschein signieren.

### Abfallrecht

Alle elektronischen Dokumente müssen laut Kohl in einem elektronischen Register geführt und gesetzlichen Fristen entsprechend aufbewahrt werden. Durch das neue Nachweisverfahren soll eine höhere Qualität der Abfalldeklaration erreicht werden. Kohl appellierte insbesondere an die öffentliche Hand als Auftraggeber, bei Altlastensanierungen besonderes Augenmerk auf eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung bis zur finalen Anlage zu richten.

Alexander Schwendner, LGA Institut für Umweltgeologie und Altlasten, befasste sich mit der Entsorgung bzw. Behandlung von Sprengstoffbelasteten Böden. Da

in Deutschland die belasteten Böden lediglich mittels Deponierung und Verbrennung entsorgt würden, es sich dabei also um sehr kostenintensive Entsorgungswege handelt, stellte er diese Maßnahmen einigen Behandlungsstrategien aus den USA wie „Wäsche“, „Immobilisierung“ und „Alkalische Hydrolyse“ gegenüber.

### Bodenschutz

Der zweite Themenschwerpunkt beschäftigte sich mit „Bodenschutzrechtlichen Anforderungen der IED-Richtlinie“. Jörn Fröhlich, Ministerium für Energie, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, berichtete über die Fortschritte bei der Umsetzung des Art. 22 der Richtlinie über Industrieemissionen (IED) in deutsches Recht. Danach muss der Betreiber, der im Rahmen einer Tätigkeit mit relevanten gefährlichen Stoffen umgeht, mit Blick auf eine mögliche Verschmutzung des Bodens und des Grundwassers auf dem Gelände der Anlage einen Bericht über den Ausgangszustand erstellen und diesen den zuständigen Behörden vorlegen, bevor die Anlage in Betrieb genommen oder die Genehmigung für die Anlage erneuert wird (ab 7. Januar 2013).

Dr. Thorsten Wächter, Wacker Chemie AG, zeigte in seinem Vortrag die Position der Industrie auf.

Auch wenn der verwaltungsrechtliche Rahmen weitgehend gesteckt sei, stehe man aus wissenschaftlicher Sicht noch ganz am Anfang des Umsetzungsprozesses für die IED. So sei eine große Zahl von Fragen zu Vorgehensweise, Inhalt und Bewertung des Berichts über den Ausgangszustand noch offen. Auch werde erwartet, dass auf die Industrie weit höhere Kosten zukommen werden, als vom Gesetzgeber geschätzt.

Zur Einstimmung auf den Themenschwerpunkt III „Flächenrecycling mit Exkursion“ präsentierte Ralf Geißler, CDM Smith, die Entwicklung der ERBA Halbinsel (ehemaliges Betriebsgelände der Baumwollspinnerei und -weberei) zu einem neuen Stadtquartier mit attraktiven Wohnflächen, einem Universitätsstandort sowie der Landesgartenschau als beispielhaft gelungene Flächenvitalisierung.

### Flächenrecycling

Staatssekretärin Melanie Huml MdL, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, zeigte sich begeistert von der Revitalisierung des ERBA-Geländes. Diese zeige wieder eindrucksvoll, so die Staatssekretärin, dass es sich lohne, Altlasten anzugehen und zu beseitigen. Städtebauliche Entwicklungsplanungen könnten realisiert, wertvolle Infrastruktur und innerörtliche Flächen wiederbelebt sowie wertvolle Räume für Bürger zurück gewonnen werden. Alte Lasten würden aber auch in Zeiten der Energiewende eine bedeutende Rolle spielen. So soll in Bayern der Anteil von Photovol-

taik an der Energieerzeugung von 8 % in 2011 auf 16 % in 2021 gesteigert werden.

Der zweite Tagungstag begann mit dem Themenschwerpunkt „Untersuchung und Sanierung von Altlasten“. Dr. Helmut Dörr (Dr. Helmut Dörr Consult) informierte über den Stand der Diskussion beim Thema „Grüne Sanierung – Nachhaltigkeit bei der Sanierung“. Die Kriterien zur Nachhaltigkeitsbewertung, so Dörr, müssten noch weiter konkretisiert bzw. anhand weiterer Sanierungsergebnisse ausgearbeitet werden.

### Photovoltaik auf Altlasten und Deponien

Einen fachlichen Schwerpunkt des diesjährigen Altlastensymposiums bildete das Thema „Photovoltaik auf Altlasten und Deponien“. Dr. Waltraud Ellenrieder-Woratschek, SMUG, berichtete in ihrem Vortrag über das vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit aufgelegte Programm „Alte Lasten – Neue Energien“.

Der Freistaat beabsichtigt, ab 1. August 2012 die Nutzung von stillgelegten Deponien und Altlastenflächen als Photovoltaikstandorte im Jahr 2012 mit zwei Millionen Euro zu fördern. Mit dem Programm sollen der finanzielle Mehraufwand abgedeckt und die wirtschaftliche Errichtung von Solaranlagen auf Altlasten und stillgelegten Deponien ermöglicht werden. Die Abwicklung dieses Programms wird der GAB übertragen.

Geplant ist eine Einzelförderung nach Anlageneleistung zwischen 20.000 bis 200.000 Euro. Zuwendungsempfänger können Kommunen oder deren Eigenbetriebe, Landkreise oder Zweckverbände sowie sonstige Betreiber gesellschaften sein.

Machbarkeitsstudien zu 40 stillgelegten Landkreisdeponien sowie zu gemeindeeigenen Altlasten werden den beteiligten Landkreisen und Gemeinden als Grundlage für weitere Planungen zur Verfügung gestellt. Damit unterstützt der Freistaat Bayern öffentlich-rechtliche Entscheidungsträger bei Planungen, die zum Flächenrecycling und zur Energiewende in Bayern beitragen.

### MUNA-Sanierung

Zum Abschluss des Symposiums ging es im Themenschwerpunkt VI um die „Sanierung der ehemaligen Heeresmunitionsanstalt (MUNA) St. Georgen in Traunreut“. Im Bereich der heutigen Stadtgrenzen von Traunreut wurde von 1936 bis 1945 die MUNA St. Georgen betrieben, die in einen „konventionellen Teil“ (heutiges Stadtgebiet), in dem konventionelle Munition hergestellt sowie konventionelle und chemische Munition gelagert wurde und einen „chemischen Teil“ (heutige Industriegebiet), in dem Kampfstoffe gelagert sowie auch in Granaten abgefüllt wurden, unterteilt war. Bei Übernahme der MUNA durch die alliierten Streitkräfte waren bis zu 54.000 Tonnen Kampfstoffmunition und 15.000 Tonnen flüssige Kampfstoffe gelagert. Ein großer Teil dieser Kampfstoffe wurde vor Ort in Verbrennungsgräben oder in Bunkern vernichtet.

### Gelungene Projektorganisation

Dr. Stefan Fachmann, ARCADIS Deutschland, erklärte die Vorgehensweise bei der Sanierung dieser Altlast. Die Sanierung der Verdachtsflächen im Stadt- und Industriegebiet stellte durch das extreme toxische Stoffpotenzial und die örtlichen Randbedingungen hohe Anforderungen an die Strukturierung/Konzeption des Projekts, bemerkte Fachmann. Die erfolgreiche und in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum von sechs Jahren realisierte Durchführung der orientierenden Untersuchung bis zum Abschluss der

## Schutz gegen knickende Bäume und fallende Äste

RAL Gütezeichen Baumpflege stellt zuverlässige Kontrollen sicher

St. Augustin – Die Gewitterstürme dieses Sommers haben deutlich gemacht, wie gefährlich umknickende Bäume und herabstürzende Äste sind. Hier hilft Vorbeugen durch rechtzeitige Kontrolle und Begutachtung des Baumbestands.

Häufig sind vom Windbruch bereits geschädigte Gehölze betroffen, was vorher nicht immer auf den ersten Blick zu sehen ist. Lassen Grundbesitzer ihre Bäume regelmäßig kontrollieren und begutachten, verringern sie deshalb diese Gefahren. Nötig sind dafür Sachverstand und Erfahrung. Über beides verfügen Dienstleistungsunternehmen mit dem RAL Gütezeichen Baumpflege. Sie sind darüber hinaus auch Fachleute für die Pflanzung, Pflege und das Fällen von Bäumen.

### Qualitätsmaßstab

In einem unübersichtlichen Markt mit vielen Anbietern ist das Gütezeichen Baumpflege für den Verbraucher ein zuverlässiger Qualitätsmaßstab, der jetzt auf die Bereiche Baumkontrolle und -begutachtung erweitert wurde.

Besonders hohen Anforderungen unterliegt das von diesen Unternehmen für die Kontrolle und die Begutachtung eingesetzte Personal. Diese Mitarbeiter müssen beispielweise einschlägige Berufserfahrung im Bereich der Baumpflege nachweisen. Regelmäßige Weiterbildung wird ebenfalls ver-

langt, denn Baumbegutachtungen sind anspruchsvoll. So reicht es nicht aus, den Zustand eines Gehölzes zu beurteilen, sondern darüber hinaus erforderlich ist eine Prognose zur weiteren Lebenserwartung eines Baumes oder zum Verbleib an seinem Standort.

### Regelmäßige Überwachung

Bei Baumarbeiten verlangt die Gütesicherung unter anderem die besondere Berücksichtigung der Arbeitssicherheit und des Umweltschutzes. Das gilt beispielsweise für den gepflegten Zustand der persönlichen Schutzausrüstung, fachgerechte Schnitttechniken, die Beachtung von Vogel- und Insektenschutz oder die Verwendung benzolfreier Kraftstoffe und biologischer Schmieröle in Motorsägen. Die Einhaltung der Anforderungen aus der Gütesicherung wird regelmäßig durch neutrale Prüfer überwacht.

Weitere Infos zu RAL Gütezeichen rund um Haus und Garten finden Besucher des RAL Gütezeichen Hauses, das auf [www.ral-guetezeichen.de](http://www.ral-guetezeichen.de) zum virtuellen Rundgang einlädt. □



Sekundärarchitektur - unterirdische Abfallsammlung am Wilhelmsplatz in Bamberg. Bild: Stadt Bamberg/Baureferat

Gestaltung im öffentlichen Raum und umweltgerechte Entsorgung:

## Geglückter Spagat in Bamberg

Oft genug wird das Erscheinungsbild öffentlicher Räume durch sperrige und überfüllte Müllcontainer verunstaltet. Nicht so in Bamberg. Gleich zweimal konnte die alte Kaiser- und Bischofsstadt mit einer behutsamen Gratwanderung zwischen den gestalterischen Erfordernissen des Denkmalschutzes, umweltgerechter Entsorgung und wirtschaftlichen Interessen zeigen, dass sie ihrer besonderen Verantwortung als Welterbestadt gerecht wird.

Mit dem Sammelsystem U-SELECT des Herstellers Paul Wolff hat sich die Stadt Bamberg für zwei unterirdische Entsorgungsanlagen entschieden, die sich sehen lassen können – gerade deshalb, weil sie kaum auffallen. Die beiden Abfall-Sammelsysteme an Heinrichsdamm und Wilhelmsplatz fügen sich harmonisch in die historische Architektur des Stadtkerns ein, ohne zu stören.

### Überzeugendes Design, hygienische Vorteile

Die U-SELECT -Serie konnte

Sanierung sei durch eine gelungene Projektorganisation von Gutachtern, Planern und ausführenden Firmen mit den zuständigen Fachbehörden und Ordnungsbehörden ermöglicht worden.

### Behördliche Zusammenarbeit

Dr. Martin Biersack, LfU, befasste sich mit dem integrierten

nicht nur im Design überzeugen, sondern auch durch ihre Bedienerfreundlichkeit, die hygienischen Vorteile und den Preis. Viele der Bamberger Bürger wünschen sich dieses Modell deshalb auch für ihr eigenes Wohnumfeld. Kein Wunder: Die Behälter verschwinden bis auf die Einwurfsgehäuse unter der Erde, Geruchs- und Lärmbelästigungen entfallen, die Sicht wird nicht beeinträchtigt, Schädlinge haben keine Chance. Zudem sind die Anlagen aufgrund ihrer niedrigen Einwurfshöhe von 85 cm barrierefrei und kinderleicht zu bedienen. □

Handeln der Fachbehörden in diesem Komplexprojekt der Altlastensanierung. Die intensive Zusammenarbeit der am Projekt beteiligten Behörden, die regelmäßigen Besprechungen, der Einsatz eines Projektsteuerers und die Nutzung der internet-basierten Austauschplattform (Dokumentenserver) hätten viele Bearbeitungsschritte wesentlich beschleunigt. DK



Wir denken in Generationen.

EWS

Know-how für die Energie der Zukunft.

Windenergieprojekte ... bewerten ... messen & planen ... umsetzen

- Die EWS Consulting aus dem benachbarten Oberösterreich unterstützt Sie bei der Realisierung Ihres Windparks. Wir bündeln Know-how zu allen Fragen rund um die Windenergie.

Das Wissen aus vielen erfolgreichen Jahren und die Erfahrung mit Windenergie-Projekten in ganz Europa machen uns zu Ihren Partnern.

Windenergie ist Zukunftenergie. Wir denken in Generationen.

Efficient Wind power Solutions



Energiewerkstatt Consulting GmbH  
Katztal 37 · 5222 Munderfing · Österreich  
T. +43 7744 20141-0 F. +43 7744 20141-41 E. office@ews-consulting.at

[www.energiewerkstatt.at](http://www.energiewerkstatt.at) [www.ews-consulting.com](http://www.ews-consulting.com)

## „Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz – was kommt auf die Baubranche zu?“

Infoveranstaltung der Baustoff Recycling Bayern e. V. in Holzhausen am 28. September

Recyclingbetriebe, Abbruch- und Erdbauunternehmen, Bauunternehmen und Bauherren – kurz gesagt jeder, der mit mineralischen Abfällen wie Bauschutt oder Erdaushub zu tun hat, diese behandelt, aufbereitet oder transportiert, verwertet oder beseitigen muss und will – ist unmittelbar vom neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz betroffen.

Wie also damit umgehen? Was ist zu tun? Gemeinsam mit Dr. Birgit Stede aus Landsberg am Lech lädt der Baustoff Recycling Bayern e. V. am 28. September 2012 ein nach Holzhausen am Ammersee. Im Rahmen eines halbtägigen Seminars informiert der Verband über die Auswirkungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes auf alle am Bau Beteiligten. Es wird aufgezeigt, was sich für sie ändert und welche neue Pflichten sie zu erfüllen haben. Zudem werden praktische Hinweise für die Umsetzung gegeben.

Folgende Themen stehen auf der Agenda:

- Welche Materialien sind Abfall, welche Produkt?
- Vorrang des Recycling, zukünftige Stellung der Verfüllung - Abfallhierarchie
- Anzeige- und Erlaubnispflichten für Sammler, Beförderer, Makler und Händler
- Betriebsbeauftragter für Abfall
- Auswahl des zuverlässigen Entsorgers
- Nachweis- und Registerpflichten
- Anforderungen an den Transport (Anzeige- und Erlaubnispflicht, Kennzeichnungspflicht für Fahrzeuge)
- Gefahren bei unsachgemäßer Entsorgung.

Das Programm des Seminars, weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung unter [www.baustoffrecycling-bayern.de](http://www.baustoffrecycling-bayern.de)

Zentralklinikum Augsburg:

## Bayern unterstützt Mutter-Kind-Zentrum

Seine Kliniken lässt sich der Freistaat Bayern einiges kosten: Aktuell laufen zwei Baumaßnahmen am Zentralklinikum Augsburg, das Mutter-Kind-Zentrum und die Sanierung der OP-Säle. 72 Millionen Euro kosten die beiden Maßnahmen, das Fördervolumen beträgt hierfür, so Landrat Martin Sailer, 60 Millionen Euro. Sein ganz besonderer Dank gilt dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Georg Winter und dem Landtagsabgeordneten Max Strehle. Beide haben sich erfolgreich für diese starke Förderung eingesetzt.

Für das Mutter-Kind-Zentrum Schwaben, das die in die Jahre gekommene Kinderklinik ersetzen soll, fließen bei Gesamtkosten in Höhe von 42 Millionen Euro rund 36 Millionen Euro an Fördersummen. Dies hatte der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags unter Vorsitzendem MdL Georg Winter 2010 beschlossen. Allein für die Abteilung Geburtshilfe stellt der Staat 9 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Derzeit wird der Rohbau des Gebäudes erstellt. Bei einem Ortstermin mit Landrat Sailer überzeugte sich Winter vom Stand der Baumaßnahme.

### Unter einem Dach

In dem neuen Mutter-Kind-Zentrum, das von großer Bedeutung für den gesamten Regierungsbezirk Schwaben ist, sind dann alle Fachdisziplinen der Kinder- und Jugendmedizin ins-

besondere eine Abteilung für Frühchen sowie der Geburtshilfe unter einem Dach vereint.

### Optimale Versorgung

Wichtig war, so MdL Strehle, dass im Rahmen des Neubaus der Kinderklinik eine neue Entbindungsklinik inklusive Wöchnerinnenpflege realisiert werden konnte. Die Zusammenführung der verwandten Disziplinen innerhalb eines Gebäudes sei nur dank der von Georg Winter durchgesetzten Zusatzförderung in Höhe von 9 Millionen Euro möglich geworden. Somit ist eine optimale Versorgung der Schwangeren und der jungen Mütter zusammen mit den Früh-, Risiko- und Neugeborenen gewährleistet.

Als weiterer sinnvoller Schritt auf dem Weg zur Generalinstandsetzung des Klinikums findet gleichzeitig die Sanierung des OP-Bereichs mit 18 Sälen statt.

DSK-Fachtagung Bayern am 16. Oktober:

## Siedlungsstrukturen im Umbruch

Die Anforderungen an das Wohnen verändern sich stetig. Insbesondere die Siedlungsstrukturen, die in den 1950er bis 1970er Jahren bundesweit entstanden sind, weisen vielerlei Mängel auf, die im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung behoben werden müssen.

### Neue Wege, neue Lösungen

Die Schaffung von altersgerechtem Wohnraum, die energetische Gebäudesanierung, der Umgang mit „in die Jahre gekommenen“ Einfamilienhausgebieten, die Nachverdichtung und/oder der Rückbau von Großsiedlungen stehen daher in vielen Kommunen heute auf der Tagesordnung. Hier

gilt es künftig, neue Wege zu finden und neue Lösungen umzusetzen.

### Praxisbeispiele

Im Rahmen der DSK-Fachtagung „Siedlungsstrukturen im Umbruch: Anpassungen in Wachstums- und Schrumpfungsbereichen“ werden gemeinsam mit Experten und lokalen Akteuren anhand ausgewählter Praxisbeispiele beispielhafte Strategien sowie aktuelle Lösungswege zu diesem Themenfeld aufgezeigt. Die Veranstaltung findet am 16. Oktober im Presseclub Nürnberg statt.

Weitere Informationen unter [www.dsk-fachtagung.de](http://www.dsk-fachtagung.de) DK

## Neuer Glanz durch Naturstein

Stadtgestaltung: Attraktives Pflaster und stilvolle Brunnen

Das äußere Erscheinungsbild gehört neben wirtschaftlichen Faktoren zu den wichtigsten Zugpferden einer Stadt. Eine ansprechende Optik gibt oft den Ausschlag, ob sich die Einwohner wohlfühlen und Touristen angelockt werden.

Diese Aspekte spielten auch im unterfränkischen Mellrichstadt eine Rolle, als die Neugestaltung des Zentrums beschlossen wurde. Nach vier Jahren intensiver Planung und umfassender Bauarbeiten erstrahlt die Altstadt nun dank eines neuen Pflasterbelags, mehrerer Brunnenanlagen und zahlreicher Ausstattungselemente in neuem Glanz. Beim Material setzte man auf Belgrano-Granit. Denn der asiatische Naturstein ist nicht nur extrem robust, langlebig und optisch ansprechend, sondern auch preislich deutlich günstiger als Steine aus Deutschland und anderen europäischen Ländern.

### Beschaffung

Für die Beschaffung dieses außergewöhnlichen Baustoffs sorgte das Berliner Unternehmen Besco, das auf das Projektgeschäft mit Naturstein spezialisiert ist und schon zahlreiche Großprojekte für kommunale

Bei Gesamtkosten in Höhe von 30 Millionen Euro erhält diese Maßnahme eine Förderung von 23 Millionen Euro vom Freistaat Bayern.

Das Richtfest soll noch im Dezember 2012 stattfinden. □

Auftraggeber realisiert hat. Insgesamt lieferte es rund 10.000 m<sup>2</sup> Pflasterplatten sowie diverse Brunnen, Becken, Rinnen, Bordsteine und Ausstattungsgegenstände in vielen verschiedenen Farben und Bearbeitungsformen.

### Besonderer Effekt

Der Entwurf der Planer sah vor, eine Hierarchie im Zentrum von Mellrichstadt zu entwickeln, welche besonders die Hauptstraße als Lebensader gegenüber den Nebenachsen und Randbereichen hervorhebt. Das sollte die Orientierung erleichtern und gleichzeitig den Altstadtkern besser vernetzen. Erreicht wurde dieser Effekt durch die Verlegung des Belgrano-Pflasters in wildem Verband.

### Verstärkte Wirkung

Die 16 cm starken rechteckigen und quadratischen Platten verlegte man in einem unregelmäßigen, abwechslungsreichen Muster, das die teilweise großen Flächen im Mellrichstädter Zentrum auflockerte. Mit drei abgestuften Farben und zehn Einzelformaten wurde diese Wirkung noch verstärkt, da sich somit insgesamt 30 unterschied-

In München und Nürnberg:

## Grundkurs „Güteüberwachung“ Recyclingbaustoffe

Am 25. September 2012 in München und am 24. Oktober 2012 in Nürnberg bietet der Baustoff Recycling Bayern e. V. wieder das Seminar Grundkurs „Güteüberwachung“ Recyclingbaustoffe an. Der Grundkurs wendet sich an Baustoffaufbereiter, Vertreter von Behörden, Städten und Gemeinden, Bauunternehmen sowie Bauherren.

In kompakter Form informiert die Veranstaltung über die gesetzlichen Grundlagen und Regelungen der Kreislaufwirtschaft, die Richtlinien des Baustoff Recycling in Bayern und ihre Anwendung sowie Eignungstest, Eigen- und Fremdüberwachung, Zertifizierung und vieles mehr.

### Vorschriften in der Praxis

Neben den theoretischen Grundlagen werden auch konkrete Hinweise, Anregungen und Anleitungen dazu gegeben, wie diese Vorschriften in der Praxis anzuwenden sind bzw. umgesetzt werden können.

Das Programm der Seminare, weitere Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung unter [www.baustoffrecycling-bayern.de](http://www.baustoffrecycling-bayern.de)



Wilder Verband: Belgrano-Pflastersteine in drei abgestuften Farben und zehn unterschiedlichen Formaten wurden in einem unregelmäßigen Muster verlegt, was die Fläche des Linsenbrunnenplatzes auflockerte. □

liche Steine ergaben. Ihre Sichtkanten wurden vor der Verschiffung aus China in aufwendiger Handarbeit mit einem speziellen Stockhammer bearbeitet, so dass eine rustikale Kante entstand.

### Historische Identität

Im Mittelalter spielten Brunnen eine wichtige Rolle in Mellrichstadt, um die Bewohner mit Wasser zu versorgen. Gleichzeitig waren die Plätze aber auch beliebte Treffpunkte. Diese historische Identität stärkten die Planer mit mehreren Brunnenanlagen und Sitzbänken, um diese Orte nach der Erneuerung wieder mit Leben zu füllen. Hier zeigte sich die ganze Vielfaltigkeit des Belgrano-Steins. So entstand beispielsweise auf dem Linsenbrunnenplatz ein linsenförmiger Brunnen in schwarz-grauer Farbe und

hochglanzpolierter Oberfläche.

### Zertifizierter Partner

Als zertifizierter Partner von Win=Win Fair Stone garantiert Besco, dass bei der Gewinnung des Belgrano-Natursteins keine Kinderarbeit stattfindet. Die Qualität des Herstellungsprozesses wird von unternehmens-eigenen Inspektionsteams vor Ort überwacht. Darüber hinaus überprüft man stichprobenartig die Produktion sowie die fertige Ware, bevor sie verschifft wird und exakt zum vereinbarten Termin auf der Baustelle eintrifft. Städte und Kommunen können sich sowohl im Vorfeld, als auch während der Planungs- und Realisierungsphase, umfangreich von den erfahrenen Experten beraten lassen.

Weitere Informationen zum Belgrano-Naturstein unter [www.besco-gmbh.de](http://www.besco-gmbh.de) □

Recycling-Baustoffe aus Bayern – der Umwelt zuliebe nur mit diesem Zeichen!



BAUSTOFF  
RECYCLING  
BAYERN

Teilnehmer am UMWELT PAKT BAYERN

[www.baustoffrecycling-bayern.de](http://www.baustoffrecycling-bayern.de)

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

DSK

## DSK-Fachtagung Bayern

Dienstag, 16. Oktober 2012 | Presseclub (NÜRNBERGER Akademie)

Das Treffen für Vertreter der öffentlichen Hand zu aktuellen Themenstellungen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung

- Einfamilienhaus(gebiete) im Wandel
- Weiterbau statt Abriss – Warum Bauen im Bestand sich lohnt?
- Strategien für Wohnstandorte an der Peripherie der Städte und in Umlandgemeinden
- Qualifizierungsstrategien für die zukünftige, nachhaltige Nutzung von Einfamilienhausbeständen der 1950er bis 1970er Jahre



Siedlungsstrukturen im Umbruch: Anpassungen in Wachstums- und Schrumpfungsbereichen

Anmeldung unter Tel. +49.(0)911.5209940 | [nuernberg@dsk-gmbh.de](mailto:nuernberg@dsk-gmbh.de) | [www.dsk-fachtagung.de](http://www.dsk-fachtagung.de)



Genau beobachteten die Buben und Mädchen den ersten Spatenstich der Ehrengäste (v. l.): Manfred Mauerle (Referatsleiter Sozialwesen Stadt Memmingen), Brigitte Linder (Leiterin Kindertagesstätte Im Mitteresch), Otto David, der Kindergartenfachberater der Stadt, der im Anschluss an den Spatenstich in den Ruhestand ging, Armin Rothdach (Firma Rothdach GmbH & Co. KG), Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, Christoph Steinlehner (Bauleiter) und Architekt Jan-Thilo Joachim. Bild: Pressestelle Stadt Memmingen



V. l.: Kanzler Alois Zimmermann, Architekt Martin Boden-Peroche, Ausschussvorsitzender im Bayerischen Landtag Georg Winter, Hochschulpräsident Hans-Eberhard Schurk bei der Begutachtung des Siegermodells. Der Wettbewerb wurde unter 24 Teilnehmern entschieden. Die Jury würdigte einstimmig die kompakte und wirtschaftliche Lösung, die attraktive Erscheinung und die kommunikative Struktur und Funktionalität des Siegerentwurfs des Dresdner Büros Code Unique Architekten. Foto: Ruth Plössel

Universität Augsburg:

## Der Weg zum MRM-Gebäude

Anlässlich der Veröffentlichung der Wettbewerbsergebnisse des neuen Materials Resource Management (MRM)-Gebäudes an der Universität Augsburg skizzierte Haushaltsausschussvorsitzender Georg Winter den bisherigen Weg, der mit dem Projekt beschränkt wurde.

In einem Kraftakt wurde letztes Jahr auf Initiative von Georg Winter der Planungstitel für das neue Institut für Materials Resource Management im bayerischen Staatshaushalt geschaffen. Das Konzept zur räumlichen Unterbringung des neuen zukunftsgerichteten Forschungsschwerpunktes wurde vom Wissenschaftsministerium, dem Finanzministerium und der Obersten Baubehörde freigegeben. Landtagsabgeordneter Winter hatte sich in Abstimmung mit der Universität intensiv bei den drei dafür zuständigen Ministerien erfolgreich eingesetzt.

### Enge Zusammenarbeit

Im April 2012 erhielten die Universität Augsburg und das Staatliche Bauamt Augsburg dann das Einverständnis des Finanzministeriums zum Planungsauftrag für die 1. Teilbaumaßnahme des neuen Materials Resource Management (MRM) – Gebäudes. Universität und Hochschule in Augsburg arbeiten künftig in der Ressourcenmanagement-Forschung eng zusammen, damit ein Wissensaustausch noch einfacher stattfinden kann. Diese Besonderheit der Zusammenarbeit war auch Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch wichtig.

Im MRM-Bau erhält die Universität Augsburg 6.400 Quadratmeter Nutzfläche, die Hochschule für angewandte Wissenschaften wird im neuen MRM-Bau eine Fläche von 1.100 Quadratmetern belegen. Mit dieser Erweiterung

des Bauantrags steigen die Gesamtkosten auf rund 43 Millionen Euro. Wichtig war, so Kanzler Alois Zimmermann, dass die Zusatzwünsche der Hochschule nicht zu Lasten des Bedarfs der Universität gehen. Sowohl Finanz- wie Wissenschaftsministerium haben dies akzeptiert.

Ein ehrgeiziges Ziel ist es, das 43 Millionen Projekt innerhalb eines Jahres zu planen und die Entscheidungsgrundlage für den Haushaltsausschuss im Landtag zu erstellen. Wie Winter betonte, ist es ihm ein Anliegen, dass noch im Juli nächsten Jahres, vor die Wahlperiode endet, der Haushaltsausschuss den Planungsauftrag in einen Bautitel durch Beschluss umwandeln kann. Damit wäre die Grundlage für einen Baubeginn noch im Jahre 2013 gelegt. Hochschulpräsident Hans-Eberhard Schurk und Kanzler Alois Zimmermann von der Universität Augsburg dankten dem Haushaltsvorsitzenden Georg Winter für seinen nachhaltigen Einsatz ohne den das Projekt weder vom Volumen noch zeitlich in dieser Dimension zustande gekommen wäre. Besonders erfreulich sei dass die Genehmigung für die Erschließungsmaßnahmen bereits vorliege, so Alois Zimmermann, Kanzler der Universität Augsburg. Das Projekt werde mit Nachdruck vorangetrieben. Der nächste entscheidende Schritt sei, dass nach der Planungsphase nun der Startschuss für den Bau des 43-Millionen-Projektes falle, damit 2013 mit dem Bau begonnen werden könne, so Winter. □

## „Die kleinen Bauarbeiter sind bereit“

Erster Spatenstich für die neue Kinderkrippe Im Mitteresch in Memmingen

Mit dem traditionellen Spatenstich begannen jetzt die Arbeiten für den Bau der Kinderkrippe Im Mitteresch. Die Krippe mit 24 neuen Plätzen wird an die bestehende Kindertagesstätte angebaut. Bereits im Herbst wird das Richtfest gefeiert.

Mit Bauarbeiterhelmen, Bausteinen und Werkzeug ausgestattet, begrüßten 18 Vorschulkinder der Kindertagesstätte Im Mitteresch Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger und die Ehrengäste zum Auftakt der Arbeiten. Ihr Lied „Steh auf ihr Leut“ wir wollen heute eine Krippe bauen“ bildete einen gelungenen Einstieg für den Spatenstich. Jede Strophe widmete sich einem andern „Gewerk“ und den anwesenden Baufachleuten wurde aufgezeigt, wie sie was zu machen hätten. Der Rathauschef lobte die vielen selbsterdachten Strophchen und befand es als „großartige Leistung“ der Kinder.

### Gespannte Erwartung

„Wir sind gespannt zu sehen wie der Bau langsam wächst“, erklärte die Leiterin der Kindertagesstätte Brigitte Linder bei ihrer Begrüßung. In kürzester Zeit sei schon eine Menge geschehen, so dass das Richtfest wohl planmäßig bereits im November stattfinden könne.

### Augsburg:

## Baustart für neuen Hauptbahnhof

Arbeiten für Straßenbahntunnel beginnen in der Halderstraße

Es ist der erste bauliche Schritt auf dem Weg zum neuen Augsburger Hauptbahnhof. Anfang August begannen die Baustelleneinrichtung und die Vorbereitungen für den Baubereich Ost. Dieser umfasst das Rampenbauwerk für den Straßenbahntunnel in der Halderstraße, den anschließenden Tunnel Ost bis unter den Bahnhofsvorplatz und die Neugestaltung der oberirdischen Verkehrsanlagen in der Halder-, Hübner- und in der südlichen Viktoriastraße.

Die Mobilitätsdrehscheibe Augsburg Hauptbahnhof ist ein Gemeinschaftsprojekt von Stadtwerken Augsburg (swa), Stadt Augsburg und Deutsche Bahn und Ausgangspunkt und zentrales Element von projekt augsburg city mit dem neuen Königplatz und der Erneuerung von Fußgängerzone und Maximilianstraße.

### Modernes Drehkreuz

Damit wird der Hauptbahnhof zu einem modernen Drehkreuz für den öffentlichen Verkehr umgebaut, das den städtischen Straßenbahnverkehr mit dem regionalen und überregionalen Schienenpersonnenverkehr unter einem Dach verbindet. Möglich wird dies durch ein zweigeschossiges Stationsbauwerk direkt unter dem Personenbahnhof.

### Abschluss des Umbaus 2019

Rund 106 Millionen Euro wird der Umbau kosten, der 2019 abgeschlossen sein soll. Auf den Baubereich Ost entfallen 24,4 Millionen Euro, der Baubereich Mitte, also der Straßenbahntunnel unter dem Bahnhof, die Haltestelle und Wendeschleife, kosten rund 74 Millionen Euro und der Baubereich West mit der Tunnelausfahrt am Buchegger-Platz und der Straßenbahntrasse bis zur Pferseer Straße wird rund 6 Millionen Euro kosten.

Bund und Freistaat übernehmen 83 Prozent der zuschussfähigen Kosten, also gut 61 Millionen Euro. Der jeweilige Eigenanteil beträgt von Stadtwerken gut 21 Millionen Euro, Stadt 2,2 Millionen Euro und DB knapp 21 Millionen Euro. Dreh- und Angelpunkt ist die

unterirdische Straßenbahnhaltestelle der Stadtwerke unter den Gleisen und Bahnsteigen der DB. Diese Haltestelle entsteht im zweiten Untergeschoß. Im ersten Untergeschoß, also direkt unter den Bahnsteigen, befindet sich die sogenannte Verteilerebene der DB, über die die Fahrgäste zu den jeweiligen Bahnsteigen gelangen.

### 24 neue Krippenplätze

Mit einem Kostenaufwand von 1,1 Mio. Euro entstehen auf dem Grundstück des Kindergartens 24 neue Krippenplätze. Der Neubau wird durch einen Verbindungsbau mit dem bestehenden Kindergarten verbunden. Insgesamt werden dann „Im Mitteresch“ 114 Kinder in drei Kindergarten-Gruppen, einer Schulkinder-Gruppen und zwei Krippen-Gruppen betreut. □



Freut sich über seine neuen Kanzleiräume in der Schlossanlage Mickhausen: Bürgermeister Hans Biechele. Bild: Walter Kleber

### Staudengemeinde Mickhausen:

## Ende des Provisoriums

Erste Sitzung des Gemeinderats im neuen Schlosshofsaal

Wenn am 16. September mit einem Festakt und einem „Tag der offenen Tür“ der neue Schlosshofsaal im Ortszentrum von Mickhausen feierlich eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben wird, dann wird in der fast 850-jährigen Geschichte der Staudengemeinde ein neues Kapitel aufgeschlagen. Denn neben dem Veranstaltungssaal und dem darüber liegenden neuen Schützenheim bezieht auch die politische Gemeinde in den vormaligen Ökonomiegebäuden ihr neues Domizil unter der ebenso wohl klingenden wie repräsentativen Adresse „Schlosshof 1“.

Für den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung geht mit dem Einzug ins Schloss ein langes Provisorium zu Ende. Über 34 Jahre lang, seit dem Start der kommunalen Gebietsreform am 1. Mai 1978, war die Gemeinde mangels eines eigenen Rathauses Dauergast im Feuerwehrhaus in Münster. Nach der Fertigstellung des Schlosshofsaales tritt der Gemeinderat künftig hier zu seinen Sitzungen zusammen. Die Räume der Gemeindekanzlei werden an die Feuerwehr Münster zurück gegeben.

### Vorfreude

Die definitiv letzte Ratssitzung im Münsterer Feuerwehrhaus fand am 13. August statt. Dritter Bürgermeister Walter Lämmermeyer, seit 1990 im Kommunalparlament, ist der dienstälteste Gemeinderat. „Es war schon ein komisches Gefühl, als ich nach 22 Jahren zum letzten Mal auf meinem Stammplatz im Feuerwehr-Aufenthaltsraum saß“, lacht der 49-Jährige. „Aber jetzt freue ich mich mit allen Kolleginnen und Kollegen auf unser neues Domizil im Schloss!“

### Gemeinschaftsaktion

Nach der Eingemeindung der vormals selbständigen Gemeinden Münster und Grimoldsried stellte sich im Mai 1978 die Frage, wo denn künftig der neue Gemeinderat tagen soll. Da traf es sich gut, dass in Münster wenige Jahre vorher ein neues Feuerwehrgerätehaus gebaut worden war. Die Eingemeindung nach Mickhausen und das 100. Gründungsfest der örtlichen Feuerwehr (1977) vor Augen, hatten die Münsterer in einer groß angelegten Gemeinschaftsaktion auf dem Grundstück des vormaligen Rösch-Anwesens im Dorfzentrum ihr neues Feuerwehrhaus errichtet.

Neben einer geräumigen Fahrzeughalle wurde auch ein Schulungs- bzw. Aufenthaltsraum angegliedert. Einen weiteren Raum hatte bereits Josef Raffler im Endzustand fertig und wieder nutzbar sein.

2014 geht es dann im Baubereich Mitte, also unmittelbar im Augsburger Hauptbahnhof beginnend mit dem Tunnel im Westen am Seb.-Buchegger-Platz los. **Alles zum projekt augsburg city, aktuelle Baustelleninformationen, Fotos, Downloads der Visualisierungen sowie die Webcam Königplatz im Internet: www.projekt-augsburg-city.de.** □

(1911–1998), der letzte selbständige Bürgermeister des kleinen Dorfes, in seinen letzten Dienstjahren als Amtszimmer genutzt. Und zwar „auf Gastrecht“, wie das Münsterer Original augenzwinkernd immer wieder betonte. Noch bis Mitte der 1970er Jahre wurden die kommunalen Dienstgeschäfte im Raffler'schen Wohnzimmer erledigt. Eine Praxis, die früher in vielen ländlichen Gemeinden üblich war.

Am 1. Mai 1978 wurde dann Alfred Böhm (1922–1988) als erster Bürgermeister der „neuen“ Gemeinde Mickhausen Hausherr in der Gemeindekanzlei im Münsterer Feuerwehrhaus. 1982 folgte ihm der heutige Altbürgermeister Anton Müller nach, der bis 2008 die Geschicke der Staudengemeinde lenkte und die Amtsgeschäfte vor vier Jahren an seinen Nachfolger Hans Biechele übergab. Zu diesem Zeitpunkt waren die Weichen für den Umzug in die Schlossanlage nach Mickhausen schon gestellt.

### Erster Spatenstich 2009

Im Dezember 2001 hatte die Gemeinde einen Großteil der ehemaligen Ökonomiegebäude der Schlossanlage im Ortszentrum (Nord- und Ostflügel) und den gesamten Schlosshof vom Grafen Rechberg gekauft. Bis zum Vorliegen einer Baugenehmigung für das neue Gemeindezentrum (2008) und bis zum ersten Spatenstich im Dezember 2009 sollten jedoch noch weitere Jahre vergehen, in denen das Vorhaben immer wieder auf der Kippe stand.

### Zwei neue Räume

Früher als zunächst geplant, entstanden in den vergangenen Monaten an der Nahtstelle zwischen dem Ost- und dem Nordflügel im Obergeschoß die beiden neuen Räume für die Gemeindeverwaltung (insgesamt 60 Quadratmeter). Im Laufe der Bauarbeiten, so Bürgermeister Hans Biechele, habe sich gezeigt, dass es unsinnig gewesen wäre, die Kanzleiräume jetzt auszusparen und in ein, zwei Jahren erneut die Handwerker anrücken zu lassen. Zumal durch günstige Ausschreibungsergebnisse an anderer Stelle mit dem Umzug der Gemeindekanzlei keine Kostensteigerung verbunden gewesen sei.

Zu seiner ersten Sitzung im neuen Schlosshofsaal tritt der Gemeinderat am 17. September um 19.30 Uhr zusammen – einen Tag nach der offiziellen Eröffnung. **Walter Kleber**



Der Unimog ist sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße einsetzbar, sei es zum Rangieren von Waggons als auch zum Schneeräumen, wie hier abgebildet. □

#### Unimog auf der Schiene:

## Rangieren und Schneeräumen

2-Wege-Unimog mit Wandlerschaltkupplung und Kriechganggetriebe

Wörth / Berlin - Neue Gerätekonfigurationen des Unimog auf der Schiene zeigt Mercedes-Benz auf der 9. InnoTrans in Berlin, der weltweiten Leitmesse der Eisenbahnbranche (18. bis 21. September). Dabei wird insbesondere der Unimog U 400 als Rangierfahrzeug, das auch für die Schneerräumung geeignet ist, das Interesse der Fachwelt auf sich ziehen.

Grundlage des Fahrzeugs ist ein neu konzipierter Antriebsstrang, der neben der Wandlerschaltkupplung für das Ziehen schwerer Anhängelasten ein Kriechganggetriebe für sehr langsame Arbeitsschwindigkeiten einschließt. Damit kann der Unimog auch mit einer Frässhleuder für die Schneerräumung auf Schiene oder Straße eingesetzt werden.

Mit Hilfe einer Schnellwechsel-Vorrichtung erfolgt der An- und Abbau der Frässhleuder zügig und bequem, so dass der 2-Wege Unimog auch kurzfristig für die Schneerräumung auf einem Bahnübergang oder einer Werkstraße zur Verfügung steht. Den Antrieb der Frässhleuder besorgt die ab Werk lieferbare mechanische Frontzapfwelle des Unimog. Die Bahntechnik der Firma Zagro besteht unter anderem aus einer Eisenbahnwagen-Bremsanlage, hochschwenkbaren Kuppelstangen mit Dämpfung und einer Funkfernsteuerung. Den auf der Messe gezeigten Unimog übernimmt die DB FuhrparkService GmbH, einsetzen wird ihn die DB Regio Nordostbayern in Hof.

#### Schienenreinigung noch effizienter

Als weitere Neuheit steht auf dem InnoTrans-Stand von Mercedes-Benz ein Schienen- und Rillenreinigungsfahrzeug für den Straßenbahnbetrieb. Die neu entwickelte Schienenführung der Firma CMAR lässt auch den Unimog mit langem Radstand von 3600 mm und damit größerem Aufbau-Volumen sehr enge Kurvenradien ab 19 Metern passieren. Die Unimog-Fahrzeughydraulik steuert bei der Schienenreinigung fünf verschiedene Arbeitsvorgänge, vom Absenken und Anpressen

nik von Zagro und dem Ladekran XS 122 mit Personenkorb von HIAB, ein Fahrzeug für vielfältige Arbeiten an der Eisenbahninfrastruktur, beispielsweise Inspektionen von Brücken oder Reparaturen an der Oberleitung. Das Unimog-Fahrgestell ist ab Werk mit einem hydrostatischen Fahrtrieb ausgestattet, mit dem eine stufenlose Anpassung der Arbeitsgeschwindigkeit möglich ist, auch über Fernsteuerung vom Personenkorb aus.

#### Umweltfreundliches und wirtschaftliches Rangieren

Durch den Antrieb auf der Schiene über die Straßenräder – auf Gleisen mit Eisenbahn-Normalspur sowie verschiedenen internationalen Breitspuren ist der Unimog prädestiniert für den Einsatz als Rangierfahrzeug. Da der Reibbeiwert von Gummi auf Stahl deutlich höher ist als der Reibbeiwert von Stahl auf Stahl kann der 2-Wege-Unimog bei ver gleichsweise leichtem Fahrzeuggewicht enorme Zugkräfte entwickeln und Anhängelasten bis zu 1000 Tonnen ziehen. Generell gilt, dass der Unimog die hohen Abgasstandards aus dem Straßenverkehr auf die Schiene bringt. Mit seinem geringen Kraftstoffverbrauch beim Rangieren – die Erfahrungswerte vieler Kunden liegen bei ca. 5 bis 6 Liter Diesel pro Betriebsstunde – ist der 2-Wege-Unimog damit eine umweltfreundliche und wirtschaftliche Alternative zur Rangierlokomotive.

Rund 80 bis 100 Unimog in 2-Wege Ausführung werden jährlich an Eisenbahnunternehmen in aller Welt geliefert, so dass das legendäre Universalmotor gerät (Unimog) auch hier seinen festen Platz hat. □

#### Ab November:

## Tagfahrlicht wird Pflicht

Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen betroffen  
Keine Nachrüstpflicht bei älteren Kraftfahrzeugen

Stuttgart - Ab dem 1. November 2012 besteht eine neue Regelung für Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen. Laut der Verordnung 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates müssen Fahrzeugtypen und erstmalig in Verkehr kommende Fahrzeuge, die nach diesem Datum typengenehmigt werden, serienmäßig mit Tagfahrleuchten ausgerüstet sein. Ab dem 1. November 2014 gilt diese Regelung dann generell auch für alle neu zugelassenen Modelle innerhalb der Europäischen Union.

Laut dem Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr (UVB) der Bundesregierung belegen Studien, dass durch das Fahren mit Licht am Tage die Wahrnehmung der Verkehrsteilnehmer steigt. Diverse Mercedes-Modelltypen sind damit beispielsweise schon jetzt serienmäßig ausgerüstet: Die Modelltypen „Citaro Euro VI“ und die neue „ComfortClass 500“ im Bussegment und der neue City-Van „Citan“ entsprechen schon jetzt der Richtlinie. Obwohl allgemein keine Nachrüstpflicht bei älteren Typen besteht, bietet Daimler jedoch auch hier die Möglichkeit der Nachrüstung als Sonderausstattung an. Beim neuen Actros und beim Antos, der erstmalig

auf der Nutzfahrzeug-IAA im September vorgestellt wird, sind beispielsweise Tagfahrleuchten als Sonderausstattung erhältlich.

Betrieben werden dürfen Tagfahrleuchten - gemäß den Vorgaben der EU - nur alleine und nicht zusammen mit dem Abblendlicht. Die Anbringung am Fahrzeug muss mindestens 25 Zentimeter und maximal 150 Zentimeter über dem Boden erfolgen.

#### Kombinationsmöglichkeit

Möglich ist jedoch auch eine Kombination aus Tagfahr- und Positionslicht. Die Mindestbauhöhe beträgt dann 35 Zentimeter, maximal sind 210 Zentimeter erlaubt; der Abstand zum Außenrand darf 40 Zentimeter nicht überschreiten.

Überdies sind die Anzahl der verbauten Leuchten begrenzt. Es dürfen zwei zusätzliche Positionsleuchten angebracht sein. Insgesamt vier Positionsleuchten sind nur dann zulässig, wenn zwei davon in den Hauptscheinwerfern integriert sind. Zusätzlich dürfen vier Umrissleuchten in Betrieb sein. Ein Nichtbeachten dieser Vorschriften hat zur Folge, dass bei der Hauptuntersuchung keine Plakette erteilt wird. Eine nicht genehmigte Nachrüstung mit Tagfahrlicht könnte auch im Falle eines Unfalls möglicherweise Auswirkungen auf die rechtliche Beurteilung der Situation haben. □

#### Münster in Westfalen:

## Hybridbusflotte für Stadtwerke

Elektrisch, abgasfrei und fast geräuschlos auf Innenstadtstrecken

Mannheim/Münster – Die lebenswerteste Stadt der Welt – so darf sich Münster in Westfalen seit 2004 nennen – hat offiziell ihre erste Hybridbuslinie eingeweiht. Mit der feierlichen Übergabe zweier Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid Fahrzeuge durch Herrn Ulrich Piotrowski, Leiter Markteinführung Mercedes-Benz Hybridbusse, an die Stadtwerke Münster, vertreten durch den Betriebsleiter Verkehrsbetrieb Eckhard Schläpke, ist die Westfalenmetropole ihrem eigenen Anspruch mit dem Omnibus einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, einmal mehr gerecht geworden. Münster ist die größte deutsche Stadt ohne städtischen, schienengebundenen Personennahverkehr. Seit Stilllegung der Straßenbahn 1954 und des Trolleybusbetriebs 1968 wird der ÖPNV ausschließlich mit umweltfreundlichen Omnibussen durchgeführt.

Vor allem auf den nachfragestarken und dicht getakteten Linien sollen die Hybridbusse künftig eingesetzt werden. Die Vorteile der nachhaltigen Hybridtechnik kommen dort am besten zur Geltung. Nahezu geräuschlos und rein elektrisch ohne Dieselmotor können die neuen Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid den Altstadtkern passieren. Die wechselnden topografischen Gegebenheiten Münsters sowie die hohe Auslastung der Linien sind ideale Bedingungen, um von der fortschrittlichen Hybridtechnik zu profitieren.

Bei dem Citaro G BlueTec Hybrid handelt es sich um den bislang einzigen Hybridbus, der Streckenanteile rein elektrisch ohne Dieselmotor fahren kann und nahezu geräuschlos die Haltestelle bedient. Ohne das erwar-

tete Motorbrummen fährt er nach dem S topp auf der Linie über mehrere Haltestellen genauso weiter. Den Antrieb übernehmen vier elektrische Radnabenmotoren, die ihren Strom aus einer der weltweit größten Lithium-Ionen-Batterien im mobilen Einsatz beziehen. Dieser Strom wird über Bremsvorgänge gewonnen und kann bei Bedarf auch über einen Generator erzeugt werden, der durch einen für diese Fahrzeugklasse ver gleichsweise kleinen Dieselmotor angetrieben wird. Experten sprechen bei diesem Konzept von einem seriellen Hybridantrieb.

#### Dieselektrischer Hybrid

Dieses technologisch sehr anspruchsvolle dieselektrische Hybrid-Konzept ist im bewährten

Gelenkzug der weltweit erfolgreichsten Stadtbushfamilie Mercedes-Benz Citaro realisiert. Außerlich ist kein Unterschied zum herkömmlichen Dieselmotor zu sehen, sieht man vom höheren Dachaufbau für die Batterie ab. Der Unterschied kommt beim Fahren. Vier Elektromotoren prägen die Fahrcharakteristik des Citaro. Nahezu lautlos und sehr zügig beschleunigen sie den 18 Meter langen Omnibus. Da kein Getriebe Anwendung findet, spürt der Fahrer kein Rucken, wie das bei Schaltvorgängen der Fall ist. Die Radnabenmotoren bringen zusammen 320 kW Antriebsleistung, die im Bedarfsfall aus der Batterie und dem dieselmotorisch-betriebenen Generator bereitgestellt werden.

Diese Elektromotoren werden auch zum Bremsen verwendet. Sie wirken dann wie Generatoren und wandeln die Bremsenergie in elektrischen Strom für die Batterie um. Meldet die Batterie einen zusätzlichen Bedarf, springt automatisch der Dieselmotor an, um zusätzlich Energie zu erzeugen. Im Vergleich zu einem reinen Dieselmotor ist der Verbrennungsmotor insgesamt nur halb so groß, mit nur 450 kg statt 1000 kg Gewicht und 4,8 Liter statt 12 Liter Hubraum. Seine Leistung liegt mit 160 kW um circa ein Drittel niedriger. □

## Und was macht Ihr Winterdienstfahrzeug im Sommer?

Wirtschaftlicher Sommerdienst mit dem Mercedes-Benz Unimog.



Der professionelle Geräteträger Unimog U 300/U 400/U 500 ist mit seinen bis zu vier An- und Aufbauräumen auch im Sommer jeder Herausforderung gewachsen. Mit seiner durchdachten Sonderausstattung wie dem zuschaltbaren stufenlosen Fahrtrieb, der Wechsellenkung VarioPilot®, dem luftgefederten Drehsitz oder der Mähbürste ist er der sichere und vielseitige Profi für Ihre Arbeitseinsätze. Erfahren Sie mehr bei Ihrem Unimog Partner oder unter [www.mercedes-benz.de](http://www.mercedes-benz.de)



IAA NUTZFAHRZEUGE 2012  
Besuchen Sie uns vom 20. bis 27.09.2012  
in Hannover, Messegelände Halle 14/15.



Mercedes-Benz  
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: [verkauf.unimog@bassewitz.de](mailto:verkauf.unimog@bassewitz.de), Internet: [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)  
Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: [henne-unimog.hst@daimler.com](mailto:henne-unimog.hst@daimler.com), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)  
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)  
Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)  
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)  
KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)



Korrektur: In der GZ 15 wurde dieser Lindner Traktor irrtümlicherweise als Geotrac bezeichnet. Jedoch handelt es sich im Bild um den vielseitig einsetzbaren Lindner Unitrac. □

KULTURSOMMER Garmisch-Partenkirchen:

## Zehn Jahre Festspielzeit

Seit 2003 lebt der KULTURSOMMER die schönsten Schauplätze Garmisch-Partenkirchens mit spektakulären Inszenierungen, Konzerten, Kleinkunst und Ausstellungen. Auch im zehnten Jahr bleibt das Festival seinem erfolgreichen Grundkonzept treu und bietet packendes Volkstheater mit Einheimischen und Gästen für Einheimische und Gäste.

Im Mittelpunkt der vierwöchigen Jubiläumsspielzeit stehen unter dem Motto „ideal, genial & zauberhaft“ bis 23. September drei große Theaterinszenierungen in eigenen neuen Fassungen. Erster Höhepunkt des diesjährigen Festivals ist Johann Nestroys pointensprühende Komödie „Der Talisman“. Die Geschichte des rothaarigen Titus Feuerfuchs, der mit viel Witz gegen das vorherrschende Schönheitsideal kämpft, wird in bayerischer Fassung aufgeführt.

Große Dramatik verspricht die Freilichtinszenierung „Schlafes Bruder“ nach Robert Schneiders Roman-Welterfolg vor der wild-romantischen Bergkulisse am Herrgottschorfen. Zauberhaft wird es im phantasievoll gestalteten Michael-Ende-Kurpark für die ganze Familie. Anlässlich des 200-jährigen Erscheinens der Grimm'schen Märchen wird „Aschenputtel“ als Freilicht-Sationentheater aufgeführt. Gemeinsam mit den Darstellern wandern die großen und kleinen Zuschauer

zu den verschiedenen Schauplätzen im Michael-Ende-Kurpark.

### Jugendtheater

Neben diesen Aufführungen bietet der KULTURSOMMER noch das große Jugendtheaterprojekt „Peter Pan“ und mit „Gottes Mühlen“ eine Neuinszenierung des Partenkirchner Bauerntheaters. Dazu kommt ein facettenreiches Rahmenprogramm aus Kleinkunst, Musik und Ausstellungen für Jung und Alt.

An den „Bayerischen Dienstagen“ präsentieren beliebte bayerische Schauspieler literarische und kabarettistische Kabinettstücke. Die prominenten Bayern-Kenner und Bayerisch-Köner sind Michael Grimm & Peter Weiss, Conny Glogger & Winfried Frey, Ina Meling & Dieter Fischer und Stefan Zinner. Für Musikliebhaber bietet der KULTURSOMMER ein buntes Angebot vom Late Night Swing bis zum Werdenfels-er Almsingen.

In der Ausstellung „10 Jahre KULTURSOMMER“ können sich die Zuschauer anlässlich des Jubiläums auf eine Reise durch die Spielzeiten begeben. Weitere Sonderausstellungen sind im Werdenfels Museum und im Museum Aschenbrenner zu sehen.

### Qualität überzeugt

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil hatte in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident gemeinsam mit Garmisch-Partenkirchens Bürgermeister Thomas Schmid die Veranstaltungseröffnung eröffnet. „Toll, was hier auf die Beine gestellt wird“, lobte der Minister.

„Die Qualität, die hier gezeigt wird, überzeugt“, betonte Zeil. Um über Zuschüsse zu entscheiden, sei es ihm auch immer wichtig, die künstlerische Vielfalt in Bayern zu erleben. „Kunst ist unser Lebenselixier“, untermauerte der Politiker. „Das gehört zu unserem Land und zu unserer Tradition.“ Dafür gibt der Freistaat 630 Millionen Euro aus - ein kleiner Teil davon fließt in den KULTURSOMMER. Ob sich Schmid Wunsch, dass der Zuschuss „ein bisschen mehr wird“, erfüllt, konnte Zeil nicht zusagen. Nur soviel: „Wir wollen die Aktivitäten in Garmisch-Partenkirchen auch weiterhin unterstützen.“ DK

Landkreis Aschaffenburg:

## Einbürgerungsfeier im Landratsamt

Zum zweiten Mal hat das Landratsamt Aschaffenburg zu einer Einbürgerungsfeier eingeladen. Eingeladen waren diesmal 79 Menschen, die seit Jahresanfang im Landkreis eingebürgert wurden. „Die Einbürgerung ist nicht nur ein Gewinn für Sie und Ihre Familien, sondern auch für unser Gemeinwesen und daher ein Grund, die neue Staatsangehörigkeit auch gemeinsam zu feiern“, stellte der Landrat in seiner Begrüßungsansprache fest.

Vier neue deutsche Staatsbürger nahmen im Rahmen der Feierstunde ihre Einbürgerungsurkunden aus der Hand von Landrat Dr. Ulrich Reuter in Empfang: Lucia D'Ambrosio Ligorio und Madlin Bulut (beide Großostheim), Zinowia Schneider (Karlsruhe) und Antonio Pasquale Cristian Tramaglino (Haibach).

### Zeichen für gelungene Integration

„Jede Einbürgerung ist ein Zeichen für gelungene Integration in die Gesellschaft und diese Feier macht deutlich, dass wir diese Integrationsbereitschaft gerne stärken“, führte der Landrat in seiner Rede aus. Es gehöre Mut dazu, in einem fremden Land Fuß zu fassen, eine fremde

Sprache zu lernen und in einer fremden Gesellschaft mit den Menschen in Kontakt zu kommen – die Neubürger hatten die



Bei der Einbürgerungsfeier, v. l.: Landrat Dr. Ulrich Reuter, Lucia D'Ambrosio Ligorio, Antonio Pasquale Cristian Tramaglino, Zinowia Schneider und Madlin Bulut.

## Nach der Sprechstunde wird gebohrt

Würzburger Zahnärzte wollen benachteiligten Menschen mit kranken Zähnen helfen

Viele Menschen müssen zusehen, dass sie mit wenig Geld irgendwie über die Runden kommen. „Praxisgebühren und Zuzahlungen können sie sich nicht leisten“, sagt Dr. Herbert Michel. Der Würzburger Zahnarzt ist Vorstandsmitglied des Vereins „Hilfswerk Zahnmedizin Bayern“, das Menschen in prekären Situationen zahnärztliche Behandlungsmöglichkeiten eröffnen möchte. Gleichzeitig fungiert er als Motor einer neuen Anlaufstelle für solche Patienten in der Würzburger Wärmestube.

Die Zähne armer und wohnungsloser Menschen sind oft arg vernachlässigt, sagt Michel. Jahrzehntlang waren manche von ihnen nicht mehr beim Arzt. Viele Zähne haben Löcher, einige sind herausgebrochen. Das Zahnfleisch ist krank. Dank dem im Juni 2011 von Michel und Kollegen gegründeten Hilfswerk gibt es inzwischen in München einen Ort, wo sich Menschen ohne Krankenversicherung oder ohne Geld für die Praxisgebühr behandeln lassen können. „In Würzburg wollen wir zusammen mit der Christophorus-Gesellschaft eine Alternative zu München zum Laufen bringen“, sagt Michel, der mehrere Instrumente für die Münchner Praxis gespendet hat.

### Beratung

In entspannter Atmosphäre, so die Idee, sollen sich gesellschaftlich benachteiligte Menschen künftig im Behandlungszimmer der von der Christophorus-Gesellschaft getragenen Wärmestube zahnärztlich beraten lassen können. Behandelt wird zunächst

sorgung armer Menschen aufmerksam gemacht wird. Michel hofft auf eine breite Unterstützung der Idee „Zahnärztliche Beratung in der Wärmestube“ – auch in Form von Spenden: „Wir brauchen Geld, um mal einen Techniker, der eine Prothese anfertigt, oder Einwegspiegel mit montierter Lichtquelle bezahlen zu können.“

### Motivationsarbeit

Eine Vitrine mit historischen Büchern aus dem 18. Jahrhundert, beruhigende Bilder, eine Spielecke und gut aufbereitete Informationen sorgen im Wartezimmer von Herbert Michels Praxis dafür, dass sich die Patienten wohlfühlen. Während sie der Behandlung harren, können sie sich über das Thema „Mundhygiene“ eingehend informieren. Armen Menschen, die nie eine Zahnarztpraxis aufsuchen, fehlt es laut Michel nicht nur an konkreter Behandlung. Sondern auch an Information und Motivation. Niemand hielt und hält sie dazu an, sich täglich die Zähne zu putzen. Auch diese Motivationsarbeit will der Kreis um Michel künftig leisten.

Günther Purlein

### „Armut macht krank“

Herbert Michel befürwortet die Jahreskampagne „Armut macht krank“ der Caritas und unterstützt die Aktionen der ökumenischen Christophorus-Gesellschaft rund um diese Initiative: „Denn die Not ist wirklich groß.“ So wird es im Oktober von 9 bis 15 Uhr einen Infostand am S templetz geben, wo auch auf das Problem der mangelnden zahnärztlichen Ver-

sitiven Pendlersaldo. Der ist im Landkreis Donau-Ries in den vergangenen Jahren übrigens kontinuierlich gestiegen: Lag er 2005 noch bei 359 Arbeitnehmern, waren es 2008 bereits 1.273 und 2010 schon fast 2.500. Das ist nicht selbstverständlich für einen Landkreis mit überwiegend ländlicher Struktur. Ein Überschuss an Einpendlern ist typisch für kreisfreie Städte, Großstädte und Ballungsräume, in denen sich Unternehmen und Dienstleistungen konzentrieren und die daher viele Arbeitsplätze bieten.

### Solider Branchenmix

Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Landkreis ist von 2010 auf 2011 um fast 2.000 gestiegen. Konstant hoch ist auch der Anteil der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe mit fast 25.000 Beschäftigten. Dies und der solide

Branchenmix im Landkreis Donau-Ries sind sicher ein Grund für die seit Jahren sehr niedrige Arbeitslosenzahl in der Region. Angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung werden auch in Zukunft verstärkt Arbeitnehmer von außerhalb für die freien Arbeitsstellen im Landkreis gewonnen werden müssen.

Ziel des Landkreises ist es, dass sich wenigstens ein Teil dieser neuen Arbeitnehmer auch im Landkreis ansiedelt. Damit könnte zum einen dem prognostizierten demografischen Wandel entgegen gewirkt werden, zum anderen tragen weniger Pendlerbewegungen auch zu einer Reduzierung der Autos auf den Straßen bei. Um das zu erreichen, wurde unter anderem die landkreisweite Imagekampagne mit Online-Magazin, Plakataktion, Kino- und Radiowerbung gestartet, um die Stärken und Vorzüge des Landkreises bekannt zu machen. □



### Bezirkstagspräsident Dotzel auf Sommertour nach Nordheim und Volkach

Nordheim / Volkach. (mm) Dass die Winzer aus der Mainschleife bei Volkach hoch hinaus wollen, bewiesen sie bei der Sommertour mit dem Bezirk Unterfranken nicht nur durch die Wahl des Treffpunkts: die Panoramaplatzform in der Nähe von Nordheim. Hier, wo das Auge über schier endloses Grün langer Zeilen von Weinstöcken schweift, bis sich der Blick dann doch im wässrigen Blau des Horizonts verliert, präsentierten die „Insel-Wein-Macher“ ihren jüngsten Coup: einen 2011er auf der Maische vergorenen Weißwein. Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel gehörte somit zu den ersten, die diesen besonderen Tropfen aus der Main-Insel verkosten konnten.

Was sonst nur beim Roten üblich ist, soll nun auch bei Silvaner und Co. für Weine sorgen, die noch nach fünf oder zehn Jahren Spaß machen, wie Hermann Mengler, Weinfachberater beim Bezirk Unterfranken, anmerkt. Sein Plädoyer: „Neben den jungen Weinen brauchen wir lagerfähige, von ihrer Herkunft geprägte, regionale Weine! Solche Weine prägen das unverwechselbare Bild der Weinregionen!“ Mit jungen Weinen könne man als Winzer zwar sein Geld verdienen, „aber kein Renommee gewinnen“. Das Bild zeigt (von links) die fränkische Weinkönigin Melanie Dietrich, Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, Bezirksrätin Christine Bender, Weinbaupräsident Artur Steinmann und Manfred Rothe, den Sprecher der „Insel-Wein-Macher“ bei der Weißweinverkostung. (Bild: Mauritz)

## Donau-Ries ist attraktiver Standort für Arbeitnehmer

Donauwörth. Als einziger schwäbischer Landkreis hat der Landkreis Donau-Ries ein positives Pendlersaldo. Das heißt, es pendeln mehr Menschen in den Landkreis als ihn wegen ihres Arbeitsplatzes verlassen. Das heißt aber auch, dass es einen Überschuss an Arbeitsplätzen gibt – der Landkreis war und ist ein attraktiver Standort für die Wirtschaft und somit für auch Arbeitnehmer.

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezeichnet, deren Wohnort nicht mit dem Arbeitsort übereinstimmt. Je nach der Richtung wird nach Aus- und Einpendlern unterschieden. Beschäftigte, die vom Wohnort aus in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Vom Arbeitsort aus betrachtet handelt es sich dabei um Einpendler.

Ein Blick in die Zahlen des

Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung zeigt, dass zum 30. Juni 2011 im Landkreis 53.043 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gezählt wurden. Sie wurden von 38.609 Landkreisbürgern und 14.434 Arbeitnehmern aus anderen Landkreisen oder kreisfreien Städten besetzt. Das entspricht einer Einpendlerquote von 27,2 Prozent. Über 2.500 Männer und Frauen pendelten allein aus dem

Landkreis Dillingen, rund 1.600 aus dem Ostalbkreis zu ihren Arbeitsplätzen in der Region.

Doch zugleich hatten nicht alle Landkreisbewohner einen Arbeitsplatz im Landkreis, auch hier gibt es deutliche Pendlerbewegungen. Über 11.000 Arbeitnehmer verlassen täglich den Landkreis, um anderswo zu arbeiten. Das entspricht einer Quote von 22,6 Prozent. Die wichtigsten Ziele hier sind die Stadt Augsburg (1.786 Arbeitnehmer) und der Ostalbkreis mit 1.454 Arbeitnehmern.

Betrachtet man die Zahlen der Ein- und Auspendler, so er gibt sich ein Plus von 3.179 Pendlern. Daher spricht man von einem po-

sen Mut – hierzu gratulierte der Landrat.

### Gegenseitiges Verständnis

Auch die Bür gemeister bzw. ihre Stellvertreter waren zur Feier gekommen, um den Neubürgern ebenfalls zu signalisieren, dass sie sich über den erfolgreichen Abschluss des Einbürgerungsverfahrens freuen. Beim anschließenden Umtrunk konnten sie dann gleich mit ihren Gemeindebürgern ins Gespräch kommen. Auch dazu hatte der Landrat explizit eingeladen: „Lassen Sie uns miteinander ins Gespräch kommen – nur so kann gegenseitiges Verständnis wachsen!“ □

## BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenaack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2012

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Abschied von Lambert Huber:

## Ein Leben für die Politik

Trauer und Bestürzung in der kommunalen Familie herrscht über das plötzliche Ableben von Lambert Huber, Altbürgermeister und Ehrenbürger von Buch am Erlbach und langjähriger Landshuter Kreisrat. Der 85-jährige CSU-Politiker erwarb sich Zeit seines Lebens hervorragende überregionale Verdienste. Eine große Trauergemeinde nahm Abschied von einer beliebten und geschätzten Persönlichkeit, die ihre zahlreichen Ämter mit enormem Sachverstand und unermüdlichem Einsatz ausübte.

1927 in Westendorf geboren, besuchte Lambert Huber die Volksschule in Pfrombach und arbeitete bis zur Einberufung gegen Kriegsende auf dem elterlichen Hof. Er geriet dreieinhalb Jahre in jugoslawische Kriegsgefangenschaft. Als er aus dem Krieg zurückkam, besuchte er die Landwirtschaftliche Fachschule und übernahm den elterlichen Hof.

Seine politische Karriere begann im Jahre 1958 als Mitglied im CSU-Kreisvorstand. 1960 wurde Huber Gemeinderat der Gemeinde Garmzell, wo er 1970 und 1971 auch als Bürgermeister fungierte, ehe er nach der Gemeindegemeinschaftung von Buch und Garmzell zum Rathauschef in Buch am Erlbach gewählt wurde. Dieses Amt hatte der Verstorbene 25 Jahre - bis 1996 - inne.

Zugleich wirkte Lambert Huber von 1968 bis 2002 als Kreisrat und war 30 Jahre im Kreisausschuss. Von 1978 bis 1996 war er stellvertretender Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetages.

Darüber hinaus setzte der Träger der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze und des Bundesverdienstkreuzes am Bande wertvolle Akzente als langjähri-

ges Mitglied im Landesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU, als Mitglied im Landesvorstand des Umweltschutzes der CSU, Kassenprüfer im Landesvorstand



Lambert Huber. □

der CSU sowie als Referent und Seminarleiter bei der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung.

In einer bewegenden Trauerfeier würdigten Politiker und Freunde die Lebensleistung des beliebten Politikers. Bürgermeister Franz Göbl zufolge fielen in Lambert Hubers Amtszeit als Bucher Gemeindeoberhaupt unter anderem die Aufstellung und

Gestaltung von 21 Bebauungsplänen nach dem Bucher Baulandmodell. Unter seiner Ägide wurden zahlreiche Natur- und Biotopschutzmaßnahmen, Pflanzaktionen und Dorfverschönerungsmaßnahmen durchgeführt.

### Goldmedaille bei Dorfwettbewerb

Überwiegend in Hubers Amtszeit als Bürgermeister holte Buch auch große Erfolge beim Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“. So erhielt Buch unter anderem 1989 die Goldmedaille auf Landesebene und sogar die Bronzemedaille im Bundesentscheid. Als besondere Ehre war der Verstorbenen zudem in die Landesbewertungskommission von „Unser Dorf soll schöner werden“ berufen worden. Er gehörte dieser Kommission als Vertreter der bayerischen Gemeinden von 1980 bis 1996 an. Franz Göbl: „Die Gemeinde hat Lambert Huber viel zu verdanken. Sein Name ist und bleibt mit Buch verbunden.“

Neben MdEP Manfred Weber und weiteren Weggefährten erinnerte auch Landrat Josef Eppeneder an Hubers herausragende politische Leistungen: „Mit dem Tod von Lambert Huber ist der Landkreis und genauso die Gemeinde Buch um eine bedeutende Persönlichkeit ärmer geworden. Eine Persönlichkeit, welche die Geschichte der Gemeinde und einer ganzen Heimatregion geprägt hat.“ DK



Kommunalpolitische Vereinigung der CSU im Nürnberger Land:

## Kommunalwahl 2014 im Blick

Nürnberger Land / Letten – Bei der turnusgemäßen Jahreshauptversammlung der kommunalpolitischen Vereinigung der CSU informierten sich die Mitglieder nach dem Jahresbericht der Kreisvorsitzenden Cornelia Trinkl auch über den Zeitplan zur Kommunalwahl 2014.

Die kommunalpolitische Vereinigung (KPV) ist das Netzwerk der CSU für alle Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte sowie Bürgermeister im Landkreis. Kurz vor der politischen Sommerpause fand die turnusgemäße Jahreshauptversammlung in diesem Jahr in Lauf-Letten statt. Der Fraktionsvorsitzende der CSU im Laufer Stadtrat, Christian Mayer, freute sich über den Besuch der KPV in Lauf und stellte diese sowie aktuelle kommunalpolitische Themen vor. Weitere Gruß- und Dankesworte folgten von MdB Marlene Mortler und CSU-Kreisvorsitzendem Norbert Dünkel.

### Durchführung vieler Seminare und Sitzungen

Anschließend trug KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl ihren Jahresbericht vor. „Auch im letzten Jahr haben wir wieder viele Veranstaltungen wie Seminare, Fachgespräche und Sitzungen durchgeführt“, so die Stadt- und Kreisrätin in ihrem Tätigkeitsbericht.

### Tourismuskonzept

So fanden nicht nur zahlreiche Vorstandssitzungen statt, sondern auch viele andere Veranstal-

tungen, wie eine Neuauflage der bewährten Reihe „Stadt und Land – Hand in Hand“ mit der CSU-Stadtratsfraktion Nürnberg, eine Betriebsbesichtigung der Firma Diehl Metall in

Röthenbach, die Weihnachtsklausur in Schwaig und die Betriebsbesichtigung im Backhaus Fuchs in Altdorf statt. Weitere große Veranstaltungen der KPV waren die Vorstellung des Tourismuskonzepts des Landkreises durch die Regionalmanagerin im Landratsamt Christina Reinhardt und der in Zusammenarbeit mit er Jungen Union organisierte

## Chiemsee-Abenteuer für Heimkinder

**Kajakfahren, Windsurfen, Fußballspielen und nach Herzenslust schnabulieren: Einen ereignisreichen Nachmittag zu Lande, zu Wasser und mittels Wind erlebten jetzt 17 junge Ausflügler aus dem Rosenheimer Kinderheim „Schöne Aussicht“.**

Von wasserscheu keine Spur. Die Kinder und Jugendlichen aus der stationären, sozialpädagogischen Jugendhilfeeinrichtung rissen ihren drei Betreuerinnen sowie den Helfern der Klepper AG die Paddel fast aus den Händen. Die Rosenheimer Faltbootmanufaktur hatte zu dem Nachmittag am Feldener Chiemsee-Ufer eingeladen. Wo sonst Kajak-T estnachmittage stattfinden, durften die wagemutigen Wasserratten – nach ausführlicher Einweisung – das Bayerische Meer erkunden.

### Spaß trotz Regens

Zur Herreninsel und zurück kämpfte sich die unermüdliche Faltboot-Flotte, und ließ sich

auch nicht von einem heftigen Regenguss einschüchtern. „Die Truppe ist gemeinsam über sich hinausgewachsen“, zeigte sich Heimleiterin Wilhelmine Hansen stolz.

### Wettsegeln und Balanceübungen

Während die Älteren die Fluten durchkämmt, lieferten sich die Jüngeren ein umkämpftes Fußballspiel. Gemeinsam ging es dann hinüber zur Surfschule Kaufmann. Unter der lässigen Anleitung von Surflehrer Sebastian schlossen Schwimmer und Nichtschwimmer Bekanntschaft mit der Welt des Windsurfings. Unter tosendem Gelächter absol-

## Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wow, was muss ich da lesen? Ein nationaler Fahrradplan wurde vorgestellt. Das Fahrradfahren bekommt endlich auch eine bundesweite Agenda, die wir immer mal wieder herausziehen, Zwischenbilanzen vorlegen und folgenlos abhaken können.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las nach seinem Urlaub schlecht gelaunt dem Sommerüberblickspresspiegel.



Die größte Schwierigkeit auf dem Weg dahin, Fahrradfahren zu einem normalen Fortbewegungsmittel zu machen, ist aber der kleine Anarchist, der uns befällt, wenn wir Fahrrad fahren. Ich meine damit natürlich weder unsere disziplinierten Schüler, die das richtige Radeln ja schon nachhaltig in der Grundschule vermittelt bekommen, und ebenso wenig die ernsthaften Radler, die meinen, sie retten die Umwelt, wenn Sie im peitschenden Regen mit dem Rad zum Bioladen fahren. Nein, ich meine uns Gelegenheitsradler, die ansonsten Auto fahren. Hand aufs Herz: Das ist doch die Gelegenheit, mal all das machen zu können, was einem als Autofahrer an Radfahren aufregt: Bei Rot über die Kreuzung, fahren gegen die Fahrtrichtung und mitten auf der Straße, obwohl der tip-top-geteerte 500.000-Euro-Radweg an der Straße entlangläuft.

## Gelegenheitsradler und Zweiradrambos

sich zum Malen in die Welt der finnischen Seen zurückgezogen.

Aber so oder so: Radfahren ist für den Chef keine unbekanntes Fortbewegungsmittel und ganz grundsätzlich kann man mit ihm alles diskutieren, was es so rund ums Radeln zu organisieren gibt. Aber da sind wir ja schon bei einer Schwierigkeit: Was will „der“ Radler? Es gibt doch ganz unterschiedliche Radfahrertypen. Da sind die einen, die sich für 40 Euro bei der Auktion im Fundbüro einen Drahtesel für die tägliche Fahrt zum Bahnhof besorgen, da sind die gemütlichen Gelegenheitsradler, die auf dem Hollandrad ihre Freizeit genießen, da sind die überzeugten Enthusiasten, die Sommers wie Winters, bei Sonne und Regen, ihr Fahrrad für alle Wege und Besorgungen nutzen, Kinder und schwere Lasten in Anhänger transportierend, sowie schließlich die Sportsprinter, Mountainbiker und Funradler, die auf Rädern daherkommen, die gut einen deutschen Durchschnittslohn kosten (obwohl sie manchmal gar keinen Sattel mehr haben!) und die sich mit spezieller Kleidung kostümieren, die ihren ausgezehnten Körper passgenau nachmodelliert, mit Spezialbindungsschuhen, Fahrradhandschuhen und Helm-Brillenkombinationen, die dem Fahrwind das letzte bisschen Restwiderstand austreiben.

Das Gefühl der Anonymität wegen des fehlenden Kennzeichens, die vermeintliche Möglichkeit zu entkommen, wenn es brenzlig wird, all das lässt uns sinnvolle Regeln übertreten, die wir als Autofahrer und selbst als Fußgänger zu akzeptieren bereit sind. Helm aufsetzen? Nie! Ruiniert die Frisur und passt zu nix im Schrank, außer den Radlerklamotten für Sonntag.

Zwar kommen auch wir im Städtchen dem tiefsitzenden Gefühl, im Fahrradsattel die Freiheit genießen zu wollen dadurch entgegen, dass wir Einbahnstraßen gegen die Fahrtrichtung für Radfahrer öffnen. Aber bevor nicht auch die Gelegenheitsradler (sei es als Autofahrer oder Radler) das Fahrrad als organisches und sinnvollen Teil des Verkehrsgeschehens akzeptieren, bleibt alles trotz nationalen Plänen schwierig.

Mein Chef, der Bürgermeister, schwärmt ja von der Radfahrkultur in Ländern wie Dänemark oder den Niederlanden. Aber sogar im Land der unbegrenzten Ressourcenvergeudung hat das Fahrradfahren einen guten Klang, wie das Zitat des Amerikaners Bill Strickland zeigt: „Das Fahrrad ist die effizienteste Maschine, die je entwickelt wurde: Rechnet man Kalorien in Kraftstoff um, fährt ein Fahrrad dreitausend Meilen mit einer Gallone.“

the  
Sabrina

und sehr gut besuchte Bildungsempfang mit dem Staatssekretär im Kultusministerium, MdL Bernd Sibler. Auch für den Herbst seien schon einige Veranstaltungen und Fachgespräche geplant. Zum Schluss ihres Berichtes bedankte sich die Kreisvorsitzende bei der Kreisvorstandsschäft, den Mandatsträgern und den Mitarbeitern der CSU-Kreisgeschäftsstelle für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Werner Bumered, Mitarbeiter bei der CSU und selbst Gemeinderat, referierte noch über den Zeitplan zu den Kommunalwahlen 2014. □



Bamberg würdigt Alt-Oberbürgermeister Paul Röhner

Mit einem Empfang hat die Stadt Bamberg Alt-Oberbürgermeister Paul Röhner an seinem 85. Geburtstag geehrt. Im Renaissancesaal von Schloss Geyerswörth würdigte Oberbürgermeister Andreas Starke die Leistungen des Ehrenbürgers, die „entscheidende, nachhaltige und erfolgreiche Spuren hinterlassen“ haben. Zuvor hatte eine Abordnung des Jugendspielmannszugs St. Otto während der Gratulationsfeier ehemaliger enger Mitarbeiter, Weggefährten aus dem öffentlichen Leben und Repräsentanten der Stadt einige Geburtstagsständchen zu Ehren des Jubilars zum Besten gegeben.

Als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Bamberg von 1965 bis 1982 und als Oberbürgermeister von 1982 bis 1994 habe Paul Röhner „Bamberg und der Region wie kein anderer tatkräftig gedient“, betonte OB Starke. Als wichtige Entwicklungen und Ergebnisse nannte er den Bau der Konzert- und Kongresshalle, die Inbetriebnahme des neuen Klinikums am Bruderwald, die Generalsanierung von St. Getreu (jetzt Klinikum am Michelsberg) oder den Bau der Fachschulen für Krankenpflege. „Auch unsere Otto-Friedrich-Universität hat durch den Ausbau und die Schaffung eines zweiten Standortes in der Innenstadt während der Ära Röhners einen gewaltigen Entwicklungssprung gemacht, von dem wir noch heute profitieren“, so Starke.

Im Namen seines Vaters und seiner Geschwister dankte Stephan Röhner der Stadt für die Würdigung und den Empfang: „Als Familie freuen wir uns sehr über die Anerkennung, die unserem Vater auch nach so langer Zeit noch zuteil wird.“ Zu den vielen Gratulanten gehörten auch der Leiter der Stadtgärtnerei Michael Niedermaier und Gundi Wolf, die dem Jubilar im Namen der Bamberger Gärtner für seine Unterstützung dankten und ihm einen Korb Biogemüse überreichten. □

1. Teilhabekonferenz in Rosenheim:

# Inklusion soll Realität werden

Stadt und Landkreis Rosenheim wollen daran arbeiten, Barrieren für Menschen mit Behinderung abzubauen und Möglichkeiten zu schaffen, dass Behinderte ihr Leben so gestalten können, wie sie es möchten. Das Zauberwort heißt Inklusion. Das Recht auf Teilhabe von Menschen mit Behinderung bezieht sich auf sämtliche Lebensbereiche und basiert auf der UN-Behindertenrechts-Konvention von 2008. Die Stadt Rosenheim startete mit der ersten Teilhabekonferenz nunmehr einen einjährigen Planungsprozess.

Im nächsten Schritt geht es in den Arbeitsgruppen um ganz konkrete Vorschläge für die weitere Entwicklung in der Stadt, betonte Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer in ihrem Grußwort. Mit der Projektbegleitung und Moderation sei das BASIS-Institut für soziale Planung, Beratung und Gestaltung aus Bamberg beauftragt worden, das bereits für die Landkreise Rosenheim und Mühldorf tätig ist. Dieses werde unter anderem Experteninterviews und eine repräsentative Befragung von Menschen mit Behinderung und Angehörigen durchführen und mehrere thematische Arbeitsgruppen moderieren.

mehr zur Normalität wird. Sehr wichtig sei hierbei auch die überregionale Abstimmung mit dem Bezirk Oberbayern und weiteren Leistungsträgern der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung.

### Eingliederungshilfen

Wie Institutsleiter Michael John vor über 100 Tagungsteilnehmern berichtete, leben in der Stadt Rosenheim mit rund 61.000 Einwohnern rund 5.500 Menschen mit Behinderung, für die 16,5 Millionen Euro im Budget eingestellt sind. Im Landkreis mit rund 250.000 Einwohnern haben etwa 18.000 Menschen eine Behinderung. Für Stadt und Landkreis Rosenheim stellt der Bezirk Oberbayern etwa 56 Millionen Euro Eingliederungshilfen zur Verfügung.

### Ideen zeitnah realisieren

Bauer zufolge spricht die Teilhabepflicht alle Lebensbereiche und Themen der Menschen mit Behinderung an, so z. B. Kindertagesstätten, Schule, Arbeit, Freizeitgestaltung, Mobilität, Wohnen, politische Mitgestaltung und vieles mehr. Die Stadt Rosenheim habe die große Hoffnung, dass viele gute Ideen zeitnah realisiert werden und so Inklusion in der Stadt „S tück für S tück“ immer

Weiterentwicklung von Konzepten der Sozial- und Infrastrukturplanung sowie die Modernisierung der Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderung zu hinterfragen.

### Zentrale Themen

Zunächst wurden zentrale Themen gesammelt. Die rund 20 angesprochenen Themenkreise wurden auf sechs übergeordnete Komplexe konzentriert und in verschiedenen Arbeitsgruppen erörtert. Wichtigste Themen waren die Inklusion in der Schule, Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Ferien-, Freizeit- und

### Fränkischer Sommer:

## Richard Bartsch dankt Intendanten

Ansbach - Zum Abschluss des „Fränkischen Sommers - Musica Franconia 2012“ hat Bezirksstagspräsident Richard Bartsch im Namen des Bezirks Mittelfranken dem scheidenden Intendanten Wolfgang Riedelbauch für seine langjährige verdienstvolle Tätigkeit als künstlerischer Leiter dieses mittelfränkischen Musikfestivals gedankt.

Seit vielen Jahren hat Wolfgang Riedelbauch durch seine „musikalische Denkmalpflege“ den Denkmalbegriff erweitert. Er erforschte und entdeckte regionale Komponisten und Musiker wieder und führte deren Werke an historisch passenden Orten auf, zuerst bei den Festtagen Alter Musik „Musica Franconia“ in Nürnberg. Dafür wie auch für sein Engagement beim Dehnberger Hoftheater wurde Wolfgang Riedelbauch vom Bezirk Mittelfranken 1999 mit dem Wolfra von-Eschenbach-Kulturpreis ausgezeichnet. Im gleichen Jahr betraute ihn der mittelfränkische Bezirkstag mit der Leitung des Festivals „Fränkischer Sommer“,

Sportangebote für Menschen mit Behinderung sowie Begegnungsmöglichkeiten für Behinderte und Nichtbehinderte sowie die Entlastung für Angehörige von Menschen mit Behinderung. Die ausführliche Stoffsammlung bildet die Grundlage für den weiteren Planungsprozess, speziell für die Steuerungsgruppe, die daraus und mit Hilfe von repräsentativen Interviews den Entwurf für einen Teilhabepflicht erstellt. Stete Interaktionen zwischen Arbeitsgruppen und S teuerungsgruppe, die für den geordneten Prozessablauf verantwortlich ist, sind vor gesehen.

Anfang Oktober ist eine zweite Teilhabekonferenz geplant, in der dann der Planentwurf vorgestellt und diskutiert werden soll. Danach wird er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt. DK

das von Riedelbauch zu einer überregional erfolgreichen Veranstaltungsreihe gemacht wurde.

### Erfolgreiche Positionierung

Mit seinem Konzept der Alten Musik an historischen Orten brachte Riedelbauch Spielorte und Musik zusammen, entdeckte manch verborgenen Kulturschatz und positionierte erfolgreich den „Fränkischen Sommer“ im süddeutschen Festivalgeschehen. Wolfgang Riedelbauch sei, so Bartsch, ein Künstler mit hohem Engagement und vielen Ideen, der für die Region Herausragendes geleistet habe. Dafür gebühre ihm Dank und Anerkennung. □

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Sparkassentag 2012 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

### Landkreis Günzburg:

## Startschuss für integriertes Klimaschutzkonzept

Der Landkreis Günzburg erhält 65 Prozent Förderung aus dem Energie- und Klimafonds der Bundesregierung für die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzepts. Das Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!) wurde mit der Erstellung des Konzepts beauftragt. Landrat Hubert Hafner bat den eza!-Bereichsleiter für Klimaschutz, Dr. Hans-Jörg Barth, und maßgebliche Mitarbeiter des Landratsamts, kurzfristig das Klimaschutzkonzept voranzubringen. Dabei wurden die ersten Schritte terminiert.

Erste Sondierungsgespräche mit zentralen Personen und der Versand von Fragebögen, laufen bereits. Eine Auftaktsitzung für die Mitglieder des Energieteams und des Beirats ist für September geplant. Zur Einbindung aller weiteren wichtigen Akteure und der Öffentlichkeit wird eine Energiewerkstatt mit Workshops im November stattfinden.

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche des täglichen Lebens berührt und von jedem Einzelnen gelebt werden muss, um eine generationsgerechte, zukunftsorientierte und lebenswerte Region entwickeln zu können, so Landrat Hubert Hafner. Klimaschutz und somit die Bekämpfung des Klimawandels sei eine der wichtigsten Aufgaben un-

serer Zeit. Der Landkreis Günzburg nimmt diese Aufgabe sehr ernst und hat sich daher entschieden, mit der Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzepts einen wichtigen Schritt zu tun, betont der Landrat. Integriert bedeutet, dass alle Maßnahmen der Kommunen und des Kreises zum Klimaschutz aufeinander abgestimmt sind und Kreis und Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe Hand in Hand arbeiten.

Dabei ist es erforderlich, dass neben dem Landkreis und den Kommunen auch Privatleute und Unternehmen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Landrat Hubert Hafner: „Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ganz herzlich ein, sich am Prozess zu beteiligen.“ □

### Grundwasseraufbereitung in Schonungen

In Schonungen bei Schweinfurt, dem größten Altlastengebiet Bayerns, ist eine Grundwasser-Aufbereitungsanlage in Betrieb genommen worden. Pro Stunde kann die Anlage 20 Kubikmeter Grundwasser reinigen. Das gereinigte Wasser fließt danach in die Steinach. Die Anlage soll bis 2015 an mehreren Stellen arbeiten, parallel dazu wird verseuchte Erde ausgehoben. Insgesamt müssen von 47 Grundstücken 110.000 Tonnen mit Arsen, Blei oder Cadmium verseuchter Erde entsorgt werden. Bis 1930 stand auf dem Grund eine Farbenfabrik. DK

**Vorschau auf GZ 18**  
 In unserer Ausgabe Nr. 18, die am September 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Abfallbehälter

BECK GmbH & Co. KG  
 71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00  
 www.stadtmobel.de

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
 auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
 Briefmarkenauktionshaus Schulz  
 Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg  
 Telefon: 0911 / 2 40 68 70

### Bänke

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG  
 71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111  
 www.stadtmobel.de

### Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Kommunale Energieberatung

**KlimaKom** **Green City Energy**  
 Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert  
 Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!  
 Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de  
 Peter.Keller@greencity-energy.de

### Parkbänke

**Zinder**  
**PARKBÄNKE**  
 Zum Moos 1a  
 87772 Pfaffenhausen  
 Telefon 08265/7332695  
 parkbank@max-zinder.de  
 www.max-zinder.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)

### Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

**ORTMAIER DRUCK GmbH**  
 Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669  
 service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

**FLYERPARA.de**  
 Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hallo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (027 73) 82218  
 Telefon: (027 73) 82256 · www.hallo-professional.de

### Inserieren bringt Erfolg!

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Sportgeräte

**BENZ SPORT**  
 ORIGINAL  
 Tel. 07195 / 69 95 - 0 | Fax 07195 / 69 95 - 77 | info@benz-sport.de

### Urkunden, Diplome, Zertifikate

**Urkunden Atelier.eu**  
 Wertschätzung & Anerkennung  
 Urkunden für jeden Anlass  
 und Urkundenzubehör  
[www.urkunden-atelier.at](http://www.urkunden-atelier.at)

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (0 81 71) 93 07-13**

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
 ☎ 05326 / 502-0  
 Wartehallen  
 38685 Langelsheim · www.langer-georg.de  
 Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

**LRS** **Franz Sedlmeier**  
 Inhaber  
 Lüftungs-Reinigungs-Service  
 Wolfratshäuser Straße 9a  
 82049 Pullach im Isartal  
 Telefon: (089) 74 44 24 98  
 Fax: (089) 74 44 24 99  
 E-Mail: info@lr-service.de  
 Internet: www.lr-service.de

**DALW**  
 DACHENAUER LÜFTUNGSTECHNIK

### Weihnachtsbeleuchtung

**deko-jochum**  
 weihnachtsbeleuchtung  
 beratung · planung · vertrieb  
 grünware · lichtschlauch · led  
 gerasmühler str. 23  
 90547 stein  
 telefon: 0911/69 39 65  
 telefax: 0911/69 59 63  
 deko-jochum@t-online.de  
 www.deko-jochum.de  
 Vertriebspartner für: **leds**  
**Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!**



Podiumsdiskussion zum Thema Energiewende. Die Teilnehmer waren Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG, Dr. Uwe Brandl, 1. Bürgermeister von Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Ulrich Netzer, Oberbürgermeister von Kempten und Vorstandsmitglied Bayerischer Städtetag, Dr. Jakob Kreidl, Landrat in Miesbach und Präsident des Bayerischen Landkreistags, Bernd Würstl, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hochfranken, Matthias Kurth, ehemaliger Präsident der Bundesnetzagentur und Moderator Andreas Franik (vgl. Bericht auf Seite 12). ■

BAYERISCHER SPARKASSENTAG 2012 IN AMBERG:

## STARK IN DER REGION. NAH AM MENSCHEN

Für die Zukunft des Euro hat der Präsident des Sparkassenverbands Bayern Theo Zellner die richtigen Weichenstellungen angemahnt. Beim Bayerischen Sparkassentag in Amberg wandte er sich klar gegen aktuelle Überlegungen einer Bankenunion oder eines gemeinsamen europäischen Einlagensicherungssystems zum jetzigen Zeitpunkt.

Wie Zellner vor mehr als 600 Gästen hervorhob, „ist es für mich nicht hinnehmbar, dass künftig die Gelder unserer Sparer zur Rettung ausländischer Großbanken herangezogen werden sollen“. Ebenso wenig sei es akzeptabel, das Schutzniveau der deutschen Sparkassenkunden über eine europäische Standardisierung zu mindern. „Mit solchen Maßnahmen würden genau diejenigen getroffen, die in der seit 2008 andauernden Finanzkrise stets als Stabilitätsanker gewirkt haben.“

Mit dem Kauf der LBS Bayerische Landesbausparkasse und der Kapitalerhöhung bei der BayernLB übernehmen die bayerischen Sparkassen Zellner zufolge Verantwortung für Bayerns Zukunft und schaffen zugleich die Voraussetzungen dafür, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in allen Teilen Bayerns in gewohnt umfangreicher Form zu begleiten. Damit sei auch das drohende EU-Beihilfeverfahren aus Sicht der Sparkassen vom Tisch. Darüber hinaus begrüßte der Sparkassenpräsident die aktuellen

Entwicklungen, zumindest auf Ebene des federführenden Ausschusses des EU-Parlaments, zur Überführung der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften (Basel III) in europäisches Recht. Durch intensive Verhandlungen hätte man erreicht, dass eine Benachteiligung von Mittelstandskrediten im Basler Regelwerk ausgeschlossen werden soll.

### UNTERSCHIEDLICHE GESCHÄFTSMODELLE

Die vorgesehenen Regelungen berücksichtigten nun auch in angemessener Form die unterschiedlichen Geschäftsmodelle und Organisationsformen von Kreditinstituten in Europa. Er, Zellner, hoffe deshalb nun, dass diese Regelungen nicht durch die Entwicklung technischer Standards wieder verwässert werden.

Vor allem hofften die Sparkassen darauf, dass in den anstehenden Trilog-Verhandlungen zwischen Europa-Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission ein Konsens gefunden und zügig verabschiedet wird. Damit könne die nötige Rechtssicherheit geschaffen werden.

### VERLÄSSLICHE SCHICKSALS-GEMEINSCHAFT

Nach den Worten des Präsidenten ist es oberstes Ziel der bayerischen Sparkassen, die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in allen Regionen des Freistaats kreditwirtschaftlich zu begleiten und dementsprechend zu fördern. Dabei komme den Sparkassen mit ihren hohen Kundeneinlagen bei der Kreditfinanzierung ihre Unabhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten zugute. Gerade dies mache sie in Krisenzeiten zu absolut verlässlichen Partnern der Bürger, der Kommunen und der mittelständischen Wirtschaft.

Die Sparkassen und ihr klar umrissenes Geschäftsgebiet mit ihrer jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bildeten eine unverbrüchliche Schicksalsgemeinschaft, machte Zellner deutlich. Das Regionalprinzip lenke die unternehmerische Energie und Kreativität der Sparkassen auf das jeweilige Geschäftsgebiet. Sparkassen hätten damit ein Geschäftsmodell, das nicht nur ideal auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnitten sei, sondern sich darüber hinaus auch als äußerst krisenfest erwiesen habe.

Wichtige Aufgaben sieht Zellner künftig in der kreditwirtschaftlichen Flankierung der Energiewende und der Initiative „Aufbruch Bayern“. Dabei gehe es unter anderem um höhere Investitionen in die Infrastruktur, in die Modernisierung des Bildungssystems, in Straßen, Schienen und schnelles Internet. Da dies alles häufig in kommunaler Verantwortung geschehe, hätten die Sparkassen hier eine besondere Verpflichtung, an dieser Entwicklung durch maßgeschneiderte Produkte mitzuwirken. Diese reichten von unterschiedlichen Finanzierungsmodellen über Konsortialkredite, Kommunalkredite bis zu neuen Konzepten der Bürgerbeteiligung an dezentralen Versorgungsunternehmen.



**Kinder des „Caritas Kindergarten Marienheim“ bedankten sich beim Sparkassentag für die Spenden der Sparkasse Amberg und des Sparkassenverbands Bayern an den Förderverein der Klinik für Kinder & Jugendliche am Klinikum Amberg (FLIKA), der Familien erkrankter Kinder dabei hilft, die Zeit ‚rund ums Krankenhaus‘ zu bewältigen. ■**

Bayerns Finanzminister Markus Söder lobte die Sparkassen für ihr Engagement. „Es war klug, eine bayerische Lösung zu finden“, sagte Söder mit Blick auf die Abwendung des Beihilfeverfahrens für die BayernLB. Nun könnten sich die Sparkassen wieder auf ihr Geschäft vor Ort konzentrieren. Söders Credo zur Euro- und Finanzkrise: Obwohl Deutschland Profiteur des Euro sei, könne die EU nicht zur Transfer-Union werden. „Mit Euro-Bonds werden wir der Schuldner für die Schulden anderer Länder.“ Die Finanzmärkte erwarteten Reformen in jenen Ländern, die ihre Zinsschulden nicht mehr bezahlen könnten.

### „KLARE KANTE“ BEIM FISKALPAKT

Auch die Agenda 2010 habe für die deutschen Bürger harte Zumutungen gebracht. Söder forderte eine „klare Kante“ beim Fiskalpaket. Die Euro-Zone sei auf Dauer nur erfolgreich, wenn sie auf stabilen Säulen stehe. Seit 200 Jahren sind die Sparkassen dem Wohl der Region verpflichtet. So sind die Sparkassen als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute in besonderem Maße aufgerufen, auch bei der Energiewende mitzuwirken. Seine Gedanken zu diesem Thema formulierte der ehemalige Präsident der Bundesnetzagentur Matthias Kurth.

Kurth plädierte für den Netzausbau, damit die erneuerbaren Energien integriert werden können. Vor allem müsse der Leitungsbau bundesweit verbindlich geregelt werden, damit auch auf Landesebene nicht immer wieder in Frage gestellt wird, ob einzelne Leitungen aus energiewirtschaftlicher Sicht überhaupt notwendig sind. Nach Kurths Auf-

fassung werden zu viele energiepolitische Grundsatzdebatten auf lokaler Ebene geführt, wo sie einfach nicht hingehören.

„Eine kommunale Energiepolitik mit dem Netz ist nicht machbar“, stellte Kurth klar und warnte vor dem Rückfall in die Kleinstaaterei. Wo möglich, seien dezentrale Strukturen zu begrüßen „und wo es nicht geht, sollten wir uns auch keinen Illusionen hingeben“. Das Netz sei nun einmal neutral.

### DROHENDER STROMENGPASS

Angesichts eines drohenden Stromengpasses mahnte Kurth ein schnelleres Handeln der Politik an. Die eigentliche Bewährungsprobe werde erst in den nächsten Jahren kommen, wenn auch die derzeit noch betriebenen Kernkraftwerke vom Netz gehen. Insbesondere im Süden Deutschlands werde dann Ersatz benötigt, das könnten zum Beispiel auch moderne Gaskraftwerke sein. Da es sechs bis sieben Jahre dauere, bis neue Anlagen in Betrieb gehen, müssten klare Planungs- und Rahmenbedingungen auch für Neuinvestitionen gesetzt werden.

Eine Podiumsdiskussion zum Thema Energiewende mit den Teilnehmern Thomas Barth (Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG), Dr. Uwe Brandl (1. Bürgermeister Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags), Dr. Ulrich Netzer (Oberbürgermeister Kempten und Vorstandsmitglied Bayerischer Städtetag), Dr. Jakob Kreidl (Landrat Miesbach und Präsident des Bayerischen Landkreistags) und Bernd Würstl (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hochfranken) rundete den Bayerischen Sparkassentag 2012 in Amberg ab. ■

THEO ZELLNER:

# Vertrauen in den Finanzpartner Sparkasse

Den bayerischen Sparkassen geht es gut, machte der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Theo Zellner, deutlich. Sie seien damit nicht nur „gut für Bayerns Regionen“, sondern auch ihr Engagement zahle sich aus. Für 2011 haben die 72 bayerischen Sparkassen wieder einen soliden und stabilen betriebswirtschaftlichen Erfolg ausweisen können und die Prognosen für 2012 sind ebenfalls günstig

Zellner: „Insgesamt sehen wir eine stabile Entwicklung und sind zuversichtlich, dass wir am Ende des Jahres wieder eine gute Bilanz vorlegen können.“ Das Kreditneugeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen stieg in den ersten Monaten des Jahres 2012 bereits um 3,6 Prozent, bei den privaten Wohnungsbaufinanzierungen können die Sparkassen das beste Neugeschäft der vergangenen fünf Jahre feststellen. Zellner zufolge „haben die privaten Kunden Vertrauen in die Zukunft und investieren“. Sie bauten dabei auf den Finanzpartner „Sparkasse“ vor Ort. „Dieser betriebswirtschaftliche Erfolg stärkt die Basis der Sparkassen und er macht sie beweglich, leistungsfähig und einsatzbereit. Das ist gut für Bayern. Das ist gut für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft und für die gesamte Bevölkerung. Man kann sagen, dass die internationale Finanzkrise das Kerngeschäft der regional ausgerichteten Sparkassen nicht beeinträchtigt hat und dass noch mehr Vertrauen in die Sicherheit der Sparkassen festzustellen ist.“

## ERFOLGREICHES GESCHÄFTSMODELL

Kein anderer Finanzdienstleister genießt nach Zellners Angaben heute so viel Vertrauen wie die Sparkassen. Das erfolgreiche Geschäftsmodell der Sparkassen und ihrer Verbundpartner sei auch erst kürzlich wieder durch die Ratingagenturen Moody's, Fitch Ratings und DBRS bestätigt worden. Sie bescheinigten den Sparkassen eine gute Bonität und würdigten ihre starke, gefestigte Marktposition als Deutschlands größte Bankengruppe für das Privatkundengeschäft. „Diese externen Bewertungen dokumentieren die große Bedeutung der Sparkassen für die kreditwirtschaftliche Versorgung der Menschen und

Unternehmen in ihren Heimatregionen“, so der Verbandschef. „Unser Erfolg liegt in der tiefen Verwurzelung in den Kommunen und damit der Dreiecksbeziehung Sparkasse-



Theo Zellner.

Träger-Region begründet. Eine Sparkasse ist immer existenziell mit ihrer Heimatregion verbunden. Sie kann nicht ausweichen und sie kann auch keine Geschäfte machen, die ihre Glaubwürdigkeit vor Ort gefährden. Eine Sparkasse verflüchtigt sich nämlich nicht. Und sie hat nur dann eigene Geschäftschancen, wenn es der eigenen Region, den dort angesiedelten Unternehmen und den dort beheimateten Menschen möglichst gut geht“, fuhr Zellner fort. Somit liege es also immer im Interesse der Sparkassen – genauso wie ihrer Träger, der Kommunen –, dass ihre Region floriert. Ihr Interesse gelte zuvorderst den heimischen Unternehmen. So entstehe die enge Anbindung an die Realwirtschaft statt an die internationalen Kapitalmärkte.

Zellner: „Die Sparkasse ist ein ständiger Begleiter der wirtschaftlichen Aktivität in der Region, genauso wie sie ein Lebensbegleiter

für die Menschen dort ist: Vom Taschengeldkonto bis zur Finanzierung des privaten Eigenheims oder dem Unternehmenskredit ist die regionale Sparkasse immer an der Seite ihrer Kunden. Nähe ist bei uns eben kein Zufall, sondern Absicht. Die Menschen wissen deshalb, dass sie ihre Anliegen der Sparkasse anvertrauen können, und dieses Vertrauen ist unser Kernkapital.“

## WICHTIGSTE FINANZPARTNER DER KOMMUNEN

Mit Blick auf das traditionell enge Verhältnis zu den kommunalen Trägern stellte der Sparkassenpräsident fest, „dass die Sparkassen für die Kommunen unverändert der wichtigste Finanzpartner sind“. Die Sparkassen-Finanzgruppe war 2011 mit einem Marktanteil von 46 Prozent Hausbank der deutschen Kommunen. Auch in Zeiten, in denen einige Kommunen schwierige finanzielle Situationen bewältigen müssen, die durch die anstehende Umsetzung der Basel III-Regelungen noch erschwert werden könnten, stünden die Sparkassen an ihrer Seite.

Gleichwohl wies Zellner auf folgende Sachverhalte hin:

1. Die kommunale Finanzlage kann nicht durch Ausschüttungen geregelt werden. Das ist Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs.
2. Die Sparkassen in Deutschland zahlen 2,5 Milliarden Euro Ertrags-, davon 1,2 Milliarden Euro Gewerbeertragssteuern direkt an die deutschen Kommunen und zählen damit zu den größten Steuerzahlern jeder Region. Sie unterstützen öffentliche Aufgaben vor Ort mit 511 Millionen Euro jährlich, davon fast 70 Millionen Euro in Bayern. Sie lösen mit Gehaltszahlungen an 246.000 Beschäftigte (darunter für 2012 7.660 Azubis, davon knapp 20 Prozent allein in Bayern), durch eigene Aufträge und örtliche Kreditvergaben das mit Abstand größte kommunal wirksame Investitionsvolumen in Deutschland aus.

**DR. IVO HOLZINGER:**

## THEMENREICHER SPARKASSENTAG

Der Verbandspräsident des Sparkassenverbandes Bayern und Oberbürgermeister der Stadt Memmingen, Dr. Ivo Holzinger, sprach in seinem Schlusswort zusammenfassend von einem „erfolgreichen und inhaltsreichen Sparkassentag 2012“, den man habe erleben dürfen. Alle Themen seien „mit hoher Kompetenz“ angesprochen worden.

Herzlich hatte Holzinger eingangs Ambergs Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer sowie Sparkassenpräsident Theo Zellner gedankt. Man habe am Vortag eine „gute Ordentliche Verbandsversammlung“ hinbekommen, in deren Rahmen endlich wieder sparkassenspezifische Themen hätten aufgegriffen werden können.

Bei Finanzminister Dr. Markus Söder bedankte sich Holzinger für dessen „richtungweisende Worte“ und wies darauf hin, „dass wir uns beim Freistaat Bayern sehr gut aufgehoben fühlen“. Schließlich sei Bayern das einzige Land, das „klar zum Eigentum der Sparkassen in kommunaler Hand steht“.



Mit Blick auf eine engagierte und lebhaft Podiumsdiskussion zum Leitthema des Sparkassentags, „Energiewende“, meinte Holzinger: „Stellen wir uns den Herausforderungen der Energiewende, dann bin ich sicher, dass die gesamte Sparkassen-Finanzgruppe auch weiterhin viel Erfolg haben wird!“ In diesem Sinne schloss er den Sparkassentag 2012 und verband damit eine Einladung zur nächsten Verbandsversammlung am 26. und 27. Juni 2013 in Kelheim. ■

3. Die Aufgabe der Sparkassen besteht nicht in der Renditemaximierung, sondern in der kreditwirtschaftlichen Versorgung. Angesichts der Eigenkapitalanforderungen von Basel III würden die Sparkassen überfordert, wenn die Ausschüttung von eingezahltem Kapital überzogen würde.

### RISIKOGERECHTE REGULIERUNG

Die Politik, so Zellner, ziehe aus der erlebten Krise richtigerweise den Schluss, dass eine intensivere Regulierung notwendig ist. Dabei dürfe aber nicht der Mittelstand die Zeche für die Finanzkrise bezahlen. „Jetzt sieht es so aus, als wären wir diesem Ziel einen großen Schritt näher gekommen.“

Allerdings seien einige wichtige Punkte für eine bessere, risikogerechte Regulierung noch immer offen, bemerkte Zellner. So bleibe der

gesamte Schattenbankensektor nach wie vor im Unterschied zu klassischen Kreditinstituten bislang nahezu unreguliert. Zudem sei die deutsche Kreditwirtschaft mit Verbraucherschutzregeln und strenger Aufsicht der Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen überzogen worden, während der graue Kapitalmarkt unter den Augen der Gewerbeaufsicht wenig zu befürchten habe. Die Überregulierung gerade im Wertpapierbereich führe dazu, dass die Wertpapierberatung immer bürokratischer und uninteressanter für die Kunden wird. Ebenso wenig zweckdienlich sei die aktuelle Diskussion über eine Europäische Bankenunion, stellte sie doch eine Umverteilung dar, die nichts an den Krisenursachen ändere.

Mit Blick auf die diskutierte Einführung einer Börsensteuer oder Finanztransaktionssteuer meinte der Verbandschef: „Regulierung sollte

immer da ansetzen, wo man tatsächlich und auch effektiv Risiken begegnen kann, und nicht da, wo man am einfachsten zugreifen kann. Hier gibt es noch viel zu tun. In jedem Fall wäre es falsch, stabilisierenden Verbundsystemen wie der Sparkassen-Finanzgruppe durch regulatorische Maßnahmen wesentliche Kreditspielräume zu nehmen, die derzeit zum Beispiel zur Finanzierung der Energiewende dringend benötigt werden.“

„Die Zukunft der Sparkassen wird sich aber nicht am grünen Tisch in Brüssel oder anderswo entscheiden, sondern im Markt“, stellte Zellner klar und fuhr fort: „Die Sparkassen werden deshalb zu ihrer eigenen Zukunftssicherung das Geschäft mit den Kunden in der realen Welt, in der Region weiter betreiben und verstärken. Wir machen uns damit unabhängiger vom Kapitalmarkt und befördern unsere Bindung an die Kunden und Eigentümer der Sparkassen, nämlich die Bürger.“

Ganz aktuell präsentierten sich die bayerischen Sparkassen in den vergangenen Monaten als kompetenter Begleiter der bayerischen Regionen im Thema Energiewende. Damit lägen sie auf einer Wellenlänge mit der Politik und der deutschen Bevölkerung, die sich in den letzten Monaten mehr und mehr für den Wandel hin zu erneuerbaren Energien ausspricht.

Die für die Energiewende formulierten, ambitionierten Ziele müssten allerdings auch finanzierbar sein, was nur funktioniere, „wenn Real- und Finanzwirtschaft Schulter an Schulter gehen“. Die bayerischen Sparkassen und ihre Verbundpartner seien bereit, sie begleiteten diese Energiewende aktiv. Zellner: „Wir wollen intensiv dazu beitragen, dass das neue Energiekonzept ein Erfolg werden und so auch den Standort Bayern stärken kann.“

### UMWELTPAKT BAYERN

Die bayerischen Sparkassen sind Mitglied im Umweltpakt Bayern und zu Jahresbeginn 2012 auch der bayerischen Klima-Allianz beigetreten. Damit haben sie laut Zellner zunächst „ein klares Signal an die Gesellschaft für unsere Überzeugung“ gesetzt. Unterlegt werde es mit Leistungen in der Fördermittel- (Fortsetzung nächste Seite)

DR. MARKUS SÖDER:

## Klares Bekenntnis zum Euro

**B**ayerns Finanzminister Markus Söder zeigte sich in seinem Grußwort erleichtert darüber, dass der von der Staatsregierung und den Sparkassen gefundene „bayerische Weg“ zur Lastenverteilung bei der Umstrukturierung der BayernLB die Zustimmung der EU-Kommission gefunden hat. Damit sei ein Beihilfeverfahren abgewendet worden.

Ein solches Beihilfeverfahren hätte, wenn es wegen des Eingreifens des Freistaates bei der finanziellen Rettung der BayernLB vor vier Jahren und der damaligen weitgehenden Übernahme des zuvor 50-prozentigen Kapitalanteils der Sparkassen eingeleitet worden wäre, für alle Beteiligte schwer absehbare Konsequenzen haben können, machte Söder noch einmal deutlich.

Nach wie vor dürfe man nämlich nicht davon ausgehen, dass Brüssel dem deutschen Spar-

kassen-System begeistert gegenüberstehe. Deshalb sei es wichtig gewesen, „klug zu agieren“. Er wisse allerdings auch, dass es nicht für alle einfach gewesen sei, der jetzt vereinbarten Lösung zuzustimmen. Immerhin könnten sich die Sparkassen nun wieder „auf das konzentrieren, was wichtig ist, nämlich das Geschäft vor Ort“.

„Europaweit stehen wir finanzpolitisch vor echten Weichenstellungen fundamentaler Art“, fuhr Söder fort. Deutschland habe vom Euro

in hohem Maße profitiert, weshalb ein Ausstieg aus dem Währungssystem „nicht nur politische Folgen von großer Bedeutung, sondern vor allem ökonomische Konsequenzen für Deutschland und vor allem für Bayern als Exportland nach sich ziehen würde“. Aus diesem Grund plädierte der Minister für „tragfähige Lösungen“. Benötigt würden ebenso stabile wie verlässliche und sicherheitsorientierte Rahmenbedingungen, die für den gesamten Euroraum gelten.



Dr. Markus Söder.

### Vertrauen in Finanzpartner ...

(Fortsetzung von Seite 4)

beratung, der Finanzierung von Energiewendeprojekten und mit nachhaltigen Geldanlagemöglichkeiten. Mit einem Anteil von 40 Prozent sei die Sparkassen-Finanzgruppe zum Beispiel der führende Anbieter von Krediten, die aus den KfW-Programmen „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ gefördert wurden.

Gemeinsam mit den Verbundpartnern machten sich die bayerischen Sparkassen für nachhaltige Geldanlagen stark. Als Beispiele nannte Zellner „grüne Sparkassenbriefe“, d. h. Energie-/Umwelt- oder Klimasparkassenbriefe und nachhaltige Investmentfonds, die es Anlegern ermöglichen, Ersparnisse gewinnbringend zu investieren und gleichzeitig ökologische und soziale Ziele zu verfolgen. Beispielsweise böten Sparkassen ihren Kunden die nachhaltigen Anlagefonds ihres Verbundpartners DekaBank. In Zusammenarbeit mit der BayernLB, der DKB und der BayernGrund gebe es weitere „grüne“ Kapitalanlage-

beteiligungsmodell der BayernGrund und demnächst auch sog. Green Bonds. Mit beiden Ansätzen verbinde sich das Anliegen, die Energiewende zu fördern, dabei die regionale Wertschöpfung zu sichern und gleichzeitig eine vernünftige sachwertorientierte Rendite zu erzielen.

„Sparkassen sind schon heute mit rund 45 % Marktanteil führend bei der Finanzierung erneuerbarer Energien. Und wir werden uns bei dem Konzept der Bürgerbeteiligung an dezentralen Energieversorgungsunternehmen verstärkt einbinden“, erklärte der Präsident und ergänzte: „Der Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ ist bei uns keine Worthülse, sondern gelebte Realität.“

Mit den Sparkassen als Partner der Energiewende wehe frischer Wind für Bayern – im wahrsten Sinne des Wortes, betonte Zellner. Aus China komme die alte Weisheit: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Schutzmauern, die anderen bauen Windmühlen.“ Die bayerischen Sparkassen bauten die Windmühlen. Oder vielmehr heutzutage: die Windräder. ■

„Das Problem des Euro ist nicht etwa der Euro als Währung, sondern die Schuldenmacherei einiger Staaten“, fuhr Söder fort. Wenn ein Land auf Dauer seine Schulden nicht zurückzahlen könne, müsse es die Eurozone verlassen. Würden Reformen und Schuldentilgung verschleppt, breche das gesamte System zusammen. Eine Transferunion sei die Folge.

### STARKE WÄHRUNG UNABDINGBAR

Die Euro-Zone werde auf Dauer nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf stabilen Pfeilern gründet, prognostizierte Söder. „Wir brauchen eine stabile, starke Währung, das sind klare Akzente.“ Hier stehe Bayern uneingeschränkt hinter Kanzlerin Angela Merkel, die eine klare Linie in Europa verfolge. Söder: „Wir wollen Ehrlichkeit, wirtschaftliche Stabilität und ein Ja zum Euro – „aber nicht wie auch immer getrickste Systeme, die dazu führen, dass die deutschen Banken, der deutsche

(Fortsetzung nächste Seite)

WOLFGANG DANDORFER:

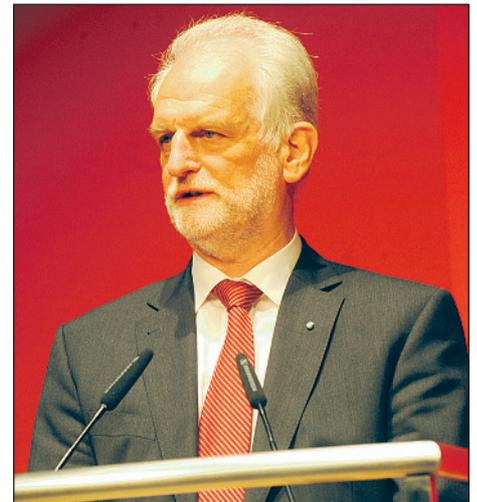
## Top-Zahlen für Amberg

**G**egründet im Jahre 1034 präsentiert sich die Stadt Amberg mit ihrer fast tausendjährigen Geschichte und der eindrucksvollen, historischen Kulisse als modernes Dienstleistungszentrum. In der nach den Worten von Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer „alten und ehrwürdigen Stadt“ wurden sogar zwei Könige geboren: Rupprecht III. und Friedrich V. Von 1499 bis 1810 war Amberg Hauptstadt der oberen Pfalz.

Vom Institut der Deutschen Wirtschaft 2011 zur dynamischsten Stadt Bayerns auserkoren, hat Amberg Dandorfer zufolge prozentual die meisten Industriearbeitsplätze in der Metropolregion Nürnberg. Zudem sei in Amberg mit dem Siemens-Werk ein Betrieb ansässig, „der dreimal die beste Fabrik des Jahres und 2007 die beste Firma Europas war und 5.000 Mitarbeiter beschäftigt“. Auch sei die Vilsstadt sechsmal deutscher Tennis-Mannschaftsmeister gewesen und verfüge, so Dandorfer schmunzelnd, über einen Oberbürgermeister, „der viermal im ersten Wahlgang gewählt

wurde“. „Sie sehen also: Amberg liegt nicht hinter dem Ural und unsere Landeshauptstadt heißt nicht Prag. Amberg hat sogar zwei Autobahnanschlüsse, fließendes Wasser und elektrischen Strom“, betonte Dandorfer mit Verweis auf einen Bankenvertreter, dem die oberpfälzische Stadt bis dato nachweislich nicht bekannt war. Darüber hinaus besitze Amberg eine Sparkasse, „die bereits 187 Jahre alt ist und 1825 vier ein Sechstel Prozent Zinsen bezahlt hat“. „Davon könnt ihr euch eine Scheibe abschneiden“, so Dandorfers augenzwinkender Appell an die an-

wesenden Sparkassenvertreter. Neben der Stadtparkasse Amberg und der Stadt- und Kreissparkasse Sulzbach-Rosenberg kam 1843 noch die Kreissparkasse Amberg hinzu. 1994 fusionierten die drei Sparkassen zur Sparkasse Amberg-Sulzbach und somit zum stärksten Kreditinstitut der Region mit gut 70.000 Kunden, einer Bilanzsumme von zwei Milliarden Euro, rund 500 Mitarbeitern und 25 Geschäftsstellen. ■



Wolfgang Dandorfer. ■

## Klares Bekenntnis zum ...

(Fortsetzung von Seite 5)

Sparer oder der deutsche Steuerzahler der Hauptfinanzier von Europa ist“.

### MITTELSTANDSUNTERSTÜTZUNG

Dass Deutschland erfolgreicher ist als andere Länder, hänge sehr stark mit der Mittelstandsunterstützung zusammen, betonte der Minister. „Deutschland ist der Stabilitätsanker in Europa, Bayern der Stabilitätskern.“ Vor diesem Hintergrund unterstrich Söder, dass Bayern eine gerechte Gestaltung des Länderfinanzausgleichs anstrebt. Gleichzeitig machte er deutlich, „dass es uns um die Ausgestaltung von Solidarität und nicht um die Aufkündigung geht“. Bayern habe 2011 erheblich mehr in den Finanzausgleich bezahlt als es in den letzten 40 Jahren erhalten hat. „Wir sind solidarisch.“

Ein gerechter Länderfinanzausgleich müsse vor allem deutlich mehr Anreize für Schuldenabbau und sparsame Haushaltsführung schaffen. „Wir wollen einen Länderfinanz-

ausgleich, der die Nehmerländer dabei unterstützt, ihre Ausgaben aus eigener Wirtschafts- und Finanzkraft zu bestreiten, so wie Bayern es als ehemaliges Nehmerland auch geschafft hat.“ Und was für Europa gilt, gelte ebenso für Deutschland: „Auch Bayern kann nicht dauerhaft alles im Alleingang bezahlen. Wir wollen, dass wieder mehr Geld im Freistaat bleibt, denn die Bürger haben es verdient, dass das Erwirtschaftete auch wieder mehr bei ihnen bleibt.“

### BANKEN SIND GUT AUFGESTELLT

Die Banken in Deutschland sind nach Söders Worten „gut aufgestellt“. Man müsse aber aufpassen, dass durch die neuen Eigenkapitalregeln der Bankenregulierung nicht diejenigen Banken geschwächt werden, die den Mittelstand mit Krediten versorgen und damit das System tragen. Der erste Einstieg, den Finanzmarkt an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen, sei die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Notfalls sollte Deutschland hier als eine der größten Volkswirtschaften der Welt eine Vorreiterrolle übernehmen,

auch wenn nicht alle Staaten mitziehen. Andere Regulierungsmaßnahmen – wie beispielsweise die Eindämmung des Hochfrequenzhandels oder die Regulierung des intransparenten Schattenbankensystems, das in den USA bis zu 40 Prozent der Transaktionen tätige – müssten hinzukommen. Beim Hochfrequenzhandel müsse die Politik unbedingt Hand anlegen, denn derzeit würden bei Aktiengeschäften zu oft „Algorithmen und nicht der Käufer oder Verkäufer“ entscheiden. Hier müsse unbedingt „entschleunigt“ werden, da eine hohe Crash-Gefahr bestehe, warnte der Politiker.

Söder dankte den bayerischen Sparkassen ausdrücklich dafür, dass sie sich nie an derartigen Geschäftsformen beteiligt haben, „sondern im Gegenteil sehr viel Wert auf Kundenbezug und Kundenorientierung legen“. „Und wenn man von Bad Bank und Good Bank spricht, dann sind die Sparkassen eine echte Good Bank. Herzlichen Dank für Ihr Engagement!“, so der Minister abschließend. ■

SIEGMUND SCHIMINSKI:

# Optimismus und Stolz

„Wir haben in der bayerischen Sparkassenorganisation ein schwieriges „W“ Jahr 2011 hinter uns“, stellte der bayerische Landesobmann Siegmund Schiminski fest. Den Bezirksobleuten und Vorstandskollegen dankte er für die konstruktive und kritische Zusammenarbeit.

Schiminski zeigte einen bewegten Jahresrückblick auf. „Die Verantwortlichen wollen eine Neugliederung der Themen erreichen, die alle sehr beschäftigen. Das Thema ‘Beteiligungs-Management’ müssen wir intensiv angehen. Entwicklungen wie in der Vergangenheit dürfen nicht mehr passieren“, erklärte der Landesobmann. Er dankte allen, die das Ergebnis der bayerischen Verständigung zur Beteiligung an der BayernLB mit vollzogen haben.

Es sei die richtige Entscheidung der Sparkassen gewesen, die IZB SOFT in einen IT-Anbieter mit der neuen OSPlus-Generation zu überführen. Diese Unterstützung würde die Sparkassen und auch deren Kunden voranbringen.

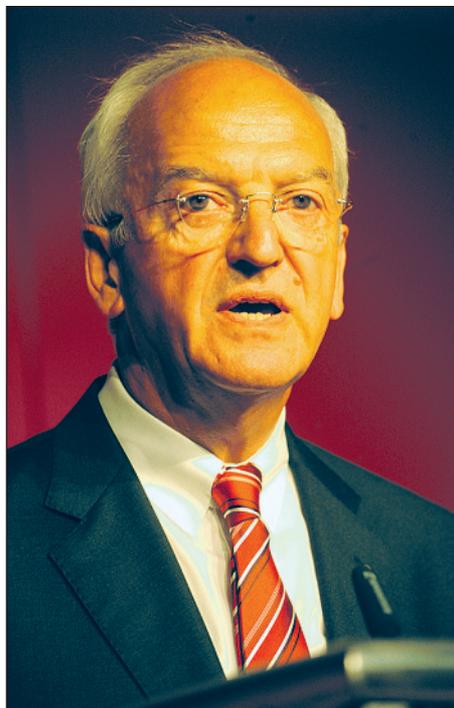
## VERBUNDPARTNER MIT TOP-PRODUKTEN

Schiminski weiß als erfahrener Banker, dass die Kundenberater der Sparkassen überschaubare Produkte nach dem Grundsatz „weniger ist oft mehr“ brauchen. „Es ist unser mühsam erarbeitetes Kundenvermögen, das wir ihnen anvertrauen“, so Schiminski in Richtung der Verbundpartner. Als neue Tochter gehöre in Kürze auch die LBS zur Sparkassenfamilie.

## AUSWIRKUNGEN DER FINANZMARKTKRISE

Schlagworte wie ‘Staatsverschuldung’ oder ‘Rating der Banken’ beschäftigten die Menschen im vergangenen Jahr. Schiminski fragte: „Ist aus der Finanzmarktkrise eine Gläubigerkrise geworden?“ Er ist überzeugt, dass auch die Sparkassen vom politischen Tun und Handeln abhängig sind. Dem Landesobmann zufolge sei es gut, dass die Sparkassenorganisation dazu eigene Strategien aufberei-

tet habe. Der Qualitätsgedanke spiele hierbei eine große Rolle. Der Kunde erwarte nicht nur 99, sondern 100 Prozent. Die Back-Office-Dienstleister unterstützten die Sparkassen dabei sehr erfolgreich. Die Wettbe-



Siegmund Schiminski.

werber hätten den Sparkassen den Krieg erklärt. Sie bezahlen laut Schiminski Zinsen, die nicht mehr marktkonform seien und die Wettbewerber mit billigem Geld versorgten. Durch diese Lockangebote würden liquide Sparkassenkunden abgeworben.

## PARTNER DES MITTELSTANDES

Der Landesobmann ist überzeugt, dass die Sparkassen der Partner des Mittelstandes sind und bleiben. „Wir müssen unsere gewerblichen Kunden noch intensiver betreuen und zu neuen Finanzierungsformen begleiten“, erklärte Schiminski. Auch das Smartphone-Banking, auch „Hosentaschen-Banking“ genannt, rolle mit großer Geschwindigkeit auf

die Sparkassen zu. Gleichzeitig müssten sich die Verantwortlichen mit neuen Themen wie Facebook & Co. auseinandersetzen.

„Der wesentliche und wichtigste Punkt dabei ist die Marktdurchdringung. Die Fristentransformation hat ein Ende“, meinte Schiminski. Über ein Drittel der Kunden sei wechselbereiter denn je. Nicht nur aufgrund der Kondition, sondern auch bezüglich der Betreuung.

## ZUSAMMENHALT

Schiminski ist überzeugt, dass die Sparkassen-Mitarbeiter der Schlüssel zum Erfolg sind. In einigen Jahren würde es, wie jetzt schon bei den Beschäftigten im Handwerk, auch bei den Sparkassen einen Engpass an qualifizierten Kundenberatern geben. Durch aktive Mitarbeiterentwicklung und Professionalität könne die Sparkassenorganisation dieser Entwicklung begegnen.

„Wir müssen nicht viel Neues erfinden, sondern ein geschlossenes Bild abgeben. Wir sind hier zuhause. Wir sind die Vertrauensbank, die gut ist für die Region, für Bayern, für Deutschland und darüber hinaus auch für Europa“, verdeutlichte der Landesobmann.

## DEN BLICK NACH VORNE RICHTEN

Doch Themen wie etwa die EU-Einlagensicherung und Basel III würden die Sparkassen laut Schiminski auch in der nahen Zukunft intensiv beschäftigen. „Wir dürfen also nicht nur das rote „S“ mit uns herumtragen, sondern wir müssen auch die gleiche Philosophie vertreten. Unser Tun kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir effizient, effektiv, produktiv und letztendlich auch rentabel arbeiten“, überzeugte Schiminski die Gäste. In der Vergangenheit hätten die Sparkassen schon sehr auf Rendite geachtet, jedoch müsse in Zukunft ein noch stärkeres Augenmerk auf ein sich rechnendes Filialnetz gerichtet werden.

Schiminski bedankte sich zum Abschluss bei den Millionen Sparkassenkunden, den Trägern, dem bayerischen Verband und den Obbleuten. Mit den Worten „Optimismus und Stolz wollen wir unseren Mitarbeitern vom heutigen Sparkassentag mitbringen“, beendete der Landesobmann seine Ausführungen. ■

GERD HÄUSLER:

# BayernLB: Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells bestätigt

Beim Sparkassentag in Amberg Ende Juni lief das Beihilfeverfahren der EU-Kommission zur BayernLB noch. Doch Gerd Häusler, der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesbank, ließ in seiner Ansprache durchblicken, dass ein Abschluss in greifbare Nähe gerückt war - und dankte den Sparkassen noch einmal ausdrücklich für ihren zugesagten Lastenbeitrag. Tatsächlich erzielten Vertreter der EU-Kommission, der Bundesregierung, des Freistaats Bayern, des Bayerischen Sparkassenverbands und der BayernLB etwa zwei Wochen später bei einem Treffen in Brüssel eine Grundsatzeinigung. Am 25. Juli schloss die Kommission das Verfahren schließlich offiziell ab und bestätigte damit die Tragfähigkeit des kundenfokussierten Geschäftsmodells der neuen BayernLB.

„Mit der finalen Entscheidung der EU-Kommission kann die BayernLB ihren eingeschlagenen Kurs als Unternehmens- und Immobilienfinanzierer sowie als verlässlicher Partner der Sparkassen mit starker regionaler Ausrichtung auf Bayern und Deutschland fortsetzen“, erklärte Gerd Häusler anlässlich der Entscheidung. Das Verhandlungsergebnis stelle die Bank vor „ambitionierte Herausforderungen“, die aber zu bewältigen seien. Häusler weiter: „Auch wenn wir einen großen Teil der erforderlichen Restrukturierungsmaßnahmen bereits absolviert haben, werden wir uns im Kerngeschäft der Bank auch in Zukunft noch weiter fokussieren und effizienter werden.“

## RÜCKZAHLUNG AN DEN FREISTAAT

Eine wesentliche Auflage der EU-Kommission ist die Rückzahlung von fünf Milliarden Euro hartem Kernkapital an den Freistaat Bayern. Um diese Auflage erfüllen zu können, muss sich die BayernLB in den nächsten sieben Jahren über die bereits seit dem Jahr 2009 durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen hinaus weiter verkleinern. Dazu werden die verbliebenen Nicht-Kernaktivitäten wie Flugzeug- und Schiffsfinanzierungen abgebaut und Beteiligungen abgegeben, um gebundenes Eigenkapital freizusetzen.

Dazu gehört beispielsweise auch der Verkauf der LBS Bayern an die Sparkassen zum Jahresende. „Die BayernLB muss den Wandel

hin zu einer kleineren und risikoärmeren Landesbank in den nächsten Monaten und Jahren energisch fortsetzen“, erklärte Gerd Häusler anlässlich der Vorlage des Zwischenberichts Ende August.



Gerd Häusler.

Die EU-Entscheidung ist ein Meilenstein für die BayernLB. Sie verschafft Planungssicherheit für Mitarbeiter und Vorstand und erlaubt es, im Kerngeschäft mit Augenmaß und unter genauer Abwägung von Chancen und Risiken gezielt zu wachsen. In den Segmenten „Corporates, Mittelstand & Privatkunden“, „Immobilien & Sparkassen/Verbund“ sowie „Markets“ wird die Bank ihren Kunden nach eigenen Angaben auch künftig uneingeschränkt ihre komplette Produktkompetenz anbieten können und dürfen. Dazu geht

es auch, dass sie ihre deutschen Kunden bei deren Geschäftsaktivitäten im Ausland unterstützt und spiegelbildlich die Aktivitäten ausländischer Kunden in Deutschland finanziert. Im Ergebnis will sich die Bank damit auf Geschäfte mit klarem Bayern- und Deutschlandbezug konzentrieren, bei denen der Kunde im Mittelpunkt steht.

## PARTNERSCHAFT MIT DEN SPARKASSEN

Einer der wichtigsten Eckpfeiler des Geschäftsmodells wird auch künftig die Partnerschaft und die geschäftliche Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen bilden, wie die BayernLB betont. Das wird sich nicht nur an der Anteilsquote ablesen lassen, die nach der bereits vereinbarten Kapitalerhöhung im kommenden Jahr deutlich steigen wird. Doch unabhängig davon will die Bayerische Landesbank auch in Zukunft daran arbeiten, ihre Produkt- und Dienstleistungspalette für die Sparkassen auszuweiten und zu optimieren. Ein Beispiel dafür ist die Einführung der S-Unternehmensplattform, die den Verkauf und Kauf von Unternehmensanteilen vereinfacht und beschleunigt. Ziel der BayernLB ist es, den Status als bevorzugter Partner der bayerischen Sparkassen auszubauen. Dazu gehört auch, dass sie gemeinsam mit den Sparkassen weiterhin den bayerischen Kommunen als verlässlicher Finanzpartner zur Seite stehen will.

Die BayernLB sieht sich auf einem guten Weg. Im ersten Halbjahr 2012 erzielte die Landesbank trotz belastender Sonderfaktoren ein Vorsteuerergebnis von 174 Millionen Euro. „Der Trend stimmt“, sagte Gerd Häusler. „Die Bank hat einen weiteren wichtigen Schritt getan hin zu einem nachhaltig profitablen und leistungsfähigen Unternehmens- und Immobilienfinanzierer mit Fokus auf Bayern und Deutschland sowie einem starken Partner der Sparkassen.“

DR. FRANK WALTHERS:

## Gefestigte Marktposition

**Z**u den zehn größten Erstversicherern in Deutschland zählt der Konzern Versicherungskammer Bayern (VKB). Sein Marktanteil lag nach Darstellung von Vorstandsvorsitzendem Dr. Frank Walthes im vergangenen Jahr bei 3,7 Prozent.

Im Geschäftsjahr 2011 verzeichnete der Konzern VKB eine stabile Geschäftsentwicklung. Das Beitragsvolumen im selbst abgeschlossenen Geschäft belief sich auf 6,64 Milliarden Euro; 2010 hatten die Beitragseinnahmen erstmals die 7-Milliarden-Euro-Grenze überschritten. Der Rückgang im Jahr 2011 ist laut Walthes auf die planmäßig starke Entwicklung im Einmalbeitragsgeschäft im Vorjahr zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung des Einmalbeitragsgeschäftes wurde ein Plus von 2,3 Prozent (Markt: 2,3 Prozent) erzielt. Im Schnitt der vergangenen sechs Jahre kann der Konzern VKB auf ein Wachstum von 3,4 Prozent p. a. verweisen und liegt damit weit vor dem Markt (2,0 Prozent).

### UMSATZPLUS

Die Krankenversicherung konnte ihr Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr steigern. Die gebuchten Bruttobeiträge nahmen um 3,9 Prozent auf 2,13 (2,05) Milliarden Euro zu. Die Schaden- und Unfallversicherung erzielte ein Plus von 2,1 Prozent auf 2,04 (1,99) Milliarden Euro. In der Lebensversicherung normalisierte sich das Einmalbeitragsgeschäft planmäßig. Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 2,48 (3,11) Milliarden Euro.

Der Kapitalanlagenbestand wuchs um 3,6 Prozent auf 38,58 (37,22) Milliarden Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen lag mit 1,50 (1,55) Milliarden Euro etwa auf Vorjahresniveau. Bezogen auf den Gesamtbestand belief sich die Nettoverzinsung auf 3,9 Prozent. Das Konzernergebnis vor Steuern erhöhte sich um 24,9 Prozent auf 213,2 (170,7) Millionen Euro. Der Konzernjahresüberschuss lag bei 91,4 (133,4) Millionen Euro.

Insgesamt konnte sich der Konzern VKB aufgrund seiner Multikanalstrategie sowie seines ausgewogenen Produktportfolios in

einem schwieriger werdenden Umfeld erfolgreich behaupten. Ein weiterer wesentlicher Grund für die gute Positionierung ist auch die Einbindung des Konzerns VKB in die Sparkassen-Finanzgruppe.



**Dr. Frank Walthes (l.) gemeinsam mit seinem Vorgänger Friedrich Schubring-Giese.**

Beispiel hierfür ist die Einführung von OS-Plus, der Standard-IT-Lösung der Sparkassen-Finanzgruppe und Basis für eine weitere Vereinheitlichung der IT im Verbund. Derzeit bündelt die Finanz Informatik rund einhalb der insgesamt deutlich mehr als fünf Milliarden IT-Kosten der Gruppe. Ziel ist es, den Anteil der FI an den IT-Dienstleistungen sowohl bei Sparkassen als auch bei Landesbanken und Verbundpartnern kontinuierlich weiter auszubauen.

Zu den VKB-Produktschwerpunkten zählt nach Walthes' Angaben seit verganginem Jahr das „GenerationenDepot“ für das Einmalbeitragsgeschäft. Dabei handelt es sich um ein steueroptimiertes und flexibles Produkt für die Vermögenssicherung und -übertragung. Auch im Geschäft mit den laufenden Neubeträgen hat sich die VKB im letzten Jahr produktseitig neu positioniert.

„FlexVorsorge Vario ist das für uns erfolgreichste Produkt aller Zeiten“, so Walthes. Es sei für alle Schichten der privaten Altersvorsorge geeignet und könne als klassische Rentenversicherung, als geförderte BasisRente und als Direktversicherung abgeschlossen werden. Außerdem könne der Versicherungsnehmer, je nach Lebenssituation, Zuzahlungen leisten oder Kapital entnehmen. Ende 2011 wurde zudem das Produktangebot im Bereich der Berufsunfähigkeit erheblich ausgebaut: Mit der Produktfamilie „Einkommenssicherung“ wird nunmehr eine Versicherungslösung für alle Alters- und Berufsgruppen angeboten.

Wie in der Lebensversicherung passt die Versicherungskammer Bayern das Produktportfolio auch in der Krankenversicherung neuen Bedürfnissen an. So haben aktuell die VKB-Krankenversicherer die neue Krankenvollversicherung „GesundheitCOMFORT“ eingeführt. Der Kunde kann grundsätzlich, je nach Lebenssituation und finanziellen Möglichkeiten, flexibel Bausteine zu- oder abwählen. Die Leistungsverzeichnisse und Hilfsmittelkataloge werden anhand des medizinisch-technischen Fortschritts regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert. Dadurch wird dauerhaft eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau sichergestellt.

### NEUE RISIKEN UND BEDÜRFNISSE

Neben den großteils gesättigten Märkten entstehen allerdings auch neue Risiken und Bedürfnisse. Dazu gehört beispielsweise die Absicherung von Energiegewinnungsanlagen. Bei der Absicherung von Photovoltaikanlagen konnte die VKB in den vergangenen Jahren, insbesondere durch die Vertriebsleistung der Sparkassen, mit über 50.000 Stück einen weit über ihre Erwartungen liegenden Zuwachs verzeichnen. Insgesamt werden damit heute über 81.000 Photovoltaikanlagen versichert.

Versichert wurden zudem ca. 800 Biogasanlagen. Auch hier ist die VKB Marktführer. Neu hinzugekommen sind Windkraftanlagen. Potenziale werden außerdem noch immer bei der Absicherung von Elementargefahren gesehen, die nach Walthes' Einschätzung nach wie vor enorm unterschätzt werden. ■

DR. FRANZ WIRNHIER:

## Weiter auf Erfolgskurs

Sicherheit und Stabilität werden mit Wohneigentum und dem Bausparen verbunden. Davon hat die LBS Bayern 2011 profitiert. Gestützt auf die Vertriebskraft der bayerischen Sparkassen und des eigenen Außendienstes konnte die Landesbausparkasse nach den Worten von Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der LBS-Geschäftsleitung, ihren bisherigen Neugeschäftsrekord aus dem Vorjahr überbieten und abermals einen Bestwert bei der Vermittlung neuer Bausparverträge aufstellen.

So wurden 2011 rund 250.000 neue Bausparverträge vermittelt – 9,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Bausparsumme stieg gegenüber 2010 um 4,3 Prozent auf 8,29 Milliarden Euro. Besonders stark ist das Interesse am Bausparen bei jungen Menschen gestiegen: Mehr als jeder dritte neue Vertrag ist 2011 von Kunden bis zu einem Alter von 25 Jahren abgeschlossen worden.



Dr. Franz Wirnhier.

### SPARKASSEN SORGTEN FÜR ZUWACHSRATEN

Die bayerischen Sparkassen trugen Wirnhier zufolge im vergangenen Jahr erheblich zu den hohen Zuwachsraten im Neugeschäft bei. Die Zahl der durch sie ver-

mittelten Bausparverträge stieg um 10,5 Prozent auf rund 217.000. Die Bausparsumme wuchs um 3,3 Prozent auf 6,89 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Neugeschäftsanteil von 83 Prozent.

### SEHR GUTES NEUGESCHÄFT

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2012 wurde das sehr gute Neugeschäft aus den Monaten Januar bis Mai 2011 abermals deutlich gesteigert. In diesem Zeitraum erhöhte sich die Zahl der für die LBS Bayern vermittelten Bausparverträge um 26,4 Prozent auf 148.747, die Bausparsumme um 3,4 Prozent auf 4,1 Milliarden Euro.

### WACHSENDE BESTÄNDE

Der kurzfristige Zinsanstieg in den ersten Monaten des vergangenen Jahres wirkte sich positiv auf den Zinsüberschuss aus, der um 19,1 Millionen Euro auf 208,9 Millionen Euro gesteigert worden war.

Positiv bemerkbar machten sich die gewachsenen Bestände an Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten sowie die im Zuge mehrfacher Tarifierungen gesunkene Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen. Das Provisionsergebnis verminderte sich um 1,4 Millionen Euro auf -32,7 Millionen Euro, weil das sehr gute Neugeschäft hohe Provisionsaufwendungen zur Folge hat.

### RIESTER-BAUSPARVERTRÄGE

Verstärkt wird dieser positive Effekt durch die Vermittlung der Riester-Bausparverträge, bei denen die Abschlussgebühren-

## WERTEORIENTIERTES HANDELN

Im Jahr 2011 haben die bayerischen Sparkassen und der Sparkassenverband Bayern insgesamt 66 Millionen Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt.

Diese hohe Fördersumme ist Ausdruck der Verantwortung der Sparkassen gegenüber der Gesellschaft und den Regionen, für die sie arbeiten. In dieser Summe sind Spenden, Stiftungsausstattungen und sonstige Förderbeiträge zusammengefasst.

### MUT, TOLERANZ, ZIVILCOURAGE

Gemeinsam mit dem Landesbund für Vogelschutz fördern die bayerischen Sparkassen beispielsweise in über 3.000 Kindergärten die Vermittlung von Wertvorstellungen wie Mut, Toleranz und Zivilcourage. Mittels entsprechender Materialien lernen die Kinder spielerisch, mit Werten umzugehen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Förderung von wertorientierten Zukunftsentscheidungen in Bayern geleistet.

Die insgesamt 107 Stiftungen der 72 bayerischen Sparkassen verfügen insgesamt über ein Kapital von 240 Millionen Euro. Ein prominentes Projekt der Bayerischen Sparkassenstiftung ist etwa die Ausstellung „Frauen – Pablo Picasso, Max Beckmann, Willem de Kooning“, die Ende März 2012 in der Pinakothek der Moderne eröffnet wurde. Die Werkschau will zeigen, wie die Frauenbildnisse dieser drei Ausnahmekünstler zum Spiegel gesellschaftlicher Umbrüche geworden sind. ■

erträge auf fünf Jahre verteilt werden, während die Provisionszahlungen sofort in voller Höhe aufwandswirksam sind. Durch den kräftig erhöhten Zinsüberschuss kommt für das Jahr 2011 unter dem Strich ein Betriebsergebnis vor Risikoversorge von 70 Millionen Euro heraus, das 13,1 Millionen Euro über dem Resultat des Vorjahres liegt. ■

MATTHIAS KURTH:

## Umsetzung der Energiewende

„Jede Planung durchläuft fünf Phasen. Nach der Euphorie folgen Verwirrung und Ernüchterung, die Suche nach Schuldigen sowie die Bestrafung Unschuldiger bzw. die Belobigung Unbeteiligter. Dies gilt auch für die Energiewende, bei der diese Phasen allerdings sehr schnell durchlaufen werden“, konstatierte der ehemalige Präsident der Bundesnetzagentur (BNetzA) Matthias Kurth.

Kurth zufolge hat dieser Prozess bereits einige Enttäuschungen mit sich gebracht, etwa beim Thema Arbeitsplätze. Deutschland müsse deshalb nachhaltig bei der Produktion auf dem Weltmarkt mithalten. Vor diesem Hintergrund sei es „sehr erfreulich, dass gerade in Bayern viele Photovoltaikanlagen entstanden sind“.

### AKTUALISIERTES BUNDESGESETZ

Ein aktualisiertes Bundesgesetz, das die Vergütungssätze für Strom aus Solaranlagen an die aktuellen und zukünftig zu erwartenden Preis- und Kostenentwicklungen anpasst und somit die Solarförderung kürzt, habe nun u. a. zum Inhalt, dass es ab einer Obergrenze von 52 Gigawatt Gesamtleistung keine Förderung für neue Anlagen mehr gibt, so Kurth. Gegenwärtig seien in Deutschland rund 28 Gigawatt installiert. „Somit wird sich der Boom nochmals verstärken“, prognostizierte der ehemalige Regulierungs-Chef. Seine Prognose: „In zwei Jahren ist das Photovoltaik-Ziel erreicht, das wir eigentlich erst in zehn Jahren erreichen wollten.“ Das Problem dabei: „Netzbetreiber wie E.ON kommen schon jetzt kaum nach, diesen Zubauboom im Netz zu verkraften. Die Förderung aber laufe weiter. Der Stromkunde wiederum bezahle diese Entwicklung mit steigenden Umlagen. Derzeit kostet der Strom in Deutschland 23 Cent pro Kilowattstunde. Kurth: „Wir haben jetzt schon

weltweit die höchsten Strompreise, aber nicht weil die Erzeugungskosten so hoch sind, sondern weil der staatlich verursachte Teil mehr als die Hälfte dieses Strompreises ausmacht.“ EEG-Umlage, Kapitalumlage, Konzessionsabgaben usw. hätten den Strompreis in die Höhe getrieben.



Matthias Kurth.

„Und ein Ende ist nicht in Sicht.“ In diesem Zusammenhang hielt Kurth den Vorschlag von Umweltminister Peter Altmaier, Kostensteigerungen durch Stromsparen zu verhindern, für „nicht sehr zielführend“.

Stichwort Kernenergie: Wie Kurth darlegte, liefert diese momentan noch ca. 18 Prozent des verbrauchten Stroms. Innerhalb der nächsten zehn Jahre soll sie unter anderem durch erneuerbare Energien, ein ausgebauten Stromnetz und neue Ökostrom-Speicher verlässlich ersetzt werden. Im Jahr 2020 soll der Strom zu 35 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen kommen, im Jahr 2050 sollen es 80 Prozent sein.

„In zehn Jahren, wenn die Kernkraftwerke abgeschafft sind, steht der Energiewende erst der Hätetest bevor“, meinte Kurth, denn: „Was machen wir dann in Zeiten, in denen kein Wind weht und keine Sonne scheint?“ Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, „die erneuerbaren Energien

in den Markt zu integrieren“. Am Netzausbau führe kein Weg vorbei. 3.800 Kilometer an neuen Stromautobahnen werden benötigt, um den Atomausstieg bis 2022 zu schaffen. Zudem soll es 2.800 Kilometer Ertüchtigung im Bestand geben. Außerdem sollen 4.400 Kilometer im bestehenden Höchstspannungsnetz so optimiert werden, dass sie fit werden für die schwankende Ökostromeinspeisung. Die Kosten für Maßnahmen im Übertragungsnetz und im Verteilnetz werden auf jeweils 27 Milliarden Euro geschätzt.

Erneuerbare Energie aus Biogasanlagen sei bayernweit ebenso ein Thema wie die Wasserkraft, die jedoch trotz aller Anstrengungen wohl nur ein sehr begrenztes Potenzial haben werde, fuhr Kurth fort. Ähnlich verhaltene Prognosen gab er für Pumpspeicherwerke ab: „Wenn unsere Stromversorgung nur von den derzeit vorhandenen Pumpspeicherwerken abhängig würde, wären alle in zehn Stunden leer gelaufen.“

Anders als bei Kohle- und Gaskraftwerken ist der Widerstand gegen die Windenergie im Freistaat Kurth zufolge eher gering. Schließlich könnten sich die Bürger vor Ort finanziell an den Projekten beteiligen und auch daran verdienen.

### ÖRTLICHER STROM IST KEINE LÖSUNG

Mit Blick auf das Thema Rekommunalisierung machte Kurth deutlich: „Kommunale Energiepolitik mit dem Netz ist nicht machbar, denn das Netz ist neutral, Strom muss durchgeleitet werden und Kunden können überall kaufen. Örtlicher Strom ist keine Lösung. Ein Rückfall in die Kleinstaaterei wäre nicht das ideale Instrument.“ Tatsache sei: „Deutschland ist ein Industrieland. Zwei Drittel unseres Stroms werden von Industrie und Gewerbe verbraucht. Deshalb sollten wir die Erneuerbaren nicht nur wohnraumzentriert diskutieren.“

Die Themen Energieeinsparung und Wärmedämmung des Gebäudebestands stellen nach Kurths Ansicht eine große Herausforderung auch für die Sparkassen dar, die im Verbund mit zahlreichen Förderprogrammen aufwarten.

BAYERISCHE  
GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Doris Kirchner

Fotos: Sparkassenverband Bayern, BayernLB

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Tel.: 08171 / 9307-11, -12, -13, Fax: 08171 / 805 14

www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

## PODIUMSDISKUSSION:

# Die Zukunft der regionalen Energieversorgung

Den Abschluss des Bayerischen Sparkassentages 2012 bildete eine angeregte Podiumsdiskussion zum Thema Energiewende mit den Teilnehmern Thomas Barth (Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG), Dr. Uwe Brandl (1. Bürgermeister Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags), Dr. Ulrich Netzer (Oberbürgermeister Kempten und Vorstandsmitglied Bayerischer Städtetag), Dr. Jakob Kreidl (Landrat Miesbach und Präsident des Bayerischen Landkreistags), Bernd Würstl (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hochfranken) sowie Matthias Kurth, ehemaliger Präsident der Bundesnetzagentur.

E.ON-Vorstand Barth sprach von einer „sehr schwierigen Diskussion um Marktkapazitäten“. Er warnte davor, voreilig Maßnahmen zu ergreifen, die den Markt für alle Zeiten verfälschen könnten. Eine Projektidee sei niemals für alle Regionen passend. Es gehe um die Suche nach der größten Effizienz. Der dezentrale Weg, den der Freistaat beschreitet, ist aus Barths Sicht „sehr zu begrüßen“ und „eine große Chance für E.ON Bayern“. Er unterstütze einen Energiemix, bestehend aus Photovoltaik, Biogas und Wind. Gerade die Windkraft sei in Bayern noch längst nicht ausgereizt, allerdings gebe es hierfür nicht überall die perfekten Standorte. Sein zentraler Appell an die Bayerische Staatsregierung: „Es muss zentral geplant, koordiniert und aufgeklärt werden.“

Wie Barth berichtete, hat E.ON Bayern auf dem Gebiet der Gebäudesanierung gemeinsam mit den Sparkassen eine „großartige Kooperation“ gestartet: E.ON führt aufgrund von Erhebungen durch den Dschungel der Fördersysteme. Finanziert wird das Ganze von den Sparkassen. Heuer und im vergangenen Jahr seien hierzu 30 Veranstaltungen in Regensburg über die Bühne gegangen.

„Wir haben eine gesellschaftliche Mehrheit beim Ausstieg aus der Atomkraft, bei der Förderung erneuerbarer Energien, beim Abbau fossiler Energieträger und bei der Reduzierung von Kohlendioxid. Aber wir haben kein gesellschaftliches Bewusstsein, was das für uns bedeutet und was wir dazu tun müssen“, betonte Kemptens OB Dr. Ulrich Netzer. Dabei gebe es zahlreiche regionale Energieversorger, die

sich mit der Umstellung der Energieversorgung beschäftigen. Diese gelte es zu stärken. Regionale Energiekonzepte erachtet Netzer deshalb als richtig, „weil es eben nicht nur darum geht, regenerative Energien zu erzeugen, sondern es auch wichtig ist, Energie einzusparen und die Energieeffizienz zu erhöhen“. Im Rahmen eines Gesamtplans müssten diese Komponenten gebündelt und aufeinander abgestimmt werden. Der Rathauschef sprach sich dafür aus, „den regenerativ erzeugten Strom mit dem Verbraucher zu synchronisieren“. Dazu würden disponible Kraftwerke und intelligente Netze benötigt.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, sprach von einer „sehr großen Bereitschaft der Landkreise, sich auf die Energiewende einzulassen“. Speziell sie brächten notwendige Maßnahmen bereits auf den Weg: Zum einen im Bereich der Planung (z. B. Windkraft-Regionalpläne), darüber hinaus bei der Genehmigung im Baurecht, Umweltrecht und Naturschutzrecht sowie im Bereich der Koordination. Kreidl zeigte sich überzeugt, die Energiewende werde nur gelingen, „wenn Gemeinden, Städte und Landkreise mit im Boot sitzen“. Zudem sei es erforderlich, „einen Masterplan für die gesamte Bundesrepublik aufzustellen“. Ohnehin müsse auch auf der europäischen Ebene eine gewisse Vernetzung stattfinden. Die Sparkassen, so Kreidl, unterstützen die Kommunalkunden bei der energetischen Sanierung und der Energieeffizienz, stehen für gemeinsame nachhaltige Anlageprodukte zur Verfügung, helfen bei der Finanzierung von Energiegewinnung, binden

Bürgerkapital ein und leisten auch energetische Beratung. Mit dieser umfangreichen Produktpalette und dem starken Netzwerk in der Region seien die Sparkassen für die Landkreise die idealen Partner, wenn es um die Umsetzung der Energiewende geht.

„Wir als Sparkassen sind Partner der Kommunen“, unterstrich Sparkassen-Vorstand Bernd Würstl. Er verwies auf die große Chance der Sparkassen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und auf Möglichkeiten der Anleger im Zuge von Bürgerbeteiligungen beim Bau von Windkraftanlagen. Demnächst werde in der Region Hof der erste Bürgerbeteiligungsfonds aufgelegt. Allerdings müsse dieses unternehmerische Engagement mit einer Mindestbeteiligung von 10.000 Euro auch im Zusammenhang mit allen Risiken betrachtet werden.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl riet zu einem „konzentrierten und geordneten Vorgehen“ sowie zu „Ehrlichkeit und Aufklärung“. „Die Bevölkerung muss wissen: Diese Energiewende gibt es nicht umsonst.“ Brandl wies darauf hin, dass das bayerische Energiekonzept bis zum Jahr 2021 einen Bezug von 15 Prozent des benötigten Stroms aus bayerischen Anlagen vorsieht, die erneuerbare Energien produzieren. An dieser Stelle kämen Bayerns Gemeinden und Bürger ins Spiel und damit auch deren Finanziere an vorderster Stelle, also die bayerischen Sparkassen. Der Verbandspräsident warnte davor, sich unbesehen auf die Rekommunalisierung der Stromnetze zu stürzen. Nur überörtliche Netzeinheiten mit einem ausgewogenen Mischungsverhältnis von Stadt und Land kämen als Option für kommunale Zusammenschlüsse in Betracht. Beim Bau der erforderlichen zusätzlichen 1.000 bis 1.500 Windkraftanlagen sei eine ordentliche Standortplanung unerlässlich, hob Brandl hervor.

Bestmögliche Planungsergebnisse würden in diesem Zusammenhang durch eine in enger Abstimmung und übergemeindlicher Zusammenarbeit gestaltete Flächennutzungsplanung erzielt. Projekte, bei denen sich Bürger und Gemeinden gemeinsam unternehmerisch betätigen, klingen Brandl zufolge höchst interessant. Dann nämlich fänden sich einerseits die Gemeinden als Träger der Aufgabe Stromversorgung und die Bürger als Leistungsempfänger der Aufgabe im selben Boot wieder. ■